

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 58 August 2018

ISSN 1439-2011

Schnee von gestern oder Vision für morgen?

Neue Wege Sozialer Verteidigung



By Frits Ahlefeldt

Dokumentation der Jahrestagung des BSV 2018

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung e.V:
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 58
August 2018
ISSN 1439-2011
5,- Euro

Grafik auf Titelseite: Frits Ahlefeldt. HikingArtist.com
Fotos: Alexander Link (Seiten 4,7,27,36,41) und Christine Schweitzer
Erstellung: Christine Schweitzer

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.....	3
1. Einleitung.....	5
2. Ein Blick auf die Soziale Verteidigung: Roland Vogt.....	9
3. Halbmarathon: Theodor Ebert.....	11
4. Podiumsgespräch : Soziale Verteidigung damals und heute.....	15
5. Ziviler Widerstand und Soziale Verteidigung: Christine Schweitzer.....	28
6. Soziale Verteidigung als alternatives Sicherheitskonzept für die deutsche Politik Uli Stadtmann.....	37
7. Innergesellschaftliche Bedrohung in Deutschland: Renate Wanie.....	42
8. Friedenslogik und Soziale Verteidigung – Wie passt das zusammen? Hanne-Margret Birckenbach.....	49
10. „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Friedenssicherung. Ein Szenario bis zum Jahr 2040“.....	56
10.1 Vorstellung des „Ausstiegsszenarios“, entwickelt von einer Arbeitsgruppe in der Ev. Landeskirche Baden: Theodor Ziegler.....	56
10.2 Erwidern von Jürgen Rose, Darmstädter Signal.....	63
10.3 Diskussion im Plenum.....	68
11. Ausblick.....	70

Abkürzungsverzeichnis

AKW = Atomkraftwerk

AO = Aufbauorganisation, ein Begriff, den viele kommunistische Grüppchen nutzten.

BoA = Bundesrepublik ohne Armee, eine Kampagne aus den 1990er Jahren

BSV = Bund für Soziale Verteidigung

BT = Deutscher Bundestag

DRK = Deutsches Rotes Kreuz

GA = Gewaltfreie Aktion

GUS = Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Teile der ehemaligen Sowjetunion)

IFGK = Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (www.ifgk.de)

INF-Vertrag = Vertrag zum Abzug und Verschrottung der atomaren Mittelstreckenraketen zwischen Sowjetunion und den USA

IPPNW = Internationale Ärzte für die Verhinderung des Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung

KPD = Kommunistische Partei Deutschland

KSK = Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr

NATO = North Atlantic Treaty Organization

OSZE = Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

OTL = Oberstleutnant (a.D. = außer Dienst)

SB = Soziale Bewegungen

SV = Soziale Verteidigung

THW = Technisches Hilfswerk

TN = Teilnehmer*in

UN = Vereinte Nationen

ZFD = Ziviler Friedensdienst

ZKB = Zivile Konfliktbearbeitung

ZKP = Zivile Krisenprävention

1. Einleitung

Schnee von gestern oder Vision für morgen? Neue Wege Sozialer Verteidigung

Im Sommer 2017, als die Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschloss, begannen die USA und Nordkorea damit, sich gegenseitig mit dem Einsatz solcher Waffen zu bedrohen.

In Osteuropa wird aufgerüstet und Truppen der NATO werden an der russischen Grenze stationiert. Russland

seinerseits verlegt Truppen in den Westen und erneuert wie der Westen seine Atomwaffen. Gesprächskanäle zwischen den USA und Russland sind abgebrochen, für Rüstungskontrolle gibt es kaum noch Mechanismen, vorhandene Verträge werden nach und nach aufgekündigt.

Die NATO verlangt von ihren Mitgliedern, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben. Deutschland hat angefangen, seine Militärausgaben für die kommenden Jahre kräftig zu erhöhen. Allein im sog. „Krieg gegen den Terror“ sind bis 2015 einer Studie der Internationalen Ärzteorganisation IPPNW zufolge mehr als eine Million Menschen ums Leben gekommen.

Angesichts dieser Entwicklungen und weil 2018 der 30. Jahrestag des Kongresses zu Sozialer Verteidigung ist, zu dem im Sommer 1988 über 1.000 Menschen nach Minden gekommen waren, schien es dem BSV an der Zeit, das Thema „Soziale Verteidigung“ wieder auf die Tagesordnung zu setzen.



Soziale Verteidigung – Was ist das?

Soziale Verteidigung ist ein Konzept, das in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts entwickelt wurde – mit Vorläufern aus der Zeit schon vor dem Zweiten Weltkrieg. Es ging darum, eine waffenlose Alternative zu militärischer Verteidigung in einer Zeit aufzuzeigen, in der das dominante Kriegsszenario in Europa und Nordamerika das eines Krieges mit dem Ostblock war. Eines Krieges, der mit Atomwaffen geführt werden und bei dem es keine Sieger geben würde, sondern nur weltweite Vernichtung.

Auf der Basis der Erfahrung mit einer – damals zunächst recht kleinen – Anzahl von Beispielen gewaltfreien Widerstands gegen Besatzungen und Putsche¹ wurde eine neue Idee von Verteidigung entwickelt: Eine Verteidigung nicht der Grenzen und des Territoriums, sondern eine Verteidigung der Lebensweise und der Institutionen. Der Grundgedanke dabei, dem man seine Herkunft aus den Bedrohungen des Kalten Krieges deutlich ansieht, war: Eine Besatzungsmacht würde das Ziel haben, ihr politisches Regime dem besetzten Land aufzuzwingen. Dafür braucht sie die Mitarbeit der Bevölkerung. Denn wenn niemand die Anweisungen der Besatzungssoldat*innen befolgt, niemand zu Parteiversammlungen geht, kein*e Lehrer*in die neuen Curricula umsetzt, dann mag das angreifende Land zwar überall seine Truppen stehen haben, aber sein Kriegsziel erreicht es nicht. Die Mittel: Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Besatzer, wobei Behördenmitarbeiter*innen eine Schlüsselstellung einnehmen würden, dazu Streiks und andere Formen innovativer, einfallreicher gewaltfreier Aktionen. Theodor Ebert, einer der Gründer des BSV, war es, der das Konzept hier in Deutschland bekannt machte und mit der „dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration“ eine Methode vorschlug, wie Arbeitneh-

¹ Beispiele sind u.a. der Widerstand gegen den Kapp-Putsch in Deutschland, der Aufstand im Ruhrgebiet gegen die französische Besatzung, der Widerstand der Lehrer*innen in Norwegen gegen die nationalsozialistische Gleichschaltung oder auch die Ereignisse von Prag 1968.

mer*innen anders als durch Streik Widerstand gegen die Übernahme ihrer Firmen und Behörden leisten könnten.

Dem Einwand, ob das denn realistisch sei, wenn die Besatzungsmacht zu massiver Gewalt greifen würde, um Gehorsam zu erzwingen, wurde gewöhnlich damit geantwortet, dass zwar mit Gewalt gerechnet werden müsse, dieser aber Grenzen gesetzt sein dürften, weil die Besatzungsmacht sich international gegenüber einem gewaltfrei agierenden Gegner hoffnungslos ins Unrecht setzen würde.

Der Bundeskongress Soziale Verteidigung 1988

Vor 30 Jahren, im Juni 1988, ein Jahr vor der „Wende“, die sich damals noch niemand vorstellen konnte, kamen über 1.000 Menschen in Minden (Ostwestfalen) zusammen, um dort über Soziale Verteidigung zu diskutieren. „Ohne Waffen, aber nicht wehrlos. Wege zur Sozialen Verteidigung“ war der Titel des Bundeskongresses, der von einem Trägerkreis aus verschiedenen großen und kleinen Organisationen der Friedensbewegung und interessierter politischer Parteien ausgerichtet wurde.²

Angesichts der Abrüstung bei den Mittelstreckenraketen und der Entspannung zwischen Ost und West war dieser Kongress durch die Fragen bestimmt, ob nicht, wie Theodor Ebert argumentierte, der erste Testfall für Soziale Verteidigung eintreten könnte, wenn eine deutsche Regierung eine radikale politische Wende hin zu vollständiger Abrüstung und einer ökologisch nachhaltigen Politik vollziehen würde. Denn dann bestehe auch die Gefahr eines Putsches durch politische Kreise im In- oder Ausland, die diese Wende nicht wollten, und versuchen würden, durch die zwangsweise Absetzung der Regierung die alten Verhältnisse wieder herzustellen. Und es wurde auf der Tagung (und in den ersten Jahren des Bund für Soziale Verteidigung, der ein Jahr später und infolge des Kongresses gegründet worden war), darüber gestritten, ob die Vorstellung einer „Einführung von Sozialer Verteidigung durch eine Regierung“ realistisch sei, oder ob eine solche Wende nicht von unten durch gewaltfreien Widerstand erkämpft werden müsse.

Hin zu neuer Aktualität Sozialer Verteidigung

1989 brach der Ostblock zusammen und für eine kurze Zeit schien die Gefahr eines „großen Krieges“ gebannt. Der Satz „wir sind nur noch von Freunden umgeben“ machte die Runde. Was folgte, ist bekannt: Die Bundeswehr schüttelte ihre verfassungsmäßige Begrenzung auf Europa ab, die NATO agierte zunehmend als weltweite Akteurin, bis die „Freiheit am Hindukusch verteidigt“ wurde. Nach 2001 lieferte der „Krieg gegen den Terror“ die Rechtfertigung für eine immer weitergehende Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik. Und spätestens seit dem bewaffneten Konflikt in der Ukraine 2014 wird auch zunehmend wieder von der Gefahr eines Krieges in Europa gesprochen.

Schon 2005 griff der BSV zusammen mit dem Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktbearbeitung (IFGK) das „alte“ Thema der Sozialen Verteidigung in Form eines Fachgesprächs wieder auf. Damals beschäftigte uns u.a. die Frage, ob Soziale Verteidigung ein Konzept sei, das auch in Bürgerkriegen von Bedeutung sein könnte.³ Doch generell schien es still geworden um die Soziale Verteidigung, auch in der Friedens- und Bewegungsforschung. Scheinbar. Denn in der Tat sind in den letzten fünfzehn Jahren viele Studien geschrieben und Trainingskonzepte entworfen worden, die sich mit zivilem Widerstand befassen.⁴ Interessant dabei ist, dass diese

² Wir haben die Dokumentation der Tagung digitalisiert. Sie kann als PDF von unserer Website heruntergeladen werden: http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/bsv/Bundeskongress_Wege_zu_Sozialen_Verteidigung_1988.pdf

³ Siehe die Dokumentation des Fachgesprächs auf unserer Website, <http://bit.ly/2Btjohn>.

⁴ Siehe auf unserer Website „ Soziale Verteidigung und Gewaltfreier Aufstand Reloaded. Neue Einblicke in zivilen Widerstand“, <http://bit.ly/2mPa6mM>

neuen Untersuchungen in vielen Fällen das bestätigen, was schon in früheren Publikationen zu Sozialer Verteidigung empfohlen wurde. Der Begriff „Soziale Verteidigung“ wird in diesen Studien i.d.R. nicht benutzt, aber was sie beschreiben, ist Soziale Verteidigung – nämlich der gewaltfreie Widerstand gegen Besatzer*innen und Diktator*innen und wie Bevölkerungen es vermieden, in Kriege mit hineingezogen zu werden, die um sie herum tobten.⁵

Die Tagung

In der Zeit vom 20.04.-22.04.18 fand in der Jugendherberge in Braunschweig unter dem Titel „Schnee von gestern oder Vision für morgen? Neue Wege Sozialer Verteidigung“ die Jahrestagung des BSV statt. An der Tagung nahmen ca. 70 Interessierte teil. Darunter war auch **Roland Vogt**, Mitbegründer der Partei der GRÜNEN wie des BSV. Obwohl schon schwerst erkrankt, ließ er es sich nicht nehmen, nach Braunschweig zu fahren und alte Mitstreiter*innen noch einmal wiederzusehen und mit ihnen über Soziale Verteidigung zu diskutieren. Ein Thema, das ihm immer besonders am Herzen lag. Nur wenige Wochen nach der Tagung ist Roland Vogt verstorben. Wir haben mit ihm einen wichtigen Protagonisten von politischer Gewaltfreiheit verloren, der immer darum kämpfte, scheinbar utopische Konzepte „politikreif“ zu machen und in Realpolitik umzusetzen. Wir sind traurig, dass er von uns gegangen ist, und gleichzeitig dankbar, dass er uns in Braunschweig noch einmal an seinen Erfahrungen und Gedanken teilhaben ließ und wir diese in dieser Dokumentation festhalten können.



Roland Vogt war einer der ersten Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN und wie Petra K. Kelly einer derjenigen, die versuchten, Gewaltfreiheit als Politikprinzip festzuschreiben. Gemeinsam mit Prof. Dr. Theodor Ebert, wie Vogt einer der Mitbegründer*innen des BSV, gestaltete er den Einstieg in die Tagung am Freitagabend mit einem Grußwort. Theodor Ebert gehört zu der Generation von Friedensforscher*innen, die das Konzept der Sozialen Verteidigung in den 1960er Jahren ausgearbeitet hatten. Sie warfen einen Blick zurück auf die Soziale Verteidigung im historischen Kontext und erinnerten auch an manche Diskussionen aus der Zeit vor 30 Jahren – u.a. an die Kampagne „Bundesrepublik ohne Armee“ (BoA) und die Forderung nach einem Ministerium für Abrüstung und Soziale Verteidigung. Im anschließenden Podium erinnerten sich vier langjährige Mitglieder des BSV – Winfried Nachtwei, Dr. Barbara Müller, Christoph Besemer und Dr. Ute Finckh-Krämer – an den Bundeskongress 1988 in Minden. Sowohl das Plenum als auch die Teilnehmer*innen der Podiumsdiskussion riefen sich die positive, geradezu elektrisierende Aufbruchsstimmung während des Kongresses ins Gedächtnis.

Am Samstag ging es nach dem Frühstück mit einem Vortrag von Dr. Christine Schweitzer los. Sie gab einen umfassenden Einblick in den Stand der Wissenschaft zu zivilem Widerstand und Sozialer Verteidigung heute und untermalte dies durch praktische positive Beispiele der letzten 30 Jahre. So sprach sie unter anderem über den zivilen Widerstand in der DDR, in Ruanda, Afghanistan und der Arabellion, und über die Verteidigung der Lebensweise angesichts von Bürgerkriegen in Afghanistan und Ruanda. Die Teilnehmer*innen waren inspiriert von den zahlreichen praktischen Erfolgen Sozialer Verteidigung.

Energiegeladen ging es weiter in die vier Arbeitsgruppen, die das Thema Soziale Verteidigung mit dem Sicherheitskonzept der deutschen Politik, Sozialen Bewegungen, dem Konzept der Frie-

⁵ Siehe dazu auch den Beitrag von Christine Schweitzer in diesem Heft.

denstlogik und Osteuropa koppelten. Nach kurzem inhaltlichen Input der Referent*innen standen dort vor allem die Diskussion und der Austausch der Teilnehmenden im Mittelpunkt. Die spannende Auseinandersetzung mit diesen Themen führte bei vielen zu dem Wunsch, sich weiter darüber auszutauschen. Mehrere mögliche Arbeitskreise und Projekte wurden angedacht, z.B. die Weiterdiskussion des Zusammenhangs von Sozialer Verteidigung und Friedenslogik und die Analyse von internationalen Militäreinsätzen im Hinblick darauf, welche Alternativen zu ihnen es jeweils konkret gäbe.

Nach kurzer und sonniger Mittagspause stellte Dr. Theodor Ziegler das Konzept „Von der militärischen zu einer zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040“ der Evangelischen Landeskirche Baden vor. Darauf folgten eine teilweise kontrovers diskutierte Reaktion von Jürgen Rose vom Darmstädter Signal und eine Plenumsdiskussion.

Nach einem „World-Café“ (Auswertung der Tagung an mehreren Tischen), das dank des guten Wetters teilweise im Freien abgehalten werden konnte und dem Abendessen folgten einige kreative künstlerische Beiträge und der Film „Mut zur Lücke“ über das Archiv Aktiv in Hamburg.

Am Sonntagmorgen wurde ein Text vorgestellt, den der BSV-Vorstand (federführend: Stephan Brües) vorbereitet hatte, eine sog. Braunschweiger Erklärung. Die meisten Teilnehmenden bewerteten die Idee einer Erklärung und die inhaltliche Richtung derselben positiv, jedoch wurden noch einige Änderungs- und Ergänzungsvorschläge eingebracht. Schließlich wurde beschlossen, dass die überarbeitete Erklärung im Frühjahr 2019 anlässlich der Tagung zum 30-jährigen Bestehen des BSV veröffentlicht werden solle. So ging ein ereignisreiches und informatives Wochenende zu Ende; es schloss sich die Mitgliederversammlung des BSV an.



Die Dokumentation

Die Dokumentation folgt dem oben skizzierten Verlauf der Tagung, soweit uns von den Referent*innen Texte zur Verfügung gestellt wurden.

Ein Wort noch zur Schreibung in diesem Heft: Der BSV nutzt in seinen Publikationen das Gender-Sternchen, um bei Personenbezeichnungen Menschen allen Geschlechts sichtbar zu machen. Die Beiträge der Autor*innen wurden, soweit nicht sowieso schon dieser Form entsprechend, angepasst. Bei einzelnen Beiträgen bzw. einzelnen Worten in Beiträgen, die nicht geändert wurden, geschah dies auf ausdrücklichen Wunsch der Autor*innen hin.

Wir möchten uns bei allen Referierenden und Teilnehmer*innen nochmals herzlich für die interessante und anregende Tagung bedanken. Die Diskussion um das Konzept der Sozialen Verteidigung wird im BSV und hoffentlich auch darüber hinaus weiter gehen!

Einleitungstext von Christine Schweitzer unter Verwendung eines Rundbriefartikels über die Tagung von Lara Fregin und Levin Vogt. Sie waren im März und April 2018 Praktikant*innen im Büro des BSV in Minden.

2. Ein Blick auf die Soziale Verteidigung

Ein Grußwort von Roland Vogt⁶

Denk ich an Soziale Verteidigung in der Nacht so bin ich um den Schlaf gebracht –
Denk ich an den BSV am Morgen so bin ich frei von Sorgen.

Liebe Freundinnen und Freunde,
wie ist dieser Widerspruch zu erklären?

Als wir den BSV gegründet haben mit dieser unglaublichen Resonanz von 1.500 Teilnehmenden da dachten wirklich einige von uns, darunter Petra Kelly und ich, an einen Aufschwung, an eine Weiterentwicklung des Konzepts zu einer widerstandstauglichen Handlungsanleitung für den „Ernstfall“. Ich jedenfalls stellte mir vor, in einem solchen Ernstfall, z.B. einem bewaffneten Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland oder einem Putsch bzw. Staatsstreich in absehbarer Zeit auf regionale, in den Methoden der Sozialen Verteidigung geschulte Aktive rechnen zu können. Denn nur dann hätten wir die Mitbürger/innen, die sich ja im Kalten Krieg bedroht fühlten, überzeugen können, auf militärische Gegenwehr und die Rüstung dafür verzichten zu können.

Vorbilder gab es genug: die Abwehr des Kapp-Putschs, den Ruhrkampf und den Widerstand der Tschech/inn/en und Slowak/inn/en gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten zur Niederschlagung des Prager Frühlings.

Stattdessen haben wir den schon vorhandenen Organismen der Friedensbewegung einen weiteren hinzugefügt – mit einem für die meisten Zeitgenossinnen und Zeitgenossen bis heute rätselhaften Namen.

Aber zugegeben: dieser Bund für Soziale Verteidigung leistet seit Jahren eine hervorragende Arbeit innerhalb der real existierenden Friedensbewegung und hat sich große Verdienste zum Verbreiten von Wissen und Können gewaltfreien Widerstands generell erworben.

Daher der Widerspruch: das Wissen um die Soziale Verteidigung als solche stagniert – der BSV blüht und gedeiht.

Mein eigener Beitrag bestand darin, innerhalb der GRÜNEN Soziale Verteidigung als wehrpolitisches Konzept zu verankern, was nicht lange vorhielt und – was besser gelang - meine Diplomarbeit am Otto-Suhr-Institut zum „Widerstand in der Tschechoslowakei - gemessen an Konzepten Sozialer Verteidigung“ zu schreiben. Vor mir sitzt mein damaliger Erstkorrektor Prof.Dr. Theodor Ebert, der das vielleicht bestätigen kann.

Doch ja, mein wohlgemeinter Vorstoß mit ausgearbeitetem Konzept, der BSV möge ein Ministerium für Abrüstung, Konversion und Soziale Verteidigung fordern, ist ebenfalls gescheitert und zwar am Votum des Bundeshauptausschusses des BSV mit 8 zu 7 dagegen und nicht - wie man meinen möchte – an den bösen GRÜNEN.

Nach unserem basisdemokratischen Selbstverständnis konnte ich ja etwas, was der Fachverband abgelehnt hatte, nicht in „die Politik“ einbringen. Aber immerhin: man kann das Konzept in einer Ausgabe der „gewaltfreien aktion“ nachlesen – so viel für die Archivare.

Das, was wir morgen von Theodor Ziegler hier hören können, kommt, so glaube ich, dem damaligen Konzept für Abrüstung Konversion und Soziale Verteidigung sehr nahe:

„Unverhofft kommt oft man im Sprichwort saget“ ...



⁶ Roland Vogt ist vor Fertigstellung dieser Dokumentation verstorben. Wir haben deshalb auf die sonst übliche redaktionelle Bearbeitung des Beitrags verzichtet und drucken seinen Beitrag so ab, wie er ihn eingereicht hat.

Aufgefallen ist mir, dass die Autor/inn/en den Begriff Soziale Verteidigung vermeiden, obwohl sie ihm inhaltlich sehr nahe kommen wenn ich mich nicht irre: Abrüstung, Konversion und ziviler, gewaltfreier Widerstand - wenn erforderlich - sind zu einem überzeugenden Konzept zusammengefügt. Da bin ich neugierig zu erfahren, warum darin Soziale Verteidigung als Begriff nicht vorkommt.

Zur Weiterentwicklung der Sozialen Verteidigung heute nur so viel:

In der Vorbereitung auf dieses Vorwort bin ich im Internet auf einen bemerkenswerten Beitrag des Journalisten Christian Schmidt-Häuer gestoßen, des Korrespondenten der ZEIT.

„40 Jahre danach: Prager Frühling. Die unerhörten Tage der Freiheit“ 27. Juli 2008, aktualisiert 21. August 2008: Zeit online // www.zeit.de 2008/31/DOS.

Er beschreibt darin die Rolle des Prager Rundfunks und die Verbreitung der Nachrichten zum Widerstand durch Transistorradios, die er als „Waffe“ der Widerstandleistenden bezeichnet.

In meiner Diplomarbeit war ich zum selben Ergebnis gekommen, wobei ich mich auf eine Untersuchung von Studierenden der Universität Uppsala in schwedischer Sprache beziehen konnte, die mir glücklicherweise, meine Frau, die Schwedisch kann, übersetzt hat.

Was ich mit der Hervorhebung der Nachrichtenübermittlung und – technik sagen will, ist, dass wir im Hinblick auf künftige „Ernstfälle“ Sozialer Verteidigung die Rolle der inzwischen so weit fortgeschrittenen digitaler Kommunikatiden unter den Widerstandleistenden beschreiben und entwickeln müssen.

Alles Übrige zur Weiterentwicklung wie die notwendige Einbettung der Sozialen Verteidigung in ein Konzept von Abrüstung und Konversion brauche ich heute nicht zu bringen, weil das morgen zum Konzept von Theodor Ziegler und Mitstreitenden ausführlich zu erörtern sein wird.

Ich bin gespannt was die Autorinnen und Autoren vorschlagen wie sie mit ihrem gut ausgearbeiteten Konzept aus dem Raum der Kirchen in die sperrige Welt der Realpolitik eindringen können.

Ihnen und uns Allen wünsche ich dabei und auf unserer Tagung den größtmöglichen Erfolg. Herzlichen Dank für die Einladung, die mich sehr berührt hat !

Roland Vogt (1941-2018) war Mitbegründer der Partei DIE GRÜNEN und von 1983-1985 Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Von 1991 bis 1993 arbeitete er als Leiter des Arbeitsstabes beim Bevollmächtigten des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg für den Abzug der russischen Streitkräfte und für Konversion, ab 1994 als Referatsleiter für Konversion im Wirtschaftsministerium Brandenburg.

3. Halbmarathon

Ein Blick auf den Bund für Soziale Verteidigung nach 30 Jahren

Theodor Ebert

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Katastrophe im Atomkraftwerk Fukushima führte in Deutschland zu dem schnellen Entschluss, aus der energiepolitischen Nutzung der Atomenergie auszuweichen. Das war eine Überraschung für viele, die wie der CDU-Ministerpräsident Filbinger einige Jahrzehnte zuvor noch behauptet hatten: Würde das Atomkraftwerk in Wyhl nicht gebaut, dann gingen in Baden-Württemberg in absehbarer Zeit die Lichter aus. Roland Vogt und ich gehörten zu denen, die wie die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen und die Platzbesetzer im Wyhler Wald damals sagten: Das wollen wir doch mal sehen! Wir haben gute Argumente dafür, kein weiteres Atomkraftwerk zu bauen, und einschüchtern lassen wir uns von den Angstmachern der Atomlobby nicht!

Es war ein langer Marsch bis zum Ausstiegsbeschluss des deutschen Bundestages, und noch ist der Kampf nicht gewonnen. Man denke nur an das Vorhaben von Erdogan und Putin, in der Türkei in wenigen Jahren ein neues AKW anlaufen zu lassen. Und man denke an die brisanten, rissigen Atommeiler an Deutschlands Westgrenzen und an die geplanten AKWs in Polen und Tschechien. Und auch in Deutschland selbst blicken wir auf einige ungelöste Probleme der Energieversorgung und der Endlagerung des Atommülls. Doch immerhin, es wird hierzulande nicht mehr ernsthaft bestritten, dass der vollständige Ausstieg aus der Atomenergie möglich ist, ohne dass die Lichter ausgehen.

Und so ist auch der Ausstieg aus dem Einsatz von Militär als dem sogenannten „letzten Mittel“ der Sicherheitspolitik möglich, ohne dass die bundesrepublikanische Demokratie untergeht. Dass wir das Militär nur noch als letztes Mittel brauchen, verfährt nicht. Wenn man das Militär als letztes Mittel parat haben will, muss man es ständig auf den neuesten Stand der Vernichtungsstrategie bringen, und dies bedeutet nun mal fortgesetzte Aufrüstung. Die Denkfigur vom Militär als dem letzten Mittel ist angesichts der anhaltenden Aufrüstung und auch der Rüstungsexporte eine Zumutung an die Intelligenz des Volkes. Doch wer mitverdient, lässt sich gerne belügen. Als Prof. Wolfgang Huber, einer der Autoritäten in der Evangelischen Kirche (EKD) für Fragen der Ethik, diesen Unsinn von der ultima ratio vortragen und den Zivilen Friedensdienst als eine **Ergänzung** des Militärs statt als **Alternative** zum Militär bezeichnen konnte, wusste ich, welche Glocke in der EKD geschlagen hatte, und dass die Kirche angesichts der militärischen Tradition den Schwanz einziehen und den Zivilen Friedensdienst nicht mehr lange als evangelische Alternative hochhalten würde. Das Establishment in Staat und Kirche scheut nun mal echte Alternativen, wenn seine privilegierten, traditionell gefestigten Positionen angetastet werden.

Und wenn dieses Establishment den Aufbau von Alternativen nicht mehr vollständig verhindern kann, dann sucht es doch die kleinen Pflänzchen möglichst klein zu halten oder die Aufmüpfigen mit Trostpflasterchen besänftigen. Und so gibt es jetzt den Zivilen Friedensdienst mit einem Minimaletat, und es gibt sogar ein paar Lehrstühle für Friedensforschung, mit denen einige auf-sässige Pazifixe sich ruhigstellen lassen. Einer dieser ruhig gestellten und komfortabel pensionierten Beamten steht vor ihnen. Zweifel an meiner Glaubwürdigkeit sind all denen erlaubt, die hartnäckig auf weitergehenden „Experimenten mit der Wahrheit“ beharren, wie Gandhi seinen Lebenslauf in der Autobiographie bezeichnete.

Wo stehen wir heute, 30 Jahre nach der Gründung des Bundes für Soziale Verteidigung? Wir behaupten: Der Ausstieg aus der militärischen Sicherheitspolitik ist möglich und auch notwendig



Theodor Ebert links, neben ihm Roland Vogt

angesichts der aktuellen Drohungen mit dem Einsatz atomarer Waffen. Ja, damit hat der amerikanische Präsident Donald Trump Nordkorea gedroht – mit vollständiger Vernichtung. So können wir nicht weitermachen! Solch atomare Brinkmanship ist keine zulässige Form der Politik. Irgendwann geht das schief. Diese Einsicht verbreitet sich und wahrscheinlich wird bald schon der Umschlag von der Quantität der Einsichtigen in die neue Qualität einer nichtmilitärischen Sicherheitspolitik erfolgen. Die Frage ist nur: Wie dicht stehen wir vor diesem Ausstieg und mit welchen Gegenaktionen müssen wir rechnen und wie können wir uns auf diese vorbereiten?

Im Moment ist Deutschland auf einen Ausstieg aus der NATO ähnlich schlecht vorbereitet wie 1989 auf die Öffnung der Mauer und auf das Ende der Blockkonfrontation von NATO und Warschauer Pakt.

Auch ich hatte mit einem weitaus längeren Prozess der Überwindung der Blockkonfrontation gerechnet. Am Morgen nach der Öffnung der Mauer flog ich von Berlin nach Bonn, wo ich mich zu einem Gespräch mit der Fraktion der GRÜNEN verabredet hatte. Es sollte um den basisdemokratischen Aufbau der Sozialen Verteidigung gehen. Als ich im Bundestag ankam, waren die grünen Abgeordneten euphorisch nach Berlin geflogen, ohne über die nun erforderlichen Schritte zu einer Bundesrepublik ohne Armee voraus gedacht zu haben. Und BoA! BoA! schallte es durch die Friedensbewegung. Man glaubte an eine Abkürzung zur mentalen Abrüstung ohne die Fähigkeit zur Sozialen Verteidigung. BoA! BoA! Halleluja!

Einige wie Roland Vogt haben die neuen Chancen zur Konversion genutzt und einiges erreicht, aber das Problem war, dass an die Stelle des militärischen Sicherheitsdenkens in den Köpfen der meisten Bundesbürger/innen kein neues, gestärktes Vertrauen in die Fähigkeit getreten war, mit ausschließlich gewaltfreien Mitteln die immer noch vorhandenen Probleme zu bearbeiten. Die Euphorie wich mehr und mehr ziemlich kleinlauten Rückgriffen auf militärische Mittel. Am Beispiel des grünen Politikers Joschka Fischer lässt sich diese rasante Entwicklung von BoA! BoA! zum militärischen Einsatz im Kosovo exemplarisch verfolgen. Von den Forschungen und Erkenntnissen der Friedensforschung zur gewaltfreien Aktion hatte der Frankfurter Straßenkämpfer allenfalls eine blasse Ahnung, Doch solch ein Prachtkerl und imponierender Marathonläufer wird beim Zustandekommen einer linken Mehrheit im Bundestag als Außenminister zum beliebtesten deutschen Politiker! Warum sahen die Deutschen in ihm einen Hoffnungsträger? Mir kommen da Zweifel an der Relevanz von Umfragen und an dem Urteilsvermögen von Wählern. Als Politologe stehe ich zwar wie Winston Churchill zur parlamentarischen Demokratie als der relativ besten Regierungsform, aber wenn ich an einige von Wählern demokratisch gekürte Spitzenpolitiker denke – neuerdings allen voran an Donald Trump – dann muss ich kläglich eingestehen, idiotensicher ist dieses System der parteienstaatlichen, parlamentarischen Demokratie nicht, und nicht einmal vor Verbrechern vermögen uns freie Wahlen zu bewahren, wenn die Bürger es nicht verstehen, ihre Bürgerrechte gewaltfrei zu verteidigen. Das sage ich als Schwiegervater einer Politologin und Journalistin türkischer Herkunft, die in Erdogan und seiner AKP das Produkt der böartigen Transformation einer nicht gefestigten Fast-Demokratie aus der Zeit Kemal Atatürks sieht.

Die Entwicklung beim NATO-Partner Türkei ruft bei mir als deutschem Historiker Erinnerungen an den Umgang Hitlers mit dem sogenannten Röhm-Putsch wach. Damals hat Hitler die Gelegenheit genutzt, um den Rechtsstaat außer Kraft zu setzen.

Teile des Militärs hatten gegen Erdogan geputscht – ohne Erfolg, weil das Volk die legitime Regierung Erdogans mit zivilen Mitteln verteidigte. Erdogan hat den tatsächlichen Militärputsch ähnlich wie Hitler den inszenierten, angeblichen Röhm-Putsch genutzt, um seine Gegner zu beseitigen und statt der SA die SS zu seinem Instrument zu machen. Erdogan hat den Militärputsch genutzt, um in der Türkei den Rechtsstaat außer Kraft zu setzen. Die türkischen Demokraten können sich jetzt nur noch selber helfen und auf die bislang noch nicht sehr wirksame Unterstützung durch einige europäische Institutionen hoffen.

Die Mitgliedschaft in der NATO nutzt den türkischen Demokraten jetzt rein gar nichts. Blickt man auf die Türkei, dann merkt man so richtig, was ein Militärbündnis bei der Verteidigung der Freiheit wert ist.

Solche Überlegungen hätte ich mir auch von Bundespräsident Gauck vor und nach seiner Reise zur Sicherheitskonferenz in München gewünscht. Der Bürgerrechtler Georg Meusel, ein prominenter Kriegsdienstverweigerer in der DDR und Organisator der Friedensseminare in Königswalde, hat Gauck sein Bundesverdienstkreuz zurückgegeben, weil er als Gründer des Martin-Luther-King-Zentrums für Gewaltfreiheit und Zivilcourage in Werdau ein ganz anderes Verständnis vom aktiven, gewaltfreien Eintreten für die Freiheit hatte als Gauck, dessen anti-totalitäres Freiheitsverständnis sich weitgehend aus den Vorstellungen vom „freien Westen“ in der Zeit des Kalten Krieges speiste.

Doch das sage man nun mal Frau von der Leyen und den osteuropäischen NATO-Partnern Deutschlands, die meinen, dass sie die NATO zum Schutz vor Russland brauchen! Polen und die baltischen Republiken können gar nicht genug NATO-Kontingente in ihren Ländern platzieren. Dabei haben die baltischen Staaten bewiesen, wie man mit den Mitteln der Sozialen Verteidigung eine unbewaffnete Demokratie gegen den russischen, damals noch sowjetischen Druck verteidigen kann. Die Unabhängigkeit der baltischen Staaten war in echter Gefahr. Sie **mussten** sich verteidigen. Sie verfügten über keine militärischen Mittel – und sie haben sich gewaltlos behauptet. Männer und Frauen gemeinsam. Die russischen Panzer wurden von den umzingelten Parlamentsgebäuden abgezogen. Der kommandierende sowjetische General befand: „Zu viel Fleisch vor dem Parlament.“ Die Lage war bedrohlich. Vor dem Parlament funktionierte die improvisierte Soziale Verteidigung, aber noch während der sowjetischen Belagerung wurde im Parlamentsgebäude mit eine paar Gewehren die künftige Armee rekrutiert und vereidigt. Keine demokratische Republik ohne Armee – so war das Denken bei den meisten Balten noch gestrickt.

Die Leitungen der kleinen baltischen Republiken hatten kein wirkliches Vertrauen in die gewaltfreie Widerstandskraft. Es war ein Mittel in der Not. Die Soziale Verteidigung war kein Bestandteil der Staatsidee. Die wieder erstandenen baltischen Republiken suchten die Mitgliedschaft in der NATO. Und sie erhielten sie, und auch die neutralen Nachbarn warnten sie nicht vor dieser Wohltat.

Eine Delegation des BSV reiste 1992 nach Litauen und Lettland. Wir wurden freundlich empfangen und uns wurde aufmerksam zugehört, aber die Mehrheit dachte eben, es sei sicherer, wenn man sich der NATO anschliesse, statt auf die eigene gewaltfreie Widerstandskraft zu vertrauen und diese weiter zu entwickeln.

Es ist uns nicht gelungen, eine gewaltfreie Sicherheitspartnerschaft mit Organisationen aufzubauen, die einen staatlichen Aufbau vor sich hatten und ähnliche Ziele wie der Bund für Soziale Verteidigung verfolgten. Und auch im Kosovo und in anderen Balkanstaaten setzten sich diejenigen durch, welche auf das Militär bzw. den Guerillakampf mit ausländischer Unterstützung setzten. Das lässt sich weltweit beobachten. Und doch: Wir brauchen Befreiungs- und Unabhängigkeitsbewegungen, die von vornherein eine befreite Gesellschaft ohne Militär anstreben und sich auch nicht nur notgedrungen gewaltloser Mittel beim Verfolgen ihrer Ziele bedienen. Gandhi wollte dies. Er wollte keine indische oder pakistanische Armee, sondern eine Shanti Sena – ein Netzwerk gewaltfreier Einsatzgruppen in Land und Stadt.

Gandhi konnte diese Shanti Sena nicht mehr entwickeln, und seine Nachfolger haben es auch nicht geschafft. Als Kriegsdienstverweigerer und Ostermarschierer haben wir zu Beginn der 1960er Jahre in Stuttgart versucht, nach Gandhis Ideen eine Gewaltfreie Zivilarmee aufzubauen. Das Experiment habe ich in Tagebuchform beschrieben. Auf meiner Homepage [www.theodor-ebert.de] lässt sich seine Entwicklung verfolgen. Wir waren voreilig. Doch das Konzept war da und wir hielten es für möglich, es zu realisieren. Die Frage war: Wie viele machen mit? Wir hofften auf eine Jugendmassenbewegung und auf einen gewaltfreien Aufstand in der DDR. Wir

sahen die 1961 errichtete Mauer demnächst fallen. Doch wir blieben zu wenige und wir wussten noch zu wenig über Formen und Wirkungen gewaltfreier Methoden.

Gandhi hat zwar mit Recht gesagt: Die Mittel bestimmen die Ziele. Aber ich würde heute hinzufügen: Die Mittel und ihr organisierter Einsatz formen das Ziel in „statu nascendi“, also im Werden. Man muss das Ziel in Umrissen vor Augen haben, so wie die badischen Verfasser von „Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ heute ein Ziel vor Augen haben, auch wenn der Prozess der Umstellung dann anders verlaufen mag als in dem Szenario von Theodor Ziegler, Stefan Maaß und Christoph Schneider-Harprecht vorhergesehen. Es hat in der Vergangenheit mehr oder weniger realistische Szenarien gegeben. Sie waren wichtig für die konstruktive Friedensfantasie. Doch wenn man auf 30 Jahre BSV zurückblickt, so kann ich nicht umhin zu bemerken: Es hat uns bei aller Fantasie und Anstrengung dann doch immer wieder an dem gewissen „momentum“ gefehlt, also an dieser Verbindung von Masse und Bewegung, die zu einer durchschlagenden Wirkung führt. Wahrscheinlich haben wir auch Fehler gemacht und haben den Fokus und die Prioritäten gelegentlich falsch gesetzt. So genau kann ich dies nicht sagen, weil ich auch nicht immer nah genug dran war. Vielleicht haben wir uns auch verzettelt, weil wir zu viel parallel machen wollten und um den Erhalt unserer Organisation und um den Fluss der Spenden besorgt sein mussten. Man lag im BSV nicht auf der faulen Haut, aber es war zu viel für die wenigen Getreuen, und dann gab es eben auch einen grausigen Verlust. Ich will und kann keine Schuld zuweisen, aber es war entsetzlich, dass Petra Kelly und Gert Bastian nicht von Feinden getötet wurden, sondern dass sie „friendly fire“ zum Opfer fielen. Wir haben in erster Linie selbst versagt. Warum musste unsere Gründungsvorsitzende in die völlige Isolation geraten und von der Hand ihres geliebten Mitstreiters sterben? Ich habe darauf auch nach 30 Jahren keine befriedigende Antwort, empfinde aber immer noch den Schmerz des Verlustes, dieses vorzeitigen Todes einer Hoffnungsträgerin. Das ist jetzt nicht der Ort für Krokodilstränen, aber ich habe für den Fall des äußeren Erfolges unserer Bemühungen mehr Angst vor den menschlichen Schwächen unserer Freunde und vor dem eigenen Versagen als vor den Anschlägen unserer angeblichen oder wirklichen Feinde. Und doch, dass wir uns in den vergangenen Jahren nicht zerstritten, sondern immer wieder aufgerappelt haben, ist für mich ein gutes Zeichen. Die vergangenen 30 Jahre waren erst der Halbmarathon, einige von uns sind alt geworden, aber andere sind noch bei Puste. Und zu den Jüngeren sage ich: Weiter so! Wir schaffen das noch: Die Umstellung auf eine gewaltfreie, zivile Sicherheitspolitik in einer sich ökologisch vernünftig einpassenden Welt!

Prof. Dr. Theodor Ebert ist emeritierter Politikwissenschaftler und Friedensforscher. Er lehrte am Otto-Suhr-Institut in Berlin. Seine Werke über gewaltfreien Aufstand und Soziale Verteidigung sind Klassiker der deutschen Schriften zu Gewaltfreiheit. Er begründete den BSV mit und war einige Jahre später einer der geistigen Väter des Zivilen Friedensdienstes.

4. Podiumsgespräch : Soziale Verteidigung damals und heute

Teilnehmer*innen:

Christoph Besemer, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, Freiburg, Mediator, jahrzehntelanger Mitarbeiter, im ersten Vorstand des BSV, November 2017: Co-Preisträger des Helga-und-Werner-Sprenger-Friedenspreises der INTA-Stiftung. (CB)

Dr. Ute Finckh-Krämer, BSV, Berlin, Mathematikerin, bei Oberster Bundesbehörde tätig, viele Jahre Vorsitzende des BSV, immer noch im Vorstand, SPD-Bundestagsabgeordnete 2014-2017, Schwerpunkt Friedenspolitik. Frischgewählte Co-Vorsitzende des Sprecher*innenrats der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. (UJK)

Dr. Barbara Müller, Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK), Wahlenau, Friedens- und Konfliktforscherin, Mitarbeiterin und Geschäftsführung IFGK, mehrere Jahre Vorstand BSV, auch im ersten Vorstand, heute Moderatorin und Coach. (BM)

Winfried Nachtwei, BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN, Münster, Gymnasiallehrer, 1994-2009 als Abgeordneter für die GRÜNEN im Bundestag, war einer der Abgeordneten, die den Aktionsplan Zivile Krisenprävention (ZKP) und überhaupt Zivile Konfliktbearbeitung maßgeblich vorangebracht haben, seit einigen Jahren Co-Vorsitzender des Beirats ZKP. (WN)

Moderation: **Elise Kopper**, Vorstandsmitglied im BSV. (EK)

Beiträge von Teilnehmer*innen aus dem Plenum wurden anonymisiert.⁷ (TN)



EK: Wir gönnen uns heute einen Blick zurück, bevor es morgen dann um die Zukunft gehen wird. Wir sind froh, hier vier Menschen versammelt zu haben, die bei dem Gründungskongress dabei waren und uns erzählen können, worum es ging, warum es ihn überhaupt gab und was dort diskutiert wurde.

Wir haben in der Vorbereitung besprochen, dass es gut wäre, wenn das Podium moderiert wird von jemand, der*die damals nicht dabei war und deshalb stehe ich heute hier und darf die neugierigen Fragen stellen.

Von Roland Vogt wurde schon erwähnt, dass der Begriff der Sozialen Verteidigung (SV) manchmal als rätselhaft wahrgenommen wird. Das bekommen wir auch mit, nicht zuletzt von unseren Praktikant*innen, die häufig nicht *wegen* des Begriffs der SV zu uns kommen, sondern eher *trotz* dessen. Mir ging das ähnlich, als ich vor einigen Jahren zum BSV stieß. Mit dem Konzept der SV arbeiten wir heute nur noch relativ wenig. Und deshalb bin ich sehr gespannt darauf, was Ihr damals darunter verstanden habt, warum Ihr dieses Konzept, diesen Kongress überhaupt in Angriff genommen habt und was Ihr dazu zu sagen habt.

Wenn Ihr Euch an den Kongress erinnert, was kommt Euch als erstes in den Sinn?

BM: 1988 beim Kongress in Minden war ich da zum Helfen in der Vorbereitung. Was mir als erstes spontan in den Sinn kam, waren weniger die inhaltlichen Debatten, sondern die Stimmung, die große Zahl an Leuten, und dass es gewissermaßen eine Art Höhepunkt und auch ein Endpunkt war einer selbstorganisierten Fähigkeit, Dinge auf die Beine zu stellen, die vielen Leuten wichtig sind. Das war uns damals nicht klar, aber aus der Rückschau war es so. Das ist also, was mir als erstes in den Sinn kam: Die Kraft davon, was eine selbstorganisierte Basisbewegung

⁷ Wir bitten dafür um Verständnis – die Billigung aller Teilnehmenden einzuholen, hätte die Publikation voraussichtlich um Monate verzögert.

mit einer eigenen Agenda schaffen kann. Das ist eine Erfahrung, auf die ich später immer wieder zurückgegriffen habe – das Wissen, dass das geht. Interessanterweise ist dies auch die Quintessenz von SV, im Unterschied zu gewaltfreier Aktion. Ich habe mehrfach Phasen erlebt, im Hunsrück in den 1990er Jahren, jetzt wieder und auch anderswo, in denen es um Angriffe auf die Schutzbedürftigkeit von Menschen geht. Durch das Wissen über SV habe ich eine klare Idee davon, was ich tun kann. Ich weiß auch, welche Kraft das entfalten kann, wenn Menschen gewaltfrei füreinander eintreten. Ich fühle mich deshalb nie so hilflos, als dass ich überhaupt keine Idee mehr hätte, was ich tun könnte, auch wenn ich es dann vielleicht nicht umsetzen kann. Das ist so etwas, dieses Wissen und die Erfahrungen, aus denen wir das Konzept der SV entwickelt haben, was mir bis heute hilft und mich trägt. Wir müssen es aber auch immer auf die neuen Fragen der Gesellschaft anwenden. Das steht jetzt wieder an.

WN: Erstmal hatte ich die Schwierigkeit, dass mit 30 Jahren Abstand unheimlich viele Erinnerungsschichten dazwischen sind. Als erstes ist mir dann ein Bild eingefallen: die vielen Luftballons, die vor dem Weserkolleg in die Luft gingen. Das war symbolisch – da gingen Ideen in die Welt. Und dann habe ich noch meinen Bericht von damals gefunden. Der erste Satz hieß: „Wer hätte das gedacht.“ Das war wirklich eine Überraschung, weil die vorherigen Bewegungshöhepunkte – die erste Hälfte der 1980er Jahre mit ihren Massendemonstrationen und Aktionen Zivilen Ungehorsams mit kleineren Teilen der Friedensbewegung – schon Vergangenheit waren. Bei den gewaltfreien Aktionen hat man einerseits erlebt, was man hinkriegen kann. Andererseits haben wir auch gemerkt, dass wir in der Gesamtheit der Friedensbewegung eine Minderheit sind. Zweitens, dass selbstverständlich die Friedensbewegung der früheren 1980er Jahre eine Protestbewegung war. Aber auf die Dauer reichte Protest nicht. Natürlich war weiter Protest notwendig. Und kurze Zeit vorher, 1987, gab es das große Airlanbattle-Manöver – die konventionelle Offensivstrategie, mit 80.000 Soldaten hier in Norddeutschland. Deshalb kam in kleineren Teilen der Friedensbewegung und auch bei Vorläufern des BSV die Frage nach Alternativen hinzu. Nicht nur, dass wir wissen, was unmöglich und unverantwortlich ist, sondern, was die Alternativen sind. Da war es überraschend, nachdem die Friedensbewegung eigentlich nur noch mit Kleingruppenaktivitäten sichtbar war, dass dann tatsächlich – lt. meinem Bericht – mehr als 1.100 Leute dabei waren. Das war die tolle Überraschung.

Ich war in einer Arbeitsgruppe, in der wir die Aktion „Notbremse“ geübt haben. Es ging um Interventionssituationen und dann Dazwischen-Grätschen. Das war ein sehr interessantes und ergiebiges Planspiel. Das haben wir bei den Wintex-Cimex-Übungen – die Älteren erinnern sich vielleicht, die geheimsten Übungen in der BRD, wo Zivile und Militärs unter der Decke wahnsinnige Sachen zusammen übten – umgesetzt. Da haben sich keine Massen beteiligt, aber die Aktionen selbst waren sehr phantasievoll und, so glaube ich, auch einigermaßen wirksam.

Darum ging es dann bei dem Kongress auch. Dabei stellten sich Schlüsselfragen, die auch heute nicht überholt sind: 1. Was soll überhaupt verteidigt werden? 2. Wogegen? 3. Mit wem? Da waren wir uns in einigen Punkten nicht einig.

UFK: Wenn ich mich zurückerinnere, dann denke ich an die organisatorischen Aufgaben, weil es mich anderthalb Jahre vor dem Bundeskongress nach Minden verschlagen hatte, an einen Ort, wohin ich ohne den ersten Job meines Mannes nie gezogen wäre. Ende 1986 hatte ich das erste Kind gekriegt und geguckt, ob es irgendeinen friedenspolitischen Anknüpfungspunkt vor Ort gibt. Und dann fiel kurz nach der Geburt meines älteren Sohnes die Entscheidung, dass dieser große Kongress in Minden organisiert werden würde, weil dort der SPD-Landrat die Stadthalle kostenlos zur Verfügung gestellt hatte. Aber alles andere mussten wir selbst organisieren. Es gab noch nicht diese tollen Förderprogramme, wo man Zuschüsse bekommt, wenn man genug Unterschriften sammelt bei Tagungen. Sondern es musste wirklich alles von den Teilnehmer*innen und durch Spenden selbst getragen werden. Deshalb haben wir alles selbst organisiert. Ich weiß nicht mehr, warum ich zum Transport von Lebensmitteln und Geschirr unsere beiden Wäschewannen mitgenommen habe. Aber eine von ihnen habe ich bis heute in Verwendung, und im-

mer, wenn ich sie in die Hand nehme, habe ich das Gefühl, da ist noch eine Verbindung zu Minden und zu diesem Kongress.

Das zweite, was auch für diese Selbstorganisation steht: Ich wusste zufällig, dass, wenn genug Leute aussteigen, ein Intercity einen Sonderhalt machen kann. Das hatten wir organisiert für einen IC von Hannover nach Bielefeld. Dafür mussten aber mindestens 50 Leute aussteigen. Die Bahn hatte dann wirklich jemanden abgestellt, der am Bahnhof zählte. Bei 75 hat er aufgehört, weil es offensichtlich über 100 waren. Diese organisatorischen Details waren für mich sehr eindrücklich.

Gegründet wurde der BSV übrigens nicht auf dem Kongress, sondern ein Dreivierteljahr später, im Frühjahr 1989. Und weil ich aus einer Familie komme, in der das Ehrenamt seit mehreren Generationen verankert ist, wusste ich, dass ein Verein auch Kassenprüfer*innen braucht. Inzwischen hatte ich zwei kleine Kinder, ich wusste, ich kann nicht in den Vorstand gehen oder bundesweit herumfahren, aber ich kann einmal im Jahr in Minden die Kasse prüfen. Und das habe ich dann auch gemacht, bis ich nach Berlin gezogen bin.

Was ich inhaltlich mitgenommen habe, bzw. was ich rückblickend als die Stärke des BSV ansehe, war, dass er anders als die reinen Protestbewegungen, in denen ich ja auch immer mit drin war, das Konstruktive in den Vordergrund gestellt hat. Was sind die Alternativen, nicht nur das, was wir nicht wollen. Ich habe z.B. nicht gewusst, was Roland Vogt gerade erzählt hat, dass bei diesem Konzept, das er entwickelt hatte, jemand meinte, dass das Auswärtige Amt das hätte erstellen sollen, nicht der BSV, und dass es deshalb niedergestimmt wurde. Und das hat der BSV ja dann auch sukzessive in die Tat umgesetzt: mit dem Zivilen Friedensdienst, mit dem Thema Mediation, das wir als erste als Thema nach Deutschland geholt haben, mit Streitschlichtung an Schulen. Es ging darum, Gewaltfreiheit und gewaltfreie Konfliktbearbeitung gleichberechtigt zur Militärkritik zu setzen und zu sagen: Das muss auch in der eigenen Gesellschaft anfangen, das ist nicht nur etwas für die Situation, in der es Militärputsche gibt oder die große Politik beteiligt ist, sondern das fängt in unseren Familien und auf unseren Schulhöfen an. Und wir haben dann sukzessive gemerkt, dass die Art und Weise, wie Konflikte eskalieren, eigentlich auf allen Ebenen der Gesellschaft sehr ähnlich ist. Wenn man sich anguckt, wie Trump und einige andere Präsidenten in der Welt miteinander umgehen, dann fühlt man sich schon manchmal an Schulhöfe erinnert. Da haben wir nicht nur unsere eigene Gesellschaft, sondern mit dem ZFD auch Leuten in anderen Ländern in Europa die Idee gegeben, dass man im Kleinen anfangen und damit für das Große etwas lernen kann. Das ist, glaube ich, der große Erfolg, den wir hatten, wenn wir 30 Jahre zurückblicken.

CB: Es gab damals eine unglaubliche Aufbruchsstimmung. Es war die größte Zusammenkunft deutscher Pazifist*innen. Das wurde vor und danach nicht überboten. Die Energie im Raum war unheimlich gut. Es hatte das Mannheimer Treffen davor gegeben, das die Konferenz vorbereitet hatte. Dafür war Theodor Ziegler übrigens einer der Anstoßgeber*innen, der heute wieder einen Anstoß gibt. Daraus hat sich dann im nächsten Jahr der Bund für Soziale Verteidigung gegründet. Insofern war der Kongress erfolgreich. Das war ja auch das Ziel gewesen – eine Struktur, eine Vernetzung zu bilden, um SV nicht nur zu propagieren, sondern schon organisatorisch vorzubereiten und umzusetzen.

Ich glaube, dass der BSV sein Ziel nicht erreicht hat, bisher *noch* nicht erreicht hat. Vielleicht lag das einerseits auch an den Spannungen, die es von Anfang an gab. Es ging um die Rolle des Staates beim Aufbau von SV und die Definition: Was ist SV überhaupt, ist gewaltfreier Aufstand = SV? Darüber gab es viele Diskussionen in Minden, davor und danach. Ich glaube, dass sie uns nicht so viel weitergebracht haben. Mein Schwerpunkt war eher: Wie kann man SV praktisch aufbauen? Ich hatte dazu einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet, der aber nicht aufgegriffen wurde. Und irgendwann ist dann der BSV doch zu einer Friedensorganisation mutiert, weil das große Ziel, eine Alternative zum Militär darzustellen, nicht mehr erreichbar war. Trotzdem finde ich, hat der BSV Erfolg gehabt. Und anders als Du, Theo, sehe ich die Kampagne Bundesrepublik ohne Armee (BoA) als einen der großen Erfolge des BSV, weil wir da tatsächlich angekommen

sind bei der Bevölkerung oder zumindest bei vielen aus der Bevölkerung und bei den höchsten Militärs. Der Friedensforscher Andreas Buro erzählte einmal, dass in Hamburg bei einer Tagung von höchsten Militärs eine Angst umgegangen ist vor dieser Infragestellung des Militärs. Natürlich, es gab keinen Warschauer Pakt mehr, es gab kein Feindbild mehr, keine UdSSR, die vor den Toren stand. Und ein neues Feindbild war noch nicht da. Da haben wir eine ziemlich große, starke Kampagne gemacht und das Thema Militärabschaffung in die Köpfe gebracht. Wir haben nicht gewonnen. Die Bundeswehr hat sich schnell umorientiert, wie man „humanitäre Einsätze“ begründen kann, wie man das Feindbild Islam schafft, dass man sich doch wieder bedroht fühlt. Da sind wir nicht durchgedrungen. Aber manche Ideen brauchen einfach ihre Zeit.

Was der BSV an positiven Erfolgen hatte, war: Ich habe Mediation über Traude Rebmann kennengelernt. Sie war vom BSV angestellt worden, um das Konzept der Mediation in Deutschland zu verbreiten. Sie hat das sehr gut gemacht, und innerhalb von 20 Jahren ist ein Berufsbild Mediator*in etabliert worden, das es zuvor nicht gegeben hatte. Dieses große Interesse für Mediation kam aus der friedenspolitischen Ecke. Ich denke, ein Mangel der SV bzw. eine Ergänzung für SV ist tatsächlich auch die Mediation in Konflikten, in Bürgerkriegssituationen, in Kriegssituationen. Wir müssen nicht nur gewinnen, angreifen und verteidigen, sondern wir müssen die Ursachen lösen, die zu Konflikten führen. Und da ist Mediation ein Ansatzpunkt. Ein anderer wäre z.B. die Diplomatie, die von uns überhaupt nicht in Betracht gezogen wurde, vor der ich aber mehr und mehr Respekt gekriegt habe. Besonders als ich den Film gesehen habe, wie im Zweiten Weltkrieg Paris durch einen schwedischen Diplomaten gerettet wurde, der in einem face-to-face-Kontakt mit dem deutschen Kommandanten verhindern konnte, dass Paris dem Erdboden gleich gemacht wurde. Das war damals schon konkret vorbereitet gewesen.

Ein anderer Erfolg war, dass der Zivile Friedensdienst im BSV angedacht und in der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg vorangetrieben wurde, wo Theodor Ebert eine gute Rolle gespielt hat. Der ZFD ist zwar auch jetzt noch klein im Vergleich zum Militär, aber damals als wichtiger Baustein gewaltfreier Konfliktbearbeitung ins Leben gerufen worden.

Drittens: Wir hatten zur Zeit des sich anbahnenden Golfkrieges 1990 in der AG BoA im BSV ein Konzept entwickelt, wie dieser Krieg verhindert werden könnte. Da war noch kein Krieg, es gab nur die Spannungen. In der Folge ist auch das Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) gegründet worden, mit dem Ziel, solche Expertisen für friedliche Konfliktlösungen in ähnlich bedrohlichen Situationen zu erarbeiten. Da könnte ich mir vorstellen, dass der BSV weiter daran arbeitet. Der BSV hat ja zwischendurch auch in kleineren Bereichen gearbeitet, wie es auch andere Friedensorganisationen gemacht haben, aber das war vielleicht auch der Situation geschuldet, dass das andere, das große Ziel, die Armee abzuschaffen und Alternativen aufzubauen, sich verflüchtigt hatte.

Ein Schlusssatz noch: Theodor Ebert, Du hattest vor zehn Jahren, beim 20-jährigen Jubiläum des BSV, einen Vortrag gehalten. Du hast auch damals die Kampagne BoA sehr kritisiert. An dem Punkt habe ich Dir widersprochen und Dir einen Brief geschrieben. Damals habe ich ihn nicht öffentlich gemacht, aber er passt immer noch zur heutigen Situation und deshalb möchte ich einen kleinen Abschnitt daraus zitieren:

„Ich kann die Einschätzungen und Schlussfolgerungen aus Deinem Jubiläumsvortrag weitgehend teilen – außer Deiner negativen Beurteilung der BoA-Kampagne. Beim Nachdenken über das Thema, wie kann man Soziale Verteidigung effektiv vorbereiten, habe ich in letzter Zeit mehr und mehr den Eindruck gewonnen, dass das vielleicht gar nicht möglich ist. Denn eine zwangsweise Ausbildung würde dem Grundgedanken der Sozialen Verteidigung widersprechen, eine Wahlfreiheit wäre eine etwas aufgelockerte Zwangsgeschichte und eine freiwillige Ausbildung – was ich grundsätzlich befürworten könnte – würde wahrscheinlich nicht die Menge an Leuten anziehen, die Du Dir vorstellst, solange kein konkretes Bedrohungsgefühl vorhanden ist. Und wenn eine konkrete Bedrohung da wäre, wäre es vielleicht schon zu spät dafür.

Eine Alternative wäre, dass mit dem zunehmenden Wissen, ja vielleicht schon Allgemeinwis-

sen, und den mittlerweile vielen geschichtlichen Beispielen von erfolgreichem nichtmilitärischen Widerstand die Menschen auch ohne spezielle Grundausbildung in der Lage sind, gewaltfreien Widerstand auszuüben. Vielleicht reichen einige Fachleute, Organisator*innen, Trainer*innen und Fachbücher aus, um die nötigen Grundinformationen zu vermitteln oder sich anzueignen. Der Rest ist die spontane Empörung und Widerstandsbereitschaft der Bevölkerung in einer konkreten Unterdrückungs- bzw. Unrechtssituation. Diese Bereitschaft, zu handeln und Risiken auf sich zu nehmen, ist wahrscheinlich der wichtigste Faktor für einen erfolgreichen gewaltfreien Widerstand.“

Und was für solch eine Widerstandsbereitschaft spricht, ist natürlich Widerstand im Alltag, in innenpolitischen Konflikten, in allen Bereichen durchzuführen und dadurch schon Erfahrungen zu bekommen. Aber die Angriffssituation im ganzen Land zu trainieren, mit Manövern, ich glaube, das ist nicht der richtige Weg.

Weshalb wurde der Kongress organisiert?

EK: Bei einigen von Euch klingt jetzt schon die Atmosphäre, die Aufbruchsstimmung, die Motivation, die dahintersteht, an. Mich würde jetzt noch interessieren: Weshalb habt Ihr damals diesen Kongress auf die Beine gestellt? Was war der weltpolitische Hintergrund, den wir ja alle irgendwie kennen, also die akute Bedrohung, die Konfrontation zwischen den Blöcken, auch wenn da schon Gorbatschow da war? Wie sah die weltpolitische Situation aus? Welche Hoffnungen habt Ihr mit dem Kongress ganz konkret verbunden? Was sollte geschehen, was habt Ihr erwartet?

UFK: Die Frage, was im Ostblock passieren würde, war im Sommer 1988 noch völlig offen. Noch mehr 1987, als angefangen wurde, diesen Kongress vorzubereiten. Denn während der Kongress vorbereitet wurde, wurde der INF-Vertrag [Vertrag zum Abbau der atomaren Mittelstreckenraketen] in Reykjavik abgeschlossen, und es war bis zum letzten Tag nicht klar, dass er kommen würde. Denn so pazifistisch war der US-Präsident Reagan nicht. Und es war auch völlig unklar, wie es im Osten weitergehen würde. Ich weiß, dass unsere DDR-Freunde uns, als wir im Frühjahr 1988 zu Besuch waren, gesagt haben, jetzt dürfen wir noch nicht einmal mehr bestimmte sowjetische Zeitschriften lesen, denn das ist unserer Regierung schon zu liberal, was der Gorbatschow da macht. Das heißt, es war eine Situation, bei der man nicht wusste, ob es im nächsten Jahr nochmal so was wie ein Prag 68 geben würde. Und es hat sich dann erst in dem Jahr, in dem der BSV tatsächlich gegründet wurde, gezeigt, dass es einen friedlichen Übergang gibt. Zuerst gab es einen friedlichen halben Übergang mit halbfreien Wahlen in Polen. Dann kam der Fall der Mauer, und dann ging es Schlag auf Schlag. Aber 1988 war die Situation die, dass wir das Gefühl hatten, wir werden nochmal gebraucht. Gleichzeitig war es aber klar, dass nicht nochmal die breite Bewegung von 350.000 bis 500.000 bis 800.000 Menschen zusammen zu kriegen war, die gegen eine konkrete Bedrohung, nämlich gegen die Mittelstreckenwaffen, die ja 1990 abgezogen werden sollten, antreten. Es waren mehr die Leute, die sich Gedanken machten, weil sie mit dem Thema SV auch den Widerstand in Prag 1968 verbanden. Es war nicht unbedingt vorzusehen, dass dieser Wandel friedlich kommt. Das war ein Teil der Atmosphäre.

BM: Also wir hatten 1986 im Hunsrück ja noch eine große Demonstration im Zusammenhang mit dem Nachrüstungsbeschluss. Mit dem INF-Vertrag 1987 – der Entscheidung, die Cruise Missiles wieder abzuziehen – war dann insbesondere die Stationierungsregion Hunsrück (Cruise Missiles) von dem Druck entlastet, der seit Jahren auf vielen Menschen gelastet und sie in einer immensen Anstrengung und Aktivität gehalten hatte. Man hat wirklich gemerkt, es gibt auch in diesem Protestleben Grenzen von Belastbarkeit. Und mit diesem Einschnitt 1987 war es bei vielen spürbar. Ich war damals gerade im Friedensbüro, hatte da die Blockadebegleitung, und man merkte, dass für viele da der Punkt erreicht war, an dem sie sagten, ach, ein großes Ziel erreicht, aber jetzt ist es dann auch mal gut. Und in dieser Stimmung war die Perspektive auf diesen Kongress etwas, das nach vorne wies und was ein Momentum von Widerstandsfähigkeit von

unten aufgriff, das über diesen Protest hinausreichen könnte. Das war für mich der Impuls zu sagen: Das ist wichtig, dass genau das jetzt stattfindet. Denn SV ist sozusagen die logische Quintessenz aus all dem Gelernten in der Friedensbewegung. Daran mitzuarbeiten, machte sehr viel Sinn für mich.

CB: Ein Aspekt, der noch hinzukam, der sicher nicht für alle gilt, aber auch Thema im Vorstand des BSV gewesen war, war die Hoffnung, dass die GRÜNEN, die sich 1980 gegründet hatten, in naher Zukunft in eine rot-grüne Regierungskoalition einsteigen würden. Und es wurde gehofft, dass das im grünen Parteiprogramm verankerte Konzept der SV umgesetzt würde. Es war schon damals klar, dass sie davon Abstand nahmen, aber es waren noch ein paar Leute drin, die dafür gekämpft haben. Aber sie sind erst 1998 in den Bundestag hineingekommen und dann war es eigentlich schon vorbei mit dem Zauber. Wir haben uns viel damit auseinandergesetzt, strategische Sandkastenspiele gemacht, wie man das in die Partei, in den Bundestag reinbringen könnte. Das war genauso fruchtlos wie die anderen Diskussionen.

EK: Winni, was ist da passiert bei den GRÜNEN?

WN: Ich war nicht als Organisator im Vorfeld tätig gewesen, sondern war ein Kundschafter aus Friedensgruppen.

Einwurf UFK: Stimmt nicht, Du hast mit organisiert, Du warst in der Vorbereitungsgruppe für den Kongress. Daher kennen wir uns. Aber Du warst in der lokalen, nicht in der überregionalen Gruppe.

WN: Du hast recht.

Ich habe ja vorhin schon ein paar Punkte angesprochen, was den politischen Kontext angeht, und jetzt war auch schon von dem Mittelstreckenraketenabkommen die Rede. Ich habe das so erlebt, dass in der Friedensbewegung das, was eigentlich ein großer Erfolg war – wann hat es schon mal solch eine große Abrüstung im Friedensfall gegeben? – wenig gefeiert wurde. Es wurde im Grunde als eigener Erfolg gar nicht so richtig wahrgenommen. Wohl auch, weil man natürlich auch gesehen hat, dass gleichzeitig in anderen Bereichen kräftig aufgerüstet wurde. Es war sozusagen ein Erfolg mit erheblichen Schatten. Aber grundsätzlich besteht das Problem, dass es für eine soziale Bewegung sehr schwierig ist, eigene Erfolge oder Wirkungen entsprechend wahrzunehmen, weil sie oft nicht unmittelbare sind, sondern mittelfristige. Und mittelfristig hatte die Friedensbewegung enorme Wirkung.

Von der grünen Bundestagsfraktion habe ich damals wenig mitbekommen und kann dazu nichts Konkretes sagen.

UFK: 1989 gab es ja die Hoffnung, dass 1990/91 Kohl abgewählt werden würde. Dann gab es wegen der Wiedervereinigung vorgezogene Wahlen 1990, und letztlich hat Kohl dann die zweiten acht Jahre seiner 16 Jahre Regierung über die Wiedervereinigung geholt. Das hat niemand von uns 1988 vorhergesehen. Da hat niemand gesagt, wenn dann in zwei Jahren die deutsche Wiedervereinigung kommt, dann müssen wir das und das berücksichtigen. Das war eines der weltgeschichtlichen Ereignisse, die niemand vorhersehen konnte.

Rückfrage aus dem Publikum: Dazu gehört ja eigentlich auch der Umgang mit 1989/90, wie mit den Leuten in der DDR umgegangen wurde.

UFK: Was wir 1989/90 gemacht haben, ist, die Leute von den Runden Tischen zu stärken. Was Kohl angeht: Da könnte ich aus SPD-Sicht etwas dazu sagen. Denn da gibt es kluge Analysen, was schon bei der Volkskammerwahl 1990 schiefgelaufen ist, als noch vier Wochen vor der Wahl der SPD ein hoher Wahlsieg vorausgesagt worden war. Nach Einschätzung der SPD waren die Manpower und das Geld, das die CDU in den Wahlkampf im Frühjahr hineinstecken konnte, wahlentscheidend. Und da war ein Pflock eingeschlagen, der dann auch bei den Bundestagswahlen im Dezember wirkte. Die meisten in der DDR, nicht die, die an den Runden Tischen gesessen hatten, sondern die, die eher zugeschaut hatten und die z.T. statt „wir sind das Volk“ auch bald gerufen hatten „wir sind ein Volk“, waren es, die dann mehr auf Kohl und die CDU

vertrauten als auf die SPD. Die CDU war präsent, denn sie hatte eine Ostpartei mit Infrastruktur und Gebäuden übernommen. Das ist die Analyse aus der SPD.

Es gibt auch generelle Erkenntnisse, dass diejenigen, die eine Revolution machen, meistens nicht diejenigen sind, die direkt danach die Macht übernehmen. Die Wirkung von denjenigen, die die Revolution machen, ist eher mittel- oder langfristig.

Weiterarbeit an Sozialer Verteidigung

EK: Inwieweit habt Ihr Euch nach dem Kongress und nach 1989/90 noch mit Sozialer Verteidigung beschäftigt? Hat die SV Euch in Euren politischen Bestrebungen, Eurem politischen Leben geprägt?

CB: Ich hatte mich ja schon mein halbes Leben mit der SV beschäftigt, als die Tagung stattfand, 17 Jahre lang. Und danach ging es tatsächlich etwas zurück. Da waren auch nicht mehr die Kriegsdienstverweigerer da, die fragten, was man tun kann ohne Militär. Es gab noch einige Seminare, die ich über SV gehalten habe, aber die Nachfragen wurden weniger. Und dann kamen die ganzen Kriege, in Osteuropa und dann Afrika, Asien und der ganzen Welt. Aber auch die gewaltfreien Aufstände in Nordafrika, auch Syrien, wo es zu einer Katastrophe kam. Ich dachte da immer, SV wäre schön, aber sie müsste dort stattfinden, es müssen die Betroffenen sein. Was können wir hier machen, außer ein bisschen flankieren und die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Rüstung hierzulande kappen? Aber die SV selbst müssten die Menschen in den dortigen Ländern durchführen. Und wenn da Gewalt herrscht, wie in Syrien, dann ist es schwierig, von außen Unterstützung leisten zu wollen.

BM: Ich habe mich insofern weiter damit beschäftigt, dass ich bis 1995 an der Doktorarbeit zu passivem Widerstand im Ruhrkampf gesessen und ihn als ein Fallbeispiel gewaltloser zwischenstaatlicher Konfliktaustragung untersucht habe. Und durch diese Arbeit habe ich für mich meine Schlussfolgerungen für die Anforderungen an eine SV erarbeitet.

Praktisch sind wir mit dem BSV Anfang der 1990er Jahre einige Male in Brandenburg unterwegs gewesen, in Ortschaften, wo Wohnheime von Geflüchteten angegriffen wurden und wo wir zunächst die engagierten Menschen beraten bzw. mit ihnen erarbeitet haben, wie sie schützend aktiv werden konnten. Und der zweite Teil der Beratung drehte sich eigentlich immer um die soziale und wirtschaftliche Situation dieser Menschen selbst, die in äußerst prekären Umständen angefangen haben zu arbeiten, nach quasi der Übernahme der Infrastruktur der DDR durch das deutsche "Wohlfahrtssystem" etc. Das ist der zweite Block, wenn man über SV nachdenkt. Man hat dann immer zwei Elemente. Die soziale und die wirtschaftliche Situation gehören auch dazu, es ist nicht die Widerständigkeit allein.

Dann habe ich es gebraucht im Hunsrück, als wir Anfang der 1990er Jahre einen immensen Zuzug von Aussiedler*innen hatten und sich innerhalb weniger Wochen in manchen Orten die Bevölkerung verdoppelte durch den Zuzug einer Bevölkerungsgruppe in den Hunsrück mit der gesamten Infrastruktur aus Kasachstan. Das hat enorme Ängste ausgelöst, es gab die ersten Kritzeleien, es spitzte sich zu. In dieser Situation haben wir uns zum Ziel gesetzt: Wie schaffen wir es, dass kein Blut fließt? – Mehr nicht! Da habe ich mit dem konzeptionellen Wissen von SV sehr informell mit einigen Leuten zusammengesessen. Und sie haben dann neue Netzwerke geschaffen, wo Schutz organisiert und neue Verknüpfungen und Dialog in die Communities hinein geschaffen wurden. Da wäre mir nichts eingefallen, wenn ich nicht die SV gehabt hätte. Da hatte ich einen sehr praktischen Bezug, und ich wünschte mir, wir könnten dieses Wissen und Handwerkszeug mehr zur Verfügung stellen und Menschen ermutigen, sich ein Repertoire zu entwickeln. So wie im Ruhrkampf zurückgegriffen wurde auf das Repertoire der Gewerkschaften. Wie macht man einen Streik? Die Gewerkschaftler*innen wissen das. Man erfindet ja nichts Neues, sondern nimmt das, was in der Gesellschaft als soziale, gesellschaftliche, in der Regel gewaltlose Kampferfahrung vorhanden ist. Heute würde ich mich an die Brennpunkte

begeben und rumfragen mit großen, spitzen Ohren: Wer macht hier was, was habt Ihr entwickelt, was funktioniert?

WN: In den ersten Jahren nach dem Kongress hat mich SV kaum beschäftigt, weil mich andere Themen gepackt hatten. 1988, zwei Monate nach dem Kongress, war ich mit meiner grünen Friedens-AG aus Münster in Weißrussland zu einer Begegnungsreise. Im Vorfeld hatte ich eine Dokumentation über Spuren des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion in Münster erstellt. Und als studierter Historiker stieß ich in Weißrussland erstmalig auf die Verheerungen des Vernichtungskrieges. Drei Monate später tauchte ein Kriegsverbrecher aus Lettland in Münster auf. Darüber bin ich in die Geschichte des Judenmordes im Baltikum geraten. Dorthin, nach Riga, fuhr ich erstmalig 1989, noch zur sowjetischen Zeit, und stieß dort auf die Spuren des Rigaer Ghettos, in das nach der Ermordung von 27.000 Rigaer Jüd*innen über 20.000 Jüd*innen aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei deportiert worden waren. Wir waren aus Westdeutschland die ersten, die das an die Oberfläche gebracht haben. Es folgten vier Jahre Begleitung des Kriegsverbrecherprozesses in Münster, bis dieser schließlich eingestellt wurde. Ich bin bei diesen Nachforschungen konfrontiert worden mit den Extremformen von Massengewalt, ausgeübt von einer terroristischen Staatsgewalt wie auch von nichtstaatlichen Akteuren. Eine so organisierte und extreme völkermörderische Gewalt hatte es auf diesem Globus bisher nicht gegeben. Und das hat dann für mich zu einer großen menschlich-politischen Ernüchterung geführt. Deshalb bin ich zu prinzipiellem Pazifismus nicht mehr in der Lage. Aber trotzdem: Entscheidend ist, das Möglichste für Gewaltfreiheit zu tun.

Als politischer Ansatz ist SV für mich erst wieder 1994 aufgekommen. Und zwar war das im November in Minden, glaube ich. Es war ein Kongress zu gewaltfreier Konfliktbearbeitung mit 60 Leuten, bei dem es um erste Schritte zu einem Zivilen Friedensdienst ging. In NRW gab es dann Koalitionsverhandlungen für eine rot-grüne Regierung. Zusammen mit Kurt Südmersen gelang es uns, in die Koalitionsvereinbarung zwei Sätze zu bekommen. Das hat dann zu dem ersten Pilotprojekt der Ausbildung für den ZFD 1997 in Frille bei Minden geführt. Es waren in der Tat, Theo, kleine Schritte, und uns wurde u.a. von der FDP vorgeworfen, dass das weiße Salbe für verwundete rot-grüne Seelen gewesen sei, und die Funktion hatte es zum Teil ja auch. Aber nichtsdestoweniger ändert das nichts daran, dass solche kleinen Schritte unheimlich wichtig waren. Man muss ja bedenken – in welchen Ländern auf der Welt gibt es so etwas wie einen Zivilen Friedensdienst? Das ist äußerst selten. Auf der Ebene ist dann im Rahmen der Infrastruktur Zivile Konfliktbearbeitung einiges entstanden.

CB: Wir haben vor zehn Jahren erneut ein Buch über Erfahrungen mit zivilem, gewaltfreiem Widerstand gegen Hitler zusammengestellt. Das war ja ein Argument, mit dem diese Kriege immer wieder begründet wurden: Saddam Hussein war wie Hitler, Milosevic war wie Hitler, da konnte man ja nichts machen, nur Krieg führen.⁸ Das Buch habe ich vor einiger Zeit mal jemand gezeigt. Er sagte: „Gibt's nicht, geht nicht, konnte man nichts machen.“ Dann hat er das Buch gelesen und gesagt: „Warum ist das nicht mehr bekannt?“

U FK: Ich hatte immer wieder in den 30 Jahren das Gefühl, dass ich irgendwo auf der Welt was sehe, wo einige der Ideen der SV realisiert sind. Das erste, und das hat der BSV informativ sehr begleitet, war der Kosovo. Da waren die Rundbriefe des BSV eigentlich meine Hauptquelle. Im Kosovo wurde sieben Jahre lang klassisch SV gemacht. Man hat seine Gesellschaftsstruktur verteidigt gegen die Übernahme durch Belgrad, das sukzessive z.B. Albanisch als Unterrichtssprache verboten hatte. Da haben die Leute Untergrundschulen geschaffen. Übrigens gab es Ähnliches in Afghanistan. Ich habe vor ein paar Jahren, noch bevor ich im Bundestag war, einer Afghanin gegenübergesessen, die dort Untergrundschulen für Mädchen geleitet hat. In ganz kleinen privaten Räumen. Sie sagte, eine Burka sei sehr praktisch, um darunter Schulbücher zu transportieren...

⁸ Christoph Besemer et al. (Neuaufgabe 2017): Gewaltfrei gegen Hitler? Gewaltloser Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Bedeutung für heute, Hrsg. Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden.

Man stößt immer wieder auf Situationen, in denen das, was wir ausgewertet haben, genutzt wurde, wenn auch nicht als großes, geschlossenes Konzept, sondern Elemente davon. Untergrundschulen, Gewaltfreiheit als Methode. Tunesien war so ein Beispiel 2011. Aber es gab ja auch andere. Man konnte das in den Büchern von Gene Sharp⁹ noch einmal nachlesen, der auf immer mehr historische Beispiele hinwies, die wir, als sie passiert sind, vielleicht nicht so bemerkt haben, weil sie weit weg passierten und vor der Zeit des Internets. Und dann die Texte von Brian Martin¹⁰, der einfach mal durchdacht hat, welche Technik man braucht, um gegen einen Staat Widerstand leisten zu können. Es ist auch spannend und wichtig, sich zu überlegen, was getan werden kann, wenn alle unsere großkotzigen Strukturen mal zusammenbrechen. Da merkt man, dass ich Mathematikerin bin und in der IT gearbeitet habe. Ich habe da einiges gefunden, Kommunikation mit Handys, mit Transistorradios, mit den Messengerdiensten, die nicht so einfach zu knacken sind, aber auch ganz viel von den klassischen Methoden. Zum Beispiel trifft man sich irgendwo unter einem Vorwand, z.B. ein Fußballspiel gemeinsam im Fernsehen anzusehen, und dann macht man in Wirklichkeit was anderes. Man greift auf das zurück, was andere schon entwickelt haben, wie eben schon gesagt wurde. Das haben wir an ganz vielen Stellen gesehen. Und für mich war der Ordnungsrahmen die SV.

Wir haben ja auch 2005 nochmal ein Fachseminar zu SV gemacht¹¹, um zu fragen, wo SV heute drin steckt. Da waren einige Leute dabei, die sich ganz lange damit beschäftigt hatten – Theo, Konrad Tempel, Roland, viele, die schon vor dem Kongress 1988 dabei gewesen sind.

Diskussion

TN: Was ich wunderbar finde, ist, dass eben nicht nur über Militär und die Alternative geredet worden ist, die wir ja alle wollen. Ich war ja selbst einer der ersten Kriegsdienstverweigerer. Sondern ganz wichtig ist: Man kann SV nur machen, wenn man Menschen hat, die selbstbewusst und gestärkt sind. Deshalb war es wichtig, in der Bildungspolitik ganz viel zu machen. Ich rede jetzt nicht von den Dingen, die Zivile Konfliktbearbeitung international angehen.

TN: Ich bin 1991 zum BSV gekommen, nicht trotz, sondern wegen des Namens. Ich finde ihn richtig, weil es mir um die Alternativen zum Militär geht. Was BoA (Bundesrepublik ohne Armee) nicht ausschließt, mit BoA habe ich immer sympathisiert.

Frage an Winni Nachtwei: Was ist aus den GRÜNEN geworden?

TN: Ich möchte den Blick nach innen auf die BRD richten. Ich finde es sehr wichtig, dass wir viele Initiativen im Ausland haben, die dort zivilen Aufstand oder SV praktizieren. Aber ich denke, wir stehen vor einer Situation hier, wo wir gerade ein Programm von einer großen Koalition von SPD, CDU/CSU und SPD vorgelegt bekommen haben, das abrüstungs- und friedenspolitisch eine Katastrophe ist. Da steht drin, dass wir weiter aufrüsten, dass wir weiter Rüstungsexporte machen, weiter imperialistische Kriege führen. Wir haben hier viele Ansatzpunkte, die eher nicht dem Konzept der SV, sondern dem gewaltfreien Widerstand und Aufstand entsprechen. Von Büchel über das Gefechtsübungszentrum Schnöggersburg, Aktion Aufschrei und viele andere Aktionen, die im Moment laufen. Und ich frage mich, ob man nicht die vielen Einzelelemente, die Theo Ebert auch in seinem Buch über gewaltfreien Aufstand genannt hat, strategisch zusammenführen und aus den vielen Einzelaktionen ein Konzept für gewaltfreien Aufstand hier machen müsste.

WN: Die Erfahrung, dass kaum jemand auch in einer grünen Versammlung Ahnung hatte von Ziviler Konfliktbearbeitung (ZKB), das habe ich auch erlebt – in der Fraktion und weiten Teilen der Mitgliedschaft. Es gab immer selbstverständliche Zustimmung, aber ohne Diskussion. Es gab

⁹ Zum Beispiel „The Politics of Nonviolent Action, 1973 oder Waging Nonviolent Struggle. 20th Century Practice and 21st Century Potential. 2005.

¹⁰ Zum Beispiel: Social Defence. Social Change, 1993 oder Nonviolence Unbound, 2015.

¹¹ Zusammen mit dem IFGK. Siehe das Arbeitspapier Barbara Müller und Christine Schweitzer (Hrsg.): Zur Aktualität von Sozialer Verteidigung, September 2005, IFGK, Arbeitspapier Nr. 20, Wahlenau.

bei dem Thema nichts zu streiten. Das war ein Durchwinken, eine Haltung von „wenn man es gut findet, dann ist es schon ok“. Dass es für ZKB, Gewaltfreiheit bestimmter Kompetenz, Fachleute, Konzeptionen bedarf, das wurde meist nicht bedacht. Und es ist bis heute so, dass es im Programm prominent steht und heißt, ZKB müsse in den Mittelpunkt deutscher Außenpolitik gesetzt werden. Aber mein Eindruck ist, das Thema wird qualifiziert nur von ganz Wenigen behandelt, was die sog. Entscheidungsträger*innen angeht. Ich beobachte eine Tendenz, wir müssten nur vernünftige Krisenprävention machen, dann kriegen wir alle Krisen gelöst und Gewaltkonflikte verhindert. Das nehme ich in der außenpolitischen Community in Berlin wahr, weil jetzt Krisenprävention von allen möglichen Ressorts genannt wird. So als Allheilmittel quasi. Es werden Erwartungen nahegelegt, die überhöht sind. Ich habe kurioserweise, weil ich lange Mitglied im Verteidigungsausschuss war und viel mit Soldaten in Auslandseinsätzen zu tun hatte, erlebt, dass von erstaunlich vielen Offizieren in solchen Einsätzen das größte Drängen auf zivile Maßnahmen kam. Mehr als bei Leuten des Auswärtigen Amts zum Beispiel. Beim Entwicklungsministerium ist es noch anders.

Zu Erfurt: In gewaltfreien Aufstands- oder Revolutionssituationen kommt es nicht nur auf die eine Seite an. Entscheidend war auch, dass die entscheidenden Kräfte und Offiziere der Nationalen Volksarmee NVA und der Polizei keinen Schießbefehl gegeben haben. Einzelne wollten schießen. Sie wurden von anderen zurückgehalten.

TN: Das Forum Crisis Prevention hat ein Büchlein mit 15 Beispielen von Konfliktlösungen herausgegeben.¹²

TN: Ich war 1988 auch dabei. Rüstungskonversion, die Roland angesprochen hat, ist wichtig. Die Bremer Stiftung für Rüstungskonversion hat eine Kennzeichnung für Betriebe ohne Rüstung geschaffen, ein „civil label“. Die Universität Bremen hat eine Umfrage gemacht: 72% der Befragten stehen der Rüstung ablehnend gegenüber. Das Arbeitsplatzargument überzeugte nicht. Stattdessen muss diskutiert werden, ob man Fachkräfte für Rüstung verwenden soll statt für sinnvolle zivile Arbeit. Rüstungskonversion ist nicht obsolet.

TN: Ich war 1966/67 bei der Bundeswehr, habe dann verweigert und mich vorher mit Alternativen beschäftigt, viel gelesen, bin Theo Ebert sehr dankbar. Ich war in der Friedensbewegung aktiv, habe gesehen, dass der BSV gegründet wurde und gedacht, jetzt geht es richtig los. Ich war dann umso enttäuschter, als da gar nichts mehr kam. Nur so Sachen mit Peacekeeping, Sachen im Ausland. Ganz toll, individuell. Aber das eigentliche Thema, Bundeswehr abzuschaffen und durch SV zu ersetzen, ist nie mehr aufgegriffen worden, aber auch nie niedergelegt worden. Heute habe ich teilweise erfahren, woran es lag, eben auch an den GRÜNEN, die es nie richtig weiterverfolgt und weitergegeben haben, und teilweise auch am BSV selbst, der es nicht gemacht hat. Ich wollte hier mal schauen, bin aber enttäuscht. In Hamburg 2017 beim G20-Gipfel waren ja auch einige gewaltfreie Aktionen. Ein anderes Beispiel war der G8-Gipfel in Heiligendamm 2007, die gewaltfreien Aktionen dort wurden auch nicht so in der Presse aufgegriffen. Eine Journalistin der Hamburger Morgenpost erzählte von der 5-Finger-Theorie, wie man die Polizei aufbrechen kann, und zitierte einen einfachen Spielwarenhändler aus Lübeck.

TN: Ich war 1988 auch beim Kongress. Zur Stimmung: Mir ist wichtig, die Gruppe Friedenslaute zu erwähnen. Sie sang einen Kanon mit uns. Es hat uns auch gezeigt: Es geht um eine Kultur im Sinne Galtung, der von kultureller Gewalt und ihrer Überwindung spricht.

Und noch eine Ergänzung zur politischen Großwetterlage: Die Meinungsumfragen zur nuklearen Abrüstung waren Anfang der 1980er relativ niedrig, aber stiegen stetig an, bis sie 1988/89 die Mehrheit fanden. Das war eine Lernerfahrung. Es geht nicht nur um Demonstrationen, sondern um andere Prozesse. Der Kongress zeigte auch, dass sich die Stimmung in der Bevölkerung verändert hatte. Und dann passierte so viel anderes, womit wir nicht gerechnet haben. Die Wiedervereinigung war eine Umbruchzeit.

Zur Relevanz: In den letzten Jahren hat mich beschäftigt, dass wir wieder in einer Umbruchzeit sind. So wird sie auch in die Geschichtsbücher eingehen. Die Herausforderungen sind genauso

¹² Reiner Steinweg (ed.) (2018): Successful Prevention of War and Civil War, Forum Crisis Prevention.

wichtig wie 1988/89. Mit welchen gewaltfreien Ansätzen können wir jetzt arbeiten? Welche gewaltfreien Antworten haben wir auf die Ängste vor islamistischem Terrorismus? Welche Antworten haben wir auf die Polarisierung durch Populismus, welche Umgangsweisen? Ich habe seit Mitte der 1990er mit der Friedensbewegung fast nichts zu tun gehabt. Ich bin aber hier, weil diese Konzepte von gewaltfreier Kommunikation, gewaltfreier Verteidigung vor wem und was auch immer Relevanz haben. Das ist der Punkt. Ich kenne keine anderen Antworten. Das sind für mich die Fragen, obwohl ich in dem Bereich arbeite, wo Barbara in Brandenburg angefangen hat, dem Umgang mit rassistisch motivierten Konflikten und mit Rechtsextremismus. Das mache ich seit zwanzig Jahren. Und ich zehre und nutze die Erfahrung aus den Konzepten der SV.

TN: Mich hat etwas sehr zum Nachdenken gebracht. Ich teile den Ärger über die GRÜNEN. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite weiß ich ja auch, ich bin eine Demokratin und muss mit ihnen leben, auch für den Rest meines Lebens. Wir haben keine Alternative zu den Parteien. Ich möchte gerne dem Gefühl des Betrogen- oder Verraten-Seins vorbeugen, was wahrscheinlich in vielen von uns steckt. Ich habe mit Roland zusammen bei den GRÜNEN 1984/85 gearbeitet – ich nenne das immer meinen „Wehrdienst“. Es war nie so, dass das Friedensthema das wirkliche Thema bei den GRÜNEN war. Vielleicht sogar weniger als bei der SPD. Die GRÜNEN setzten sich aus verschiedenen KPD, AOs usw. zusammen. (Einwurf vom Panel: Auch aus Gewaltfreien!) Sie hatten das im Programm, weil sie einige wenige außerordentlich fähige und starke Fürsprecher*innen wie Roland und Petra hatten. Als sie weg waren, fehlte das. Aber schon zu meiner Zeit – Roland, es tut mir leid, dass ich das sagen muss – waren Roland und Petra schon nicht mehr die wichtigsten Personen in der Fraktion. (Roland: Damit kann ich leben). Wenn ich mich selber angucke, habe ich mich auch selbst betrogen. Wenn ich zurückdenke, dann glaube ich, dass wir damals keine Formen hatten, die Auseinandersetzungen zu führen. Heute haben wir Mediation, Moderation, soviel Kompetenz in den eigenen Reihen, dass wir nochmal nachdenken sollten, wie wir auf diese Schreckgespenster von Parteien zugehen sollten, und zwar nicht nur auf diejenigen, mit denen wir uns sowieso gut verstehen. Das ist mein Plädoyer, weil ich glaube, dass dieses Gefühl von Verratensein und Betrogensein nicht gut für uns ist.

TN: Ich komme nochmal zurück auf politologisches Grundwissen. Das Parlament hat vor allem das Recht des Etats, d.h. wie Geld verteilt wird. Da müssen wir darauf achten, wann wir zu gewissen Forderungen, die an uns gestellt werden, auch mal Nein sagen. Wenn der amerikanische Präsident verlangt, dass 2 % für Verteidigung und Rüstung ausgegeben werden müssen, und das ist dann doppelt so viel wie bislang, sollten wir sagen, das machen wir nicht mit. Und dann stellt sich die Frage, warum eigentlich immer wieder eingeknickt wird? Warum wird dann doch immer zugestimmt? Das hängt natürlich zusammen mit unseren speziellen Erfahrungen und unserem Verhältnis zu den USA. Als Gerhard Schröder mal Nein sagte zu der Zumutung, dass wir im Irakkrieg mitmachen, da war der Schrecken groß. Es war aber ganz wichtig, dass die Friedensbewegung das mit gestützt hat. Nein zu sagen wird dann ganz schwierig, weil die anderen dann alle Minen springen lassen, um uns zum Einknicken zu bewegen. Ich habe jetzt wieder beobachtet, wie Frau Merkel zunächst sagte, wir nehmen an Militäreinsätzen in Syrien nicht teil. Und als dann doch geschossen wurde, und es war nicht so schlimm gekommen wie befürchtet, dann war es plötzlich doch ok und wir machen wieder mit. Diese Art von demokratischer Stärke müssen wir aufbauen, dass wir wirklich Nein sagen und das dann auch durchhalten. Dieser Punkt von SV ist noch nicht stark genug bei uns entwickelt. Da können wir auch nicht drum rum, indem wir viele schöne Dinge in Mediation usw. machen. Das ist alles wichtig und ich bin für diese Erziehung, aber der springende Punkt kommt immer dann, wenn es hart auf hart geht und die militärische Drohung da ist. Dafür sind wir nicht ausreichend gewappnet und vorgebildet genug. Das könnte wieder kommen. Ich bin auf den Zeitpunkt gespannt, was passiert, wenn wir wie Schröder damals Nein sagen. Jetzt kommt Emmanuel Macron, der am liebsten eine europäische Verteidigungsgemeinschaft aufbauen möchte. Da müssten wir sagen, wir machen nicht mit und suchen uns Bündnispartner*innen, die auch nicht mitmachen. Wir sollten uns mal ansehen – was macht Macron? Große Militärparaden. Und dann kommt Herr Trump und ist tief

beeindruckt. Wir sollten sagen: Wir sind nicht beeindruckt und wir wollen keine Militärparaden mehr haben. Ich finde, wir sollten diesen Zeitpunkt vorbereiten, an dem wir diese Konfrontation wagen können.

TN: Ich war 1988 auch dabei und möchte noch einen Punkt ansprechen: Es waren viele Christ*innen dort dabei. Ich war bei Pax Christi. Und wir hatten in den 1980er Jahren eine Diskussion, dass die Abschreckungslogik innerhalb der christlichen Kirche immer kritischer gesehen wurde, vor allem von den amerikanischen Bischöfen, die sie verworfen hatten. Und dann hatten wir die Diskussion in den Gemeinden, da wurde immer die Frage nach den Alternativen gestellt. Es wurde gesagt, ja, das ist richtig, das ist tödlich, tötet die Armen (die Kosten waren ja ein Hauptargument), ist nicht zukunftsfähig. Aber gleichzeitig war die Frage, die uns umtrieb, was wir den Leuten sagen können, wenn es gar keine Rüstung mehr gibt. Damals war die Bergpredigt auch in der Öffentlichkeit bekannt und wurde als wichtig angesehen. Sie geht von der Veränderbarkeit des Menschen aus: „Ich kann anders, ich kann mich verändern.“ Sie spricht aber auch von Gegnern und Feinden und sagt, wir müssen anders mit ihnen umgehen. Sie ist in einer Besatzungssituation entstanden – die Römer, die die Juden unterdrückten – und trotzdem fordert sie zu gewaltfreiem Handeln auf. Uns trieb damals die Frage um, wie kann man dies, was ja für das Private galt, so auf das Strukturelle übertragen, dass es auch für das staatliche Handeln galt – Institutionen schaffen, Menschen zu anderem Handeln auffordern. Das war der Grund, warum wir bei Pax Christi gesagt haben, wir brauchen eine große Organisation, die an solchen Alternativen arbeitet. Man müsste mal erforschen, warum es dann nicht so gelaufen ist. Ich finde es ein bisschen schade, denn ich habe da nie ein Gegeneinander gesehen. Alles, was anschließend gesagt wurde – ich habe das immer als mögliche Ergänzungen gesehen. Ich habe es aber als schade gesehen, dass das Aufbauen einer wirklichen Alternative fallengelassen wurde.

Ist die Soziale Verteidigung heute noch aktuell?

EK: Ihr dürft jetzt noch mal auf Dinge reagieren, die gesagt wurden, und dann habe ich noch eine Frage an Euch: Ist die SV heute in Euren Augen noch aktuell? Da hätte ich gerne eine Ja- oder Nein- Antwort. Falls Ja, dann wüsste ich gerne, wo.

UFK: Ich fange mal mit der Frage an und sage: Ja, sie ist aktuell, und zwar in den USA, wo aktuell viele zivilgesellschaftliche Organisationen Widerstand gegen Trump und seinen Versuch, das Land zu verändern, leisten. Und im Übrigen möchte ich nochmal sagen, dass auch bei der Jahrestagung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung Leute 30 Jahre nach ihren letzten Aktivitäten in der Friedensbewegung wieder aufgetaucht sind.

Das ist, glaube ich, auch der Ort, einen Gruß auszurichten. Und zwar von einer Frau, die früher einmal im Vorstand war. Sie fragte: Was können die Älteren machen? Sie ist frisch pensioniert. Denn jetzt sei eine gesellschaftliche Situation, in der man etwas machen müsse. Das gebe ich vor allem den Älteren mit, denn die Jüngeren wissen selbst, wo sie Zeit und Lust haben, sich zu engagieren.

WN: Ich antworte nicht mit Ja oder Nein, denn so bin ich nicht gestrickt. Wir haben meiner Einschätzung nach inzwischen angesichts der rechtsnationalen und autoritären Grundströmung eine Art „demokratischen Verteidigungsfall“. Und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und weltweit. Es geht darum, etwas zu verteidigen. Dafür müssen wir viel stärker Klarheit darüber gewinnen, mit wem. In der Satzung des BSV steht noch ganz einfach „die Institutionen und Werte der Zivilgesellschaft“. Inzwischen müsste angekommen sein, dass Zivilgesellschaft in sehr unterschiedliche Richtungen gehen kann und nicht automatisch menschenrechtsorientiert ist. Da muss man präziser werden. Für eine zivilgesellschaftliche Organisation ist es legitim, in erster Linie auf Zivilgesellschaft zu sehen und den Staat rechts liegen zu lassen. Wenn aber der Staat und seine Beschäftigten pauschal als Übel abgetan werden, dann ist das ein äußerst fahrlässiger Umgang mit Staat und den Menschen darin. Denn nach aller Erfahrung gibt es ganz unterschiedliche Menschen in staatlichen Organisationen, auch viele, die Inhalten wie unseren sehr aufgeschlossen und offen gegenüber sind. Zusammengefasst: SV aktuell als generelle

friedens- und sicherheitspolitische Alternative – nein. Sie ist wünschenswert. Ich halte sie in der notwendigen Breite aber nicht für umsetzbar. Was die gesellschaftliche Basis, die Krisenlagen, unsere Verpflichtungen den Vereinten Nationen gegenüber angeht, ist sie als „Globalalternative“ leider nicht realitätstüchtig. Was anderes ist, dass viele Grundgedanken, Einzelelemente, Zielsetzungen und Erfahrungen der SV immer noch äußerst aktuell und friedenspolitisch lehrreich sind.

BM: SV ist überall dort aktuell, wo sich Menschen in einem Land nicht sicher bewegen können. Dafür steht SV als Fähigkeit einer Gesellschaft, Werte, die ihr wichtig sind, zu realisieren, wenn es hart auf hart kommt. Ich rede hier nicht von einer nationalen Sicherheitspolitik.

Was mir aufgefallen ist: Es wurde hier oftmals SV und BSV gleichgesetzt. Das sind für mich zwei verschiedene Dinge. Der BSV ist zwar für mich ein Stück auch Hüter und Vorantreiber des Gedankens, aber beileibe nicht der einzige Ort, wo dieses Konzept hingehört. Es gehört in jedes Haus, unter jedes Bettlaken, wo ich darüber einschlafen kann und fragen, was mache ich morgen damit, und mir in der Nacht was Gutes einfällt. Insofern würde ich gerne den BSV von der allumfassenden Verantwortung für alles entlasten und eher überlegen, wer denn noch? Wer kann denn noch etwas tun, und wer übernimmt welche Rollen?

CB: Unter den Namen „BSV e.V.“ haben wir von Anfang an geschrieben: „Konflikte gewaltfrei austragen, Militär und Rüstung abschaffen.“ Das ist aktuell wie immer und weiterhin aktuell, wobei in diesem Zusammenhang Konflikte eigentlich als große Makrokonflikte anzusehen sind. Insofern müsste sich der BSV darüber weitere Gedanken machen, wie auf diesem Gebiet Fortschritte gemacht werden können. Die Bearbeitung von Konflikten im Kleinen wird in vielen Verbänden propagiert und umgesetzt werden, aber den BSV würde ich gerne auf dieser Makroebene angesiedelt sehen.

EK: Ich danke allen Diskussionsteilnehmer*innen.

5. Ziviler Widerstand und Soziale Verteidigung

Was wir heute über die Realität von Sozialer Verteidigung wissen

Christine Schweitzer

Wenn wir in den 1970er oder 1980er Jahren gegen die Abschreckungspolitik und die Gefahr eines dritten Weltkriegs protestierten, dann wurden wir, genauso wie heute, nach unseren Alternativen gefragt. Damals wurde Militär zumindest innerhalb der NATO und des Warschauer Pakts in erster Linie mit der Bedrohung durch die andere Seite gerechtfertigt. Das Szenario war das eines dritten Weltkriegs, der, wie der erste und der zweite, mit einer Invasion der einen Seite in die andere beginnen würde. Zu den sicherheitspolitischen Alternativen gehörte die Idee der Sozialen Verteidigung.



Heute geht es bei der Legitimation von Rüstung und Militär nicht mehr nur um Vorsorge gegen eine Invasion. Bedrohungen und Sicherheit werden weltweit definiert – „unsere Freiheit“ wird am Hindukusch verteidigt, die weltweiten Handelswege gilt es offen zu halten, im „Krieg gegen den Terror“ wird asymmetrischer Krieg in vielen Ländern der Welt geführt, und die „Responsibility to Protect“ (Schutzverantwortung) rechtfertigt sog. „humanitäre Interventionen“ – die zumeist realiter nicht durch humanitäre, sondern durch strategische und ökonomische Erwägungen befeuert werden, während man Völkermorden anderenorts, wo es solche Erwägungen nicht gibt, auch schon mal nur zuschaut.

Erst in den letzten Jahren, seit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ost-Ukraine und den sich immer weiter neu aufbauenden Spannungen zwischen Russland und der NATO, besonders deren osteuropäischen Mitgliedern, wird auch über militärische Verteidigung wieder mehr gesprochen. Kurz nach unserer Tagung in Braunschweig, am 5. Mai 2018, wurde bekannt, dass das Verteidigungsministerium an einer „strategischen Neuausrichtung“ der Bundeswehr arbeite. Die Landes- und Bündnisverteidigung solle zukünftig wieder gleichrangig zu den Auslandseinsätzen behandelt werden.¹³ Deshalb ist es wichtig, dem Instrumentenkasten der Friedensarbeit neben der Forderung nach einer umfassenden Friedenspolitik und den Alternativen der Zivilen Konfliktbearbeitung und des Zivilen Peacekeepings auch wieder ein Konzept hinzuzufügen, was ohne Gewalt getan werden kann, falls Prävention und Konfliktbearbeitung versagen und es zum Schlimmsten kommt.

Der Grundgedanke der Sozialen Verteidigung ist der des zivilen Widerstands als einer Alternative zu Krieg. „Soziale Verteidigung nennt man die gewaltfreie aktive Verteidigung eines Volkes gegen einen militärischen Angriff von außen oder einen Staatsstreich von Putschisten“¹⁴, so lautet die herkömmliche Definition, die auch diesem Beitrag zugrunde gelegt werden soll. Soziale Verteidigung basiert auf dem Grundgedanken, nicht ein Territorium bzw. die Landesgrenzen zu verteidigen, sondern eine*n Aggressor*in dadurch scheitern zu lassen, dass die Bevölkerung ihm*ihr den Gehorsam verweigert.

Vier Phasen der Sozialen Verteidigung

Die Entwicklung des Konzepts von Sozialer Verteidigung lässt sich in vier Phasen unterteilen.

1. Ihre Anfänge lassen sich bis in die Zeit vor den ersten Weltkrieg zurückverfolgen, mindestens bis zu einer Schrift des britischen Pazifisten William James von 1910, „The Moral Equivalent to

¹³ <https://www.tagesschau.de/inland/bundeswehr-strategie-101.html> .

¹⁴ Achim Battke (1979): Verteidigung ohne Waffen, Verein für Friedenspädagogik Tübingen, Tübingen.

War“.¹⁵ In den 1930er Jahren wurde die Idee gleich mehrfach formuliert. Gandhi schlug mehreren Ländern eine gewaltfreie Verteidigung vor: der Schweiz 1931, Abessinien 1935, der Tschechoslowakei 1938 und Großbritannien 1940. In den Niederlanden formulierte angesichts der Bedrohung durch Deutschland der Antimilitarist Bart de Ligt das Konzept einer „gewaltfreien Volksverteidigung“.¹⁶ Andere Namen in den 1930er Jahren waren Richard Gregg, Jessie Wallace Hughan, Krishnalal Shridharani und Kenneth Boulding.¹⁷

2. Zwischen den 1950er und 1970er Jahren wurde die Soziale Verteidigung dann zu einem bis ins Detail durchdachten Konzept weiterentwickelt. Den Anfang machte der hochdekorierte britische Offizier Stephen King-Hall mit seinem Werk „Defence in the Nuclear Age“ (deutsch: „Den Krieg im Frieden gewinnen“). Er schlug angesichts der Unmöglichkeit, sich mit Atomwaffen zu verteidigen, vor, sich gegen eine mögliche sowjetische Invasion mit gewaltfreien Mitteln zu verteidigen. Ihm folgten schnell weitere Friedensforscher*innen nach: Gene Sharp, dessen Werke schon früh ins Deutsche übersetzt wurden, Johan Galtung, Quincy Wright, April Carter (neben Barbara Müller der meines Wissens einzigen Frau in dem ansonsten von männlichen Wissenschaftlern dominierten Feld), Adam Roberts und aus dem deutschen Sprachraum Theodor Ebert. Etwas später kamen Gernot Jochheim, Anders Boserup und Andrew Mack hinzu, um nur einige zu nennen. Soziale Verteidigung wurde seit den 1980er Jahren verstanden als ein Konzept gewaltfreien Widerstands in Fällen eines militärischen Angriffs von außen oder eines Staatsstreichs, vorbereitet durch die Regierung, die zuvor beschlossen hat, radikal abzurüsten, und eingeübt von der Bevölkerung. Das dahinterstehende Szenario war weiter vorwiegend das eines Angriffs des Warschauer Pakts auf Westeuropa mit dem Ziel, Westeuropa dem sozialistischen Block einzugliedern.

3. Es war der deutsche Friedensforscher Theodor Ebert, der in den 1980er Jahren hinzuzufügen begann, dass der erste Testfall für Soziale Verteidigung eintreten könnte, wenn eine deutsche Regierung eine radikale politische Wende hin zu vollständiger Abrüstung und einer ökologisch nachhaltigen Politik vollziehen würde, denn dann bestehe auch die Gefahr eines Putsches durch innenpolitische Kreise, die diese Wende nicht wollten. Namen aus dieser dritten Phase sind u.a. Jörgen Johansen, Barbara Müller und Brian Martin. Graswurzelaktivist*innen begannen zur gleichen Zeit infrage zu stellen, ob die Vorstellung einer „Einführung von Sozialer Verteidigung“ durch eine Regierung realistisch sei, oder ob eine solche Wende nicht von unten durch gewaltfreien Widerstand erkämpft werden müsse.¹⁸

Nach 1989 wurde es erst einmal still um die Soziale Verteidigung. Der Hauptgrund dafür war, dass nicht nur die Politik, sondern auch die Friedensbewegung einen Schwenk hin zu Konflikten andernorts vornahm – der Irakkrieg 1991, die Sezessionskriege des ehemaligen Jugoslawien, Ruanda 1994 usw. Von Verteidigung sprach niemand mehr. Militär wurde mit „humanitären Interventionen“ begründet, während die radikaleren Teile der Friedensbewegung, so auch der BSV, sich in einer Kampagne zur Abschaffung der Bundeswehr („Bundesrepublik ohne Armee-BoA“) und in weltweiter Ziviler Konfliktbearbeitung engagierten.

4. Erst seit zwei oder drei Jahren tritt das Thema „Verteidigung“ wieder mehr in den Vordergrund. Es könnte sein, dass wir in der vierten Phase der Weiterentwicklung des Konzepts der SV angekommen sind.

¹⁵ Bogdonoff, Philip (1982): Civilian-Based Defense: A Short History, <http://pbogdonoff.home.igc.org/cbdhist.html> ..

¹⁶ Zum Werk von Bart de Ligt siehe die Studie von Martin Arnold (2011): Gütekraft – Bart de Ligts humanistische Geestelijke Weerbaarheid, Verlag Bücken & Sulzer, Overath.

¹⁷ Siehe Bogdonoff a.a.O.

¹⁸ Siehe die Sondernummer der Graswurzelrevolution von 1985 und die Kongressmaterialien des Bundeskongresses „Wege zur Sozialen Verteidigung“, der 1988 in Minden stattfand.

Vorbilder Sozialer Verteidigung

Wenn Soziale Verteidigung in den 1970er und 80er Jahren vorgestellt wurde, dann wurde damals immer betont, dass es sie als bewusst und geplant eingeführte Alternative nie gegeben habe. Es gebe lediglich Beispiele, die andeuteten, wie sie funktionieren könnte. Genannt wurden dann gemeinhin:

- Der Kapp-Putsch 1920, bei dem Reichswehroffiziere gegen die Regierung der jungen Weimarer Republik putschten. Der Putsch sollte den Gründer der Vaterlandspartei, Wolfgang Kapp, an die Macht bringen. Auslöser war die Absicht der Regierung, gemäß den Vorgaben des Versailler Vertrags die Reichswehr drastisch zu verkleinern und die sog. Freikorps aufzulösen, in denen sich ehemalige Soldaten organisiert hatten. Der Putsch scheiterte aber nach fünf Tagen, vor allem weil ein Generalstreik das öffentliche Leben lahmlegte, dem sich auch der Deutsche Beamtenbund anschloss.
- Der Ruhrkampf 1923 war ein vorrangig mit zivilen Mitteln geführter Protest im Ruhrgebiet, als französische und belgische Truppen 1923 die Region besetzten, um Reparationen in Form von Kohle und Stahl einzuziehen, nachdem Deutschland seinen Zahlungen, zu denen es im Versailler Vertrag verpflichtet worden war, nicht nachkam. Die Reichsregierung rief die Bevölkerung zu „passivem Widerstand“ (Streik) auf. Nach knapp neun Monaten wurde der Widerstand abgebrochen; es folgten aber Verhandlungen, die zum Rückzug Frankreichs und Belgiens führten.¹⁹
- Das große internationale Vorbild ist natürlich die indische Unabhängigkeitsbewegung um Gandhi.
- Die Widerstandsbewegungen in Dänemark und Norwegen während des Zweiten Weltkriegs sind zwei weitere bekannte Beispiele: In Dänemark halfen couragierte Bürger*innen 1943 Jüd*innen zur Flucht nach Schweden, als sie in Konzentrationslager deportiert werden sollten, und retteten damit 7.000 der 8.000 Angehörigen der jüdischen Bevölkerung Dänemarks das Leben. In Norwegen weigerten sich Lehrer*innen, der von ihrer mit den Nazis kollaborierenden Regierung unter Quisling angeordneten Nazifizierung der Schulen Folge zu leisten. 1.000 Lehrkräfte wurden vorübergehend inhaftiert, kamen aber wieder frei.
- Prag 1968: Ein Versuch der vorsichtigen Demokratisierung im sog. „Prager Frühling“ von 1968 endete am 21. August 1968 mit dem Einmarsch von Truppen der anderen Länder des Warschauer Pakts. Die Reformregierung und Dubcek verzichteten auf militärischen Widerstand; die Bevölkerung der Tschechoslowakei wehrte sich aber durch vielfältige Aktionen Zivilen Widerstands gegen die Invasoren. Vereinzelt kam es auch zu Gewaltakten; trotzdem gelten die ca. fünf Tage des Widerstands als beeindruckendes Beispiel spontanen gewaltfreien Widerstands. Dubcek und andere Regierungsmitglieder wurden in der Folge nach Moskau gebracht, wo sie nach wenigen Tagen den sowjetischen Forderungen nachgaben.

Methoden und Strategien

Die Methoden von Sozialer Verteidigung (bzw. von Gewaltfreiheit allgemein) lassen sich in drei Kategorien einteilen:

a) Methoden, die der Schaffung und Stärkung des Zusammenhalts der Aktiven gelten.²⁰ Eine wichtige Aufgabe in gewaltfreien Auseinandersetzungen ist, die Widerstandskraft zu erhalten, die Mobilisierung zu erhöhen und ein Zusammenbrechen des Widerstandes so zu verhindern.

¹⁹ Zum Ruhrkampf hat Barbara Müller ihre Dissertation verfasst: Müller, Barbara (1995): Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen. Münster: Lit-Verlag.

²⁰ Siehe z.B. Boserup, Anders / Mack, Andrew (1980): Krieg ohne Waffen, Reinbek b. Hamburg: Rowohlt (1974 1. Aufl.).

Hierzu gehören symbolische Maßnahmen, die den Aktivist*innen deutlich machen, wie viele Menschen ihrer Meinung sind, Protestmärsche und ähnliches.

b) Methoden, die das Konfliktverhalten ändern und insbesondere den*die Gegner*in daran hindern sollen, Gewalt anzuwenden. Dabei wird gewöhnlich nicht nur auf das Verhalten, sondern auch auf die Einstellung des*r Gegners*in eingewirkt. Hierbei wird i. d. R. angenommen, dass es gewisse Hemmschwellen der Gewaltanwendung gegenüber einem*r unbewaffneten Gegner*in gibt, zumal wenn die internationale Reaktion (also die Reaktion externer Parteien) mitberücksichtigt wird. Das Argument: „Und wenn sie dann eine Atombombe werfen“ scheint daher empirisch wenig haltbar zu sein. Andererseits weisen alle Vertreter*innen von gewaltfreier Aktion immer darauf hin, dass die eigene Gewaltlosigkeit keine Garantie für Sicherheit darstellt und zumindest in begrenzter Form mit Gewalt gerechnet werden muss.

c) Methoden, die die gegnerische Partei von ihren Zielen abzubringen sucht (also gerichtet auf den Konflikthalt). Hierzu gehört vor allem die Nicht-Zusammenarbeit von Boykott über Streiks, Steuerverweigerung, Ungehorsam, bis hin zu Theodor Eberts „Dynamischer Weiterarbeit ohne Kollaboration“.

Gewaltfreie Aufstände

Die letzten Jahrzehnte waren maßgeblich mitgeprägt durch eine hohe Zahl von gewaltfreien, gewaltlosen oder gewaltarmen Aufständen, die den Erfahrungsschatz bezüglich Zivilen Widerstands ungemein erweitert haben. In den letzten fünfzehn Jahren sind mehrere Publikationen erschienen, die sich diesen neuen Erfahrungen auf einer empirischen, vergleichenden Basis nähern und versuchen, die Faktoren und Bedingungen herauszuarbeiten, die zu Erfolg (oder Versagen) solchen Widerstands beitragen.²¹ Diese Studien wurden teilweise von Friedensforscher*innen, die sich zuvor mit Sozialer Verteidigung beschäftigt hatten, durchgeführt. Daneben gibt es aber auch eine größere Zahl neuerer, jüngerer Wissenschaftler*innen (darunter jetzt auch viele Frauen!), von denen ich nicht weiß, ob ihnen das Konzept der Sozialen Verteidigung über-

²¹ Zu den wichtigsten Arbeiten gehören die von Ackerman & Duvall 2001, Schock 2005, Clark (Hrsg.) 2009, Chenoweth & Stephan 2011, Roberts & Ash (Hrsg.) 2011, Nepstad 2011, Carter 2012 und Bartkowski 2013. Peter Ackerman und Jack Duvall stellen in ihrem Buch „A Force More Powerful“ Beispiele von „Volksbewegungen“, wie sie es nennen, aus den letzten 100 Jahren dar. Die Liste reicht von einem Streik in Russland 1905 bis zu den Demokratisierungsbewegungen in Osteuropa, China und der Mongolei Ende des letzten Jahrhunderts. Kurt Schocks Interesse gilt in erster Linie der Entwicklung und dem Verlauf von „people power“ Bewegungen. Seine Beispiele umfassen Südafrika, die Philippinen, Burma, China, Nepal und Thailand. Das von Adam Roberts und Timothy Garton Ash herausgegebene Werk „Civil Resistance and Power Politics“ sammelte „Erfahrungen gewaltfreier Aktion von Gandhi bis zur Gegenwart“ (so der Untertitel) mit 19 Fallbeispielen zivilen Widerstands. Das Buch enthält auch ein Kapitel von April Carter über die bisherige Literatur zum Thema. Ähnlich angelegt ist das von Marceij J. Bartkowski herausgegebene Buch „Recovering Nonviolent History – Civil Resistance in Liberation Struggles“, wobei es anders als die zuvor erwähnten Werke auch Aufsätze über etliche weniger bekannte Aufstände enthält – Ghana, Sambia, Mosambique, West-Papua, USA, Kuba – und dabei bis in 18. Jahrhundert zurückgeht. Der Band von Howard Clark mit dem Titel „People Power. Unarmed Resistance and Global Solidarity“ ist eine Zusammenstellung von Vorträgen, die auf einer Konferenz in Coventry im Jahr 2006 zum Thema „Unbewaffneter Widerstand – der transnationale Faktor“ gehalten wurden; die meisten sind ebenfalls Fallbeispiele. Sharon Erickson Nepstad vergleicht in ihrem Buch „Nonviolent Revolutions“ sechs Beispielfälle (China, DDR, Panama, Chile, Kenia und die Philippinen) und zieht aus ihnen Folgerungen in Bezug auf die Wirkungsweisen zivilen Widerstands. Von etwas anderem Charakter ist das Buch von April Carter „People Power and Political Change“. Die Autorin, die sich seit Jahrzehnten mit Sozialer Verteidigung und gewaltfreier Aktion beschäftigt, befasst sich in ihrer Studie nicht mit Beispielen, sondern mit den zentralen Konzepten und Debatten, die sich um das Thema ranken, wobei sie auch bewaffneten und unbewaffneten Kampf vergleicht. Das wohl derzeit am häufigsten zitierte Werk ist das von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan, „Why Civil Resistance Works“, das als erstes auf der Basis quantitativer Analyse und dem Anlegen einer Datenbank Fälle zivilen und gewaltlosen Widerstands miteinander vergleicht.

haupt bekannt ist.²² Auf jeden Fall gilt: Da es, wie erwähnt, um Soziale Verteidigung seit 1989 – vorübergehend – still geworden war, wurden diese Erfahrungen kaum auf das Konzept der Sozialen Verteidigung übertragen oder aus ihm abgeleitet.

Die US-amerikanischen Forscherinnen Erica Chenoweth und Maria J. Stephan (2011) zählten 107 gewaltfreie Aufstände („civil resistance“, „ziviler Widerstand“) im Zeitraum zwischen 1900 und 2006.²³ Seit den 1970er Jahren hat die Zahl solcher Aufstände gegen totalitäre oder korrupte Regime stark zugenommen, beginnend mit den Umstürzen in Griechenland (1974), Spanien (1975), Portugal (1976), Iran (1977-79) und den Philippinen (1986).²⁴ In den späten 1980er Jahren kam dann der Umbruch in Osteuropa mit dem Aufstand in der DDR und den anderen osteuropäischen Ländern und kurz danach den „singenden Revolutionen“ in den drei baltischen Ländern, die sich von Russland abspalteten, sowie der gewaltlose Widerstand im Kosovo zwischen 1988 und ca. 1997. In den 2000er Jahren waren vor allem die Aufstände in Serbien 2000 und einigen post-sowjetischen Ländern (Georgien 2003, Ukraine 2004, Kirgisien 2005) bemerkenswert. 2011 erreichte die Welle den arabischen Raum, und auch in den letzten beiden Jahren gab es mehrere neue Aufstände, z.B. in der Türkei 2013, der Ukraine 2013-14 und Hongkong 2014. Auch die Massenproteste in Mexiko im Herbst 2014 nahmen teilweise schon aufstandsartige Züge an, und die Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien 2017 und die Bewegung in Armenien 2018 bis heute können ebenfalls hier hinzugezählt werden.

Zwischen 1972 und 2002 wurden nach Karatnycky & Ackerman (2005) 67 autoritäre Regime beseitigt, mehr als 70% davon als Ergebnis gewaltloser Aufstände.²⁵ Die schon zitierten Chenoweth und Stephan (2011) untersuchten 323 gewaltsame und gewaltlose „Widerstandskampagnen“, wie sie es nennen, zwischen 1900 und 2006, wovon 105 gewaltlos waren. Im Vergleich stellte sich heraus, dass die gewaltlosen mehr als zweimal so erfolgreich waren (53%) als die gewaltsamen. Anders formuliert: Nur jede vierte gewaltlose Kampagne versagte total, und etwas mehr als einer von vier gewaltsamen Aufständen (26%) war erfolgreich (2011:11).

Noch eine weitere Lehre muss heute gezogen werden, die vor 1989 nicht wirklich bewusst war oder angesprochen wurde: Gewaltloser Widerstand ist kein Vorrecht von „Linken“, „Fortschrittlichen“ oder Menschenrechtsverteidiger*innen. Auch rechte Bewegungen bedienen sich seiner – von israelischen Siedler*innen in den palästinensischen Gebieten über Pegida in Deutschland bis hin zu den Ländern, wo sich zwei vorwiegend gewaltlose Bewegungen gegenüberstanden oder -stehen, z.B. in Thailand oder anfänglich auch in der Ukraine.

Soziale Verteidigung in Bürgerkriegssituationen

Beim Fachgespräch des BSV und des IFGK im Jahr 2005 zum Thema „Aktualität Sozialer Verteidigung“ fragten wir kritisch, was Soziale Verteidigung in der inzwischen vorherrschenden Form von Krieg, nämlich bei inneren, sog. „Bürger“kriegen, und angesichts von Terrorismus zu bieten

²² Zu den ersten gehören u.a. Adam Roberts, April Carter und Gene Sharp; zu den zweiten Theodor Ebert, Robert Burrowes, Barbara Müller und auch der BSV. Das von Gene Sharp gegründete Institut, die „Albert Einstein Institution“, spielt eine große Rolle bei Trainings und der Vorbereitung von gewaltlosen Aufständen, ebenso wie das aus der serbischen Widerstandsbewegung Otpor heraus gegründete *Centre for Applied NonViolent Action & Strategies* (CANVAS) und das *International Center for Nonviolent Conflict (ICNC)*. Unter Anwendung in erster Linie der Lehren von Gene Sharp beraten sie Bewegungen in aller Welt in der Anwendung gewaltloser Aktion.

²³ Chenoweth, Erica und Stephan, Maria J. (2011): *Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*. New York: Columbia University Press.

²⁴ Samuel Huntington nannte dies die „dritte Welle der Demokratisierung“ (s. Carter 2012). Carter spricht von einer vierten Welle nach der Jahrhundertwende in den ehemals sowjetischen Ländern und 2010er Jahren im arabisch-nordafrikanischem Raum.

²⁵ Karatnycky, Adrian und Ackermann, Peter (2005): *How Freedom is Won. From Civic Resistance to Durable Democracy*, Freedom House.

habe.²⁶ Während die Frage von internationalem Terrorismus sich der Alternative Soziale Verteidigung weiter entzieht – um ihn zu überwinden, scheinen nur langfristige Maßnahmen der Prävention erfolgversprechend –, sieht es bei inneren Kriegen anders aus. Denn nicht bewusst waren uns damals die Beispiele, die die von Mary B. Anderson gegründete US-amerikanische Organisation „Collaborative of Development Action“ recherchiert hat.²⁷ Sie hat zwischen 2002 und 2006 13 Beispiele von Fällen gesammelt, in denen Gemeinden oder ganze Regionen sich aus einem sie umgebenden gewaltsamen Konflikt erfolgreich heraushielten. „Opting Out of War“ ist das daraus entstandene Buch, das aus den Einzelfällen eine Reihe allgemeiner, auf viele oder alle dieser Fälle zutreffende Faktoren ableitet. Das Wort „Soziale Verteidigung“ wird man in dem Buch vergeblich suchen. Aber die Beispiele sind Beispiele dessen, was mit Sozialer Verteidigung gemeint ist – die Verteidigung der Lebensweise gegen einen militärischen Übergriff.

Zunächst einmal bemerkenswert sind überhaupt die Anzahl und der Charakter solcher Fälle. Viele mögen von den Friedensgemeinden in Kolumbien wissen; manche vielleicht noch, dass es auch auf Mindanao (Philippinen) solche Friedenszonen gibt. Aber wer weiß, dass die Muslim*innen in Ruanda 1994 während des Völkermordes es nicht nur schafften, sich selbst aus dem Konflikt herauszuhalten, sondern in vielen Fällen auch ihren Tutsi-Nachbar*innen das Leben retteten? Oder dass die schiitischen Jaghori in Afghanistan in der Zeit des Taliban-Vormarsches 1997 ihre Unabhängigkeit und eigene Lebensweise, zu der u.a. auch der Schulbesuch von Mädchen gehörte, erfolgreich verteidigten, indem sie mit den Taliban verhandelten? Ihr Gebiet wurde besetzt, aber die Taliban respektierten die ausgehandelten Vereinbarungen. Die 13 Fälle umfassen Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Burkina Faso, Kolumbien, Fidji, Indien, Kosovo, Mosambik, Nigeria, die Philippinen, Ruanda, Sierra Leone und Sri Lanka.

Auch wenn jeder dieser Fälle natürlich seine Einzigartigkeit besaß, so gab es doch auch ein paar Gemeinsamkeiten. Einige von ihnen sind nicht anders als die, die bei den gewaltlosen Aufständen benannt wurden: Auch hier spielte eine entscheidende Rolle der Dialog mit den bewaffneten Gruppen. Die Gemeinden sprachen und verhandelten mit ihnen, oft gingen sie dabei Kompromisse ein, in manchen Fällen mussten sie eine vorübergehende oder auch permanente Besatzung erdulden.

Einige weitere entscheidende Faktoren waren:

Antizipation des Konfliktes: Die Gemeinden „steckten nicht den Kopf in den Sand“ und hofften, dass der Krieg irgendwie doch nicht eintreten würde, sondern stellten sich auf ihn ein.

Das vorherige Abwägen der Kosten (also möglicher physischer, psychischer oder materieller Folgen) und der Optionen einer Beteiligung versus einer Nicht-Beteiligung an dem Krieg: Die meisten von ihnen benannten praktische Überlegungen für ihre Entscheidung, mit Ausnahme der Muslim*innen in Ruanda, die sich auf die Lehren des Islams für ihre Entscheidung beriefen.

Wahl einer „Nichtkrieg-Identität“, während die sie umgebenden Gemeinden sich für eine der Identitäten des Konfliktes entschieden, d.h. sich einer der Parteien anschlossen: Um sich gegenüber den Kriegsparteien abzugrenzen, mussten die Gemeinden eine Identität identifizieren, die ihren inneren Zusammenhang stärkte und ihre Ablehnung des Krieges nach außen kommunizierte. Das waren z.B. Religion oder der gemeinsame Status als Bürger*innen einer Stadt (statt ethnischer Zugehörigkeit), das Leben an einem bestimmten Ort oder die Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder Familiengruppe. Wesentlich war, dass diese Identitäten „normal“ waren, d.h. nicht künstlich geschaffen, sondern schon vorher präsent gewesen waren, und nur mit neuen kollektiven Werten der Nichtbeteiligung an dem Krieg gefüllt werden mussten. Der Zusammenhalt in den Gemeinden wurde durch verschiedene Maßnahmen und Strukturen gesichert. Dazu gehörten das Aufrechterhalten von Dienstleistungen (z.B. Schulwesen, Sauberkeit, sicheres

²⁶ Müller, Barbara / Schweitzer, Christine (Hrsg.) (2006): Zur Aktualität von Sozialer Verteidigung. Dokumentation eines Workshops von IFGK und BSV vom 15.-16. April 2005, Sozio-Publishing.

²⁷ Anderson, Mary B. und Wallace, Marshall (2013): Opting Out of War. Strategies to Prevent Violent Conflict. Boulder/London: Lynne Rienner Publishers.

Trinkwasser), die Etablierung und Erzwingung eines Verhaltenskodexes (z.B. wie Konflikte in der Gemeinde bearbeitet werden sollten) sowie Maßnahmen, die der Sicherheit dienten (z.B. Frühwarnsysteme, Absprachen zum Verhalten, wenn Truppen kamen, Vorbereiten von Verstecken). Eine wichtige Rolle dabei spielten auch Feiern in der Gemeinde.

Eine legitime Regierung (Führungsstruktur): In allen Fällen war diese bereits vor dem Krieg präsent gewesen – die Anführer*innen waren die aus Friedenszeiten –; es brauchte keine neue und nicht-traditionelle Führerschaft. Weitere wesentliche Merkmale waren eine Beteiligung aller Bürger*innen an den Entscheidungen und insgesamt eine eher flache Hierarchie und Zugänglichkeit der Anführer*innen für alle Bürger*innen, die diese Strukturen auszeichneten. Anderson und Wallace beschreiben, dass die Annahme, dass der Widerstand von effektiver Führerschaft einzelner Personen abhinge, nicht von den Fallbeispielen belegt wurde. Es gab keine charismatischen Führer*innen, sondern Führerschaft war in vielen Fällen vielschichtig und diffus. Ihr Ausgangspunkt war auch nicht eine von einer solchen Leitfigur formulierte Vision, sondern, wie eingangs, gesagt eine pragmatische Entscheidung der Nichtbeteiligung.

Alle Gemeinden suchten den Kontakt mit den bewaffneten Gruppen, um ihren Status zu schützen.

Anderson und Wallace unterscheiden sechs Strategien des Umgangs mit den bewaffneten Gruppen, die zumeist in Kombination miteinander angewendet wurden:

1. die Nutzung schon zuvor existierender Netzwerke, um die Kämpfer*innen von der Ernsthaftigkeit ihrer Absichten zu überzeugen;
2. direkte Verhandlungen mit allen Seiten;
3. eine allen Seiten angebotene Gastfreundschaft (Politik der „offenen Tür“);
4. die Konfrontation, d.h. der direkte offene Widerstand gegen die bewaffneten Gruppen (was allerdings die riskanteste Strategie war und die, die am häufigsten versagte);
5. die „Ko-option“ bewaffneter Gruppen, worunter die Autor*innen das Einbeziehen z.B. von Offizier*innen oder Beamte*innen von Seiten der kriegführenden Parteien in Aktivitäten der Gemeinschaften verstehen;
6. das gelegentliche Austricksen bewaffneter Gruppen: Zum Beispiel behaupteten die Muslim*innen in Ruanda öfter, sie hätten ihre Tutsi-Nachbar*innen bereits umgebracht, wenn die Hutu-Rebell*innen kamen – in Wirklichkeit hatten sie sie versteckt.

Was lernen wir für die Soziale Verteidigung?

Die vorgestellten neuen Studien bestätigen in vielen Fällen das, was schon in früheren Publikationen zu Sozialer Verteidigung, basierend auf der bis dato kleinen Anzahl von Fallbeispielen, vermutet und empfohlen wurde: die Bedeutung von Vorbereitung auf den Widerstand, des Entziehens von Kooperation und von entschlossenem Festhalten an der Gewaltlosigkeit auch angesichts massiver Repression. Eher dezentrale Führungsstrukturen von Widerstand sind hier besonders zu nennen. In ein paar anderen Punkten gehen sie deutlich über das bisher bekannte hinaus und tragen neue Erkenntnisse darüber bei, wie gewaltloser oder ziviler Widerstand „funktioniert“ – etwa die zentrale Wichtigkeit des „Überlaufens“ von Sicherheitskräften oder die Zweispieltigkeit internationaler Unterstützung.

Wie gesagt: Auch heute noch gilt, dass es keinen Staat gibt, der sich dazu entschlossen hat, sein Militär abzuschaffen und stattdessen Soziale Verteidigung vorzubereiten. Zwar gibt es einige Länder ohne eigenes Militär – Costa Rica und Island sind die vielleicht bekanntesten Beispiele²⁸ – aber sie haben Abkommen mit größeren Staaten, die für den Fall eines Angriffs die „Sicherheit“ garantieren; Island ist sogar NATO-Mitglied. Es gab auch ein paar Regierungen, die sich vorü-

²⁸ Auf Wikipedia findet sich eine Liste von 22 Staaten:
https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Staaten_ohne_Milit%C3%A4r.

bergehend mit Sozialer Verteidigung beschäftigten, und Litauen gab 1991 entsprechende Empfehlungen an seine Bevölkerung, aber sie taten dies nur, weil sie keine militärischen Kapazitäten hatten und damals noch nicht Mitglied der NATO waren.²⁹ Und auch die Beispiele von Anderson und Wallace sind Beispiele von spontanem Widerstand – zwar vorbereitet, aber kurzfristig und angesichts einer unmittelbaren Bedrohung, nicht als längerfristige grundsätzliche Strategie. Im Gegenteil, wie die beiden Autor*innen hervorheben, machte die Mehrzahl der Betroffenen deutlich, dass sie in anderen Situationen, wenn ein Krieg berechtigt sei,³⁰ durchaus bereit seien, zur Waffe zu greifen.

Was sind nun die konzeptionellen Unterschiede zwischen den vielen erwähnten Beispielen gewaltfreier Aufstände und zivilen Widerstands auf der einen Seite und Sozialer Verteidigung als einem Konzept, das totale Abrüstung begleiten soll, auf der anderen?

1. Die relative Kurzfristigkeit der Entscheidung und der kurze Zeitraum zwischen einem Beschluss und seiner Umsetzung – eine Bewegung, ein Angriff von außen oder ein Putsch, die gerade passieren. Soziale Verteidigung demgegenüber ist langfristig vorbereitet und geplant.
2. Die Konkretion des Gegners: In allen Beispielen wusste man, wer der*die Gegner*in ist, als die Vorbereitung auf den Widerstand begann. Soziale Verteidigung im Falle von Abrüstung würde „rundum“ und unabhängig von einer konkreten gegnerischen Partei oder Bedrohung gelten.
3. Die doch gerade in jüngerer Zeit zahlreichen Beispiele von Widerstandsbewegungen, die sich schnell militarisierten, stellen die Frage nach der Erreichung des notwendigen Konsenses in Bezug auf die politischen Ziele (Kollaboration mit der Partei, die die Widerständler*innen als Gegnerin ansehen) und die anzuwendenden Methoden (gewaltsam oder gewaltfrei) in der Bevölkerung.

Wenn wir Soziale Verteidigung als ein Konzept begreifen, das in der politischen Debatte – in Deutschland, in allen NATO-Ländern und weltweit – als Alternative zu militärischer Verteidigung vorgeschlagen werden soll, dann sehen wir uns wenigstens zwei Herausforderungen gegenüber: dem Vorbehalt des „Unrealistischen“ – weiterhin herrscht in Politik und Gesellschaft weitgehend die Überzeugung vor, dass „nur Gewalt hilft“ – sowie der fehlenden Bereitschaft, umfassend abzurüsten.

Deshalb: Es macht wohl wenig Sinn, Soziale Verteidigung isoliert als Alternative zu propagieren. Zum einen gibt es, wie eingangs bemerkt, verschiedene Legitimationen wie Gründe, warum Staaten Militär vorhalten; „Verteidigung“ gegen einen Angriff ist nur eine davon. Zum anderen muss Soziale Verteidigung eingebettet werden in etwas, das ich als eine umfassende Friedenspolitik bezeichnen würde. Eine Politik, die universalistische Maßstäbe des Handelns anlegt, die auf gemeinsame Sicherheit gerichtet ist und die Frieden als Bedingung für eine lebenswerte Welt versteht. In diesem Zusammenhang ist der Hinweis darauf, dass totale Abrüstung nicht heißen muss, dass man jedem Angreifer hilflos ausgeliefert sei, wesentlich. Aber Soziale Verteidigung kann nicht von oben „eingeführt“ werden, in dem Sinne, dass die Bevölkerung, die Kinder in den Schulen, die Mitarbeiter*innen in den Behörden, die Politiker*innen zivilen Widerstand trainieren. Im Gegenteil: Das ist nicht nur unrealistisch, sondern wäre auch kontraproduktiv und keinesfalls wünschenswert. Es ist zumindest der Autorin nur vorstellbar um den Preis des Schürens von Feindbildern und eines innergesellschaftlichen Autoritarismus, schlimmstenfalls nach Art der chinesischen Kulturrevolution. Stattdessen soll Gernot Jochheim zugestimmt werden, der schon 1988 schrieb: „Insofern ist es richtig und notwendig, das Konzept der Sozialen Verteidigung den Menschen nahezubringen. Gegen das Goldene Kalb der nationalen militärischen Verteidigung und damit der Vorbereitung von Krieg jedoch müsste kompromisslos gekämpft wer-

²⁹ Siehe Müller, Barbara (1996): Zur Theorie und Praxis von Sozialer Verteidigung, Arbeitspapier Nr. 3 IFGK, Wahlenau.

³⁰ Anderson & Wallace a.a.O., S. 11.

den, auch wenn es die zweifelsohne revolutionäre Idee der Sozialen Verteidigung nicht gäbe.“³¹ Eine umfassende Friedenspolitik, oder, der Friedensforscherin Hanne-Margret Birckenbach folgend, eine friedenslogisch ausgerichtete Politik, braucht gewaltfreie Alternativen zu Rüstung und Militär, um überzeugend zu wirken. Friedensbewegungen sind oftmals stärker darin, zu benennen, was sie nicht wollen, als darin, positive Visionen zu skizzieren. Aber es stehen der Abschaffung von Rüstung und Militär nicht nur ökonomische und machtstrategische Interessen der Mächtigen entgegen, sondern auch Bedrohungsängste und echte Betroffenheit angesichts von Kriegen und Gewalt anderenorts von Seiten vieler Menschen, die Gewalt, auch militärische Gewalt, als ultima ratio für notwendig halten. Deshalb sind Zivile Konfliktbearbeitung, Formen gewaltfreien Eingreifens in eskalierende Konflikte, Ziviles Peacekeeping und eben auch Soziale Verteidigung so wesentlich.

Dr. Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin beim BSV und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung IFGK.

³¹ Gernot Jochheim (Hrsg.) (1988): Soziale Verteidigung – Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht, Nachwort, S. 90, Düsseldorf: Patmos.

6. Soziale Verteidigung als alternatives Sicherheitskonzept für die deutsche Politik

Ulrich Stadtmann

Die Arbeitsgruppe mit diesem Titel wurde mit einem Vortrag von Ulrich Stadtmann eingeleitet. Der Vortrag ist hier dokumentiert; es folgt eine kurze Zusammenfassung der Diskussion der Gruppe.



Im Jahr 1988 fand der Kongress Soziale Verteidigung in Minden statt. Es war das vorletzte Jahr des Kalten Krieges, in dem sich zwei militärische Blöcke gegenüberstanden, die den „heißen“ Krieg durch die gegenseitige Androhung der atomaren Zerstörung verhindern wollten. Im Falle des Versagens der militärischen Abschreckung wäre die Anwendung dieser selbstzerstörerischen Verteidigung sinnlos geworden. Angesichts einer Wahl zwischen Selbstmord oder Kapitulation gegenüber einem Angreifer bot die Soziale Verteidigung ein alternatives Konzept der Selbstbehauptung. Statt einer nicht praktikablen militärischen Landesverteidigung sollte mittels nicht-militärischen Vorgehens die Verteidigung der Lebensweise erreicht werden. Im Gegensatz zu einer Grenzverteidigung eines Territoriums sollten die demokratisch selbstbestimmten Strukturen durch eine „dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration“ aufrechterhalten werden. Soziale Verteidigung zielte nicht auf die Tötung des bewaffneten Gegners, sondern strebte durch (1.) **gewaltfreien Widerstand** die Kampfunfähigkeit der gegnerischen Truppen an. Soziale Verteidigung zielte auf die Spaltung des Gegners. Bildlich gesprochen zielten die Aktivitäten der Sozialen Verteidigung zwar auf die Köpfe des Gegners, allerdings nicht mit Gewehrkegeln, sondern mit Argumenten und gesellschaftlichem Druck. Soziale Verteidigung sollte sich auf jeden einzelnen Menschen des gegnerischen Verbandes richten, so dass dieser nicht mehr im Sinne der Machthaber*innen der Gegenseite funktionierte, sondern stattdessen mit den Angegriffenen sympathisierte und möglichst kooperierte, zumindest jedoch nicht mehr gegen sie agierte. In diesem Sinne war Soziale Verteidigung eine Form von psychologischer Kriegsführung, die danach strebte, die Lebensweise einer Gesellschaft und ihre soziale Struktur zu verteidigen.

Im Gegensatz zu einer Niederlage im Rahmen einer militärischen Verteidigung, die bei Einsatz von Atomwaffen das menschliche Leben in Mitteleuropa ausgelöscht hätte, wäre nach einer Niederlage einer Sozialen Verteidigung ein Weiterleben möglich gewesen. Es hätte die Möglichkeit weiter bestanden, zu einem späteren Zeitpunkt mit besseren Erfolgschancen erneut den gewaltfreien Kampf für eine selbstbestimmte Lebensweise aufzunehmen. Zur Zeit des Kalten Krieges wurde zwar vielfach bestritten, gegen ein totalitäres Regime einen gewaltfreien Aufstand erfolgreich durchführen zu können. Allenfalls gegen demokratische Regierungen könnten gewaltfreier Widerstand und Proteste zu Erfolgen führen, wie der indische Unabhängigkeitskampf gegen Großbritannien oder die Proteste in den USA gegen den Vietnamkrieg. Die Entwicklungen seit 1989 mit dem (2.) **gewaltfreien Aufstand in Ostdeutschland** und der anschließenden Auflösung der DDR, des Warschauer Paktes und der Sowjetunion haben jedoch die Wirkungsweise eines gewaltfreien Aufstands gegen Diktaturen und damit eine kaum für möglich gehaltene Wirkungsweise von Sozialer Verteidigung deutlich gemacht. Diese Erfahrung darf nicht in Vergessenheit geraten. Vielmehr sollte ihr Vorbildcharakter stärker herausgehoben werden. Der kalte Krieg wurde schließlich nicht militärisch beendet, sondern durch gewaltfreie Revolutionen.

Eine Grundthese der Befürworter*innen von Sozialer Verteidigung war, dass die totalitären Regime Osteuropas eher durch einen gewaltfreien Aufstand zu überwinden wären, als durch militärische Handlungen – auch wenn es dafür nach den gescheiterten Aufständen 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und 1981 in Polen wenig Hoffnung gab. Zudem sollte nicht vergessen werden, dass im Frühsommer 1989 die Demokratiebewegung in

China blutig niedergeschlagen wurde. Gegen eine geschlossen und gewaltsam agierende gegnerische Partei können Aufstandsversuche selbstverständlich in einer Niederlage enden. Das gilt jedoch in gleicher Weise auch für bewaffnete Aufstände und für eine militärische Verteidigung. Auch sie können mit einer Niederlage enden. Es ist deshalb festzuhalten: Im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse, in der die Vor- und Nachteile der Anwendung unterschiedlicher Verteidigungsformen gegeneinander abgewogen werden, ist (3.) **Soziale Verteidigung eine realistische Alternative zu militärischer Verteidigung**. Insbesondere im Falle einer potenziellen Selbstvernichtung bei Einsatz militärischer Mittel bietet Soziale Verteidigung eine Alternative zu einer Kapitulation.

Während militärische Verteidigung ein Höchstmaß an Vorbereitung bedarf, indem eine Bewaffnung und deren professionelle Handhabung vorbereitet werden muss, kann Soziale Verteidigung auch (4.) **spontan** angewendet werden. Soziale Verteidigung ergibt sich aus der Fähigkeit einer Bevölkerung zu gewaltfreiem Widerstand. Diese Option einer spontanen Anwendbarkeit von Sozialer Verteidigung besteht (5.) **auch neben der Fähigkeit zu militärischer Verteidigung!** In der Tschechoslowakei befahl im Jahre 1968 die Regierung unter Alexander Dubček dem Militär, angesichts des Einmarschs des zahlenmäßig überlegenen Warschauer Paktes, in den Kasernen zu bleiben. Stattdessen kam es zu zivilem Widerstand der Bevölkerung, der in den ersten acht Tagen lt. Berichten der Londoner Times zu dem überraschenden Erfolg führte, dass die halbe Million einmarschierten Soldaten wegen Kampfunwilligkeit ausgetauscht werden mussten. Auch wenn in diesem Fall die Niederlage letztlich nicht abgewendet werden konnte, zeigt der Fall doch, dass bei Einschätzung einer militärischen Unterlegenheit die Soziale Verteidigung immer noch eine Verteidigungsoption bietet, die von der gegnerischen Partei in ihre Gesamtkalkulation einbezogen werden sollte.

Soziale Verteidigung beinhaltet in diesem Sinne auch (6.) eine **abschreckende Wirkung**. Denn die Aufstände im Ostblock hatten auch immer etwas Bedrohliches für die diktatorischen Regime. Bei einem Einmarsch des Warschauer Paktes nach Westeuropa, selbst wenn er auf keine militärische Gegenwehr gestoßen wäre, hätte für die Machthaber Osteuropas die Gefahr bestanden, dass ein solches militärisches Vorrücken zu Aufständen im eigenen Machtbereich hätte führen können. Am Ende hätte der Machtverlust drohen können, der am Ende des Kalten Krieges auch eintrat.

Der gewaltfreie Sturz von Diktaturen führt jedoch nicht zwangsläufig zu demokratischen und friedlichen Zuständen. Der arabische Frühling, der in Ägypten das Mubarak-Regime stürzte und freie Wahlen brachte, führte zu einem Sieg der Moslembrüder, die wiederum durch einen Militärputsch gestürzt wurden. Im Iran wurde 1979 der Schah weitgehend gewaltfrei gestürzt, in dessen Folge sich das derzeitige Regime etablierte. Auch können gewaltfreie Aufstände in blutige Kriege umschlagen, wie es in Syrien geschehen ist.

Soziale Verteidigung und gewaltfreier Widerstand bieten keine Garantie für Erfolge, weder in der direkten Auseinandersetzung, noch für die nachfolgenden gesellschaftlichen Entwicklungen. Soziale Verteidigung und gewaltfreier Widerstand sind im Prinzip nur Instrumente wie Militär und bewaffneter Widerstand, deren Einsatz unter Abwägung der Vor- und Nachteile, also nach einer Kosten-Nutzen-Analyse, zu beurteilen ist. Gene Sharp, der kürzlich verstorbene US-amerikanische Theoretiker des gewaltfreien Widerstands, dessen Strategieempfehlungen seit den 1990er Jahren weltweit von oppositionellen Gruppen aufgegriffen wurden, wies darauf hin, dass eine Opposition gegen eine etablierte Gewaltherrschaft bei der Wahl der Mittel des Widerstands insbesondere bzgl. der Bewaffnung massiv unterlegen sei. Gerade deshalb riet er von bewaffnetem Widerstand ab und empfahl, sich stärker auf die Schwachstellen solcher Regime zu konzentrieren, die sich besser durch gewaltfreie Widerstandsstrategien treffen ließen.

Die gleiche Überlegung gilt aber auch für die Verteidigung gegen militärische Angriffe. Bei einer erdrückenden militärischen Überlegenheit des Angreifers hat militärische Verteidigung nur noch einen symbolischen Wert. In dem Falle ist es jedoch vielleicht viel wirkungsvoller, statt sich militärisch zu verteidigen, zu Sozialer Verteidigung überzugehen. Ebenso gilt es im heutigen Atom-

zeitalter, in dem immer mehr Staaten danach streben, über Atombomben zu verfügen, zu beachten, dass keine Garantie besteht für die Wirksamkeit atomarer Abschreckung. Mit der zunehmenden Verbreitung von Atomwaffen besteht vielmehr in zunehmendem Maße die Gefahr, dass Kriege auch auf die atomare Ebene eskalieren können. Angesichts der damit verbundenen potenziellen Vernichtung der Lebensgrundlagen ergibt sich (7.) **heute die gleiche Situation wie im Kalten Krieg**: Ein Versagen der Abschreckung macht einen atomaren Schlagabtausch sinnlos, so dass sich ein Wechsel zu Sozialer Verteidigung dann geradezu aufdrängt.

Da Soziale Verteidigung aufgrund der spontanen Anwendbarkeit eine Verteidigungsoption neben der militärischen Verteidigung war und es faktisch auch heute noch ist, stellt sich die Frage, wie die Fähigkeit zu gewaltfreiem Widerstand, die die Grundlage für eine spontane Anwendung von Sozialer Verteidigung bildet, vorbereitend gestärkt werden kann. Totalitäre Regime haben daran sicherlich kein Interesse. Offene und demokratische Gesellschaften dürften damit jedoch kein Problem haben, da ihre Grundlage ein selbstbestimmtes Gemeinwesen ist. Nach dem Ende des Kalten Krieges entstand deshalb in der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg die Überlegung, die Erfahrung des erfolgreichen gewaltfreien Aufstands in der DDR 1989 zu nutzen, um dem bestehenden Instrumentarium des Militärischen einen Zivilen Friedendienst hinzuzufügen. Dieser sollte kein Zivildienst in Krankenhäusern oder Altenheimen sein, sondern ein Fachdienst für zivile Konfliktaustragung. Nach einem Gespräch der Berliner Kirchenleitung mit dem Vorstand des BSV (Bund für Soziale Verteidigung) zu Beginn der 1990er Jahre wurde vom BSV ein Konzept skizziert und der Öffentlichkeit sowie den Spitzen der Bundestagsparteien vorgestellt und von diesen grundsätzlich unterstützt. 1998 wurde die Einrichtung des Zivilen Friedensdienstes in den Koalitionsverhandlungen der neuen rot-grünen Regierung und anschließend einmütig vom gesamten Bundestag beschlossen. Hier hat der BSV in den zehn Jahren nach dem Mindener Kongress erfolgreich eine Entwicklung mit angestoßen, die auf staatlicher Ebene in Deutschland die Schaffung von Instrumenten ziviler Konfliktaustragung herbeigeführt hat. Als jüngsten Erfolg der Lobbyarbeit des BSV kann man die Aufnahme des Instruments des Zivilen Peacekeepings in die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ im Jahr 2017 betrachten. Im Gegensatz zum militärischen Peacekeeping wird durch die Begleitung von unbewaffneten internationalen Vertreter*innen ein Schutz für Bedrohte in Konfliktregionen geschaffen. Eine künftige Aufgabe für den BSV könnte darin liegen, (8.) **konkrete Vorschläge für Einsätze Zivilen Peacekeepings an die Bundesregierung heranzutragen**, die ohne die finanzielle Unterstützung Deutschlands sonst nicht umgesetzt würden.

Ein weiteres Aufgabenfeld des BSV könnte darin bestehen, zu den aktuellen Militäreinsätzen Deutschlands gewaltfreie Alternativen aufzuzeigen. Denn bei jedem Militäreinsatz stellt sich die grundsätzliche Frage, welches positive Ziel er erreichen soll und ob das angestrebte Ziel ohne militärische Mittel nicht besser zu erreichen wäre. Diese Abwägung muss der Bundestag jedes Jahr für jeden Militäreinsatz vornehmen, da dieser nur durch die Zustimmung des Parlaments fortgesetzt werden darf. Hier Argumente zu liefern für alternative oder ergänzende gewaltfreie Ansätze würde die Debatte bereichern und könnte bessere Maßnahmen anstoßen.

Eine solche (9.) **Erweiterung des staatlichen Instrumentenkastens mit Mitteln ziviler Konfliktaustragung** trägt letztlich dazu bei, die Option für Soziale Verteidigung als alternatives Sicherheitskonzept für die deutsche Politik bewusster zu machen und zu stärken.

Zusammenfassend lässt sich über Soziale Verteidigung als alternatives Sicherheitskonzept für die deutsche Politik festhalten:

1. Soziale Verteidigung zielt mittels gewaltfreien Widerstands auf die Verteidigung einer selbstbestimmten Lebensweise.
2. Das beste Beispiel für die Wirkungsweise von Sozialer Verteidigung ist in unserem Land die gewaltfreie Revolution in der DDR.

3. Soziale Verteidigung ist eine Alternative zu militärischer Verteidigung.
4. Soziale Verteidigung ist spontan anwendbar.
5. Soziale Verteidigung besteht als Verteidigungsoption auch neben der Fähigkeit zu militärischer Verteidigung.
6. Soziale Verteidigung hat eine abschreckende Wirkung.
7. Soziale Verteidigung ist auch heute – zwar nicht offiziell, doch faktisch –, aufgrund der spontanen Anwendbarkeit, ein alternatives Sicherheitskonzept für die deutsche Politik.
8. Der Bund für Soziale Verteidigung sollte der deutschen Politik zivile Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.
9. Deutschland sollte die staatlichen Instrumente ziviler Konfliktaustragung weiter ausbauen.

Diskussion in der Gruppe

- In der DDR 1989 war es keine Soziale Verteidigung, sondern ein „Sozialer Angriff“.
- Bei der Einführung des ZFD gab es noch den Zivildienst. Nach Theodor Eberts Vorstellung hätte der ZFD eine Option für die Zivildienstleistenden werden sollen, z.B. in Brandenburg beim Schutz von Flüchtlingsheimen.
- Der Aspekt der Ausbildung; Bundeswehrsoldat*innen könnten auch eine Schulung in ziviler Konfliktaustragung erhalten und umgekehrt Zivile Fachkräfte, die in Kriegsgebieten arbeiten, eine Grundschulung im Erkennen militärischen Einsatzmaterials erhalten, was ihren Selbstschutz erhöhen könnte.
- Die Partei Die Linke hat vor, einen Lehrstuhl für Zivilen Widerstand (o.ä.) in Leipzig zu schaffen.
- Es wurden im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends nicht nur der ZFD geschaffen, sondern auch weitere Infrastruktur für Zivile Konfliktaustragung, die noch weiter ausgebaut werden müsse. (Ulrich Stadtmann hatte sich auf ZFD und Ziviles Peacekeeping als Beispiele erfolgreicher Lobbyarbeit des BSV beschränkt.)
- Auch autoritäre Akteur*innen haben dazu gelernt, wozu z.B. entsprechender Einsatz von Fake News gehöre.
- Es bestünde aber auch eine Ernüchterung über Militäreinsätze, weshalb wir im Sinne von „praktischer Vernunft“ zivile Maßnahmen verstärken müssten.
- Einem Teilnehmer war der in der AG diskutierte Ansatz zu staatlich. Die derzeitige (Wirtschafts-)Politik, die vielfach Kriege erst verursache, solle nicht verteidigt, sondern verändert werden.

Der Bericht der Arbeitsgruppe im Plenum benannte folgende Punkte:

1. Lobbyarbeit für Zivilen Friedensdienst und Ziviles Peacekeeping sind Beispiele für erfolgreiches Lobbying.
2. Rolle des BSV sollte es sein, Alternativen zu Militäreinsätzen zu benennen. Dafür kann genutzt werden:
 - Ernüchterung über Militäreinsätzen
 - Atomwaffenverbotsvertrag
3. Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung ausbauen, konkrete Geldsummen nennen. Dabei Ausland wie Inland berücksichtigen.

4. Folgende konkrete Vorschläge wurden in der AG gesammelt:

- Lehrstuhl zu gewaltfreiem Widerstand in Leipzig
- Schaffung einer zivilen deutsch-französischen Friedensbrigade in Mali
- Friedensbildung an Schulen und an die breite Öffentlichkeit gerichtet
- Gewaltfreier Widerstand als Praxisfeld

Ulrich Stadtmann, Diplom-Politologe und Fraktionsvorsitzender der CDU im Rat der Stadt Minden, war Gründungsmitglied des BSV, Vorstandsmitglied in den 1990er Jahren und ist aktuell Mitglied der BSV-AG Ziviles Peacekeeping.

7. Innergesellschaftliche Bedrohung in Deutschland Soziale Verteidigung und gewaltfreier Widerstand gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus? Welche Rolle können Soziale Bewegungen dabei spielen?

Renate Wanie

In der Vorbereitung auf die BSV-Jahrestagung 2018 kam mir die Idee, vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland – mit 92 AfD-Abgeordneten ist die rechtspopulistische bis rechtsradikale Bewegung im Oktober 2017 im Bundestag angekommen – mit dem Konzept der Sozialen Verteidigung zu experimentieren: *Sind die Grundsätze, Wirkungsweisen und Methoden der gewaltfreien Konfliktaustragung, auf denen das Konzept der SV basiert, nicht auch auf Protest, Widerstand und effektive Gegenstrategien zu den rechten Bewegungen anzuwenden? Und: Sollte das Konzept der SV weiterhin einzig auf militärische Bedrohungen und als Alternative zur herkömmlichen militärischen Verteidigung beschränkt bleiben?*



Dazu habe ich folgendes Programm für einen 90-Minuten-Workshop zusammengestellt:

Programm

1. Das Konzept Sozialer Verteidigung (SV) nach Jochheim, Galtung und Schweitzer
2. Analyse: aktuelle innenpolitische Herausforderungen aus dem rechten Spektrum
3. Die Rolle von sozialen Bewegungen (SB)
4. Bedrohungen – was bedroht uns in dieser Gesellschaft vor dem Hintergrund von rechtsextremistischen Gewalttaten und rechtspopulistischen Entwicklungen?
5. Was ist verteidigungswert? Was soll verteidigt / was bewahrt werden?
6. Womit verteidigen wir? Und was ist das Ziel?

Nachfolgend wird die Idee, das Konzept der SV als Gegenwehr zu rechten Entwicklungen in Deutschland einzusetzen und als Akteure die sozialen Bewegungen (SB), zur Diskussion gestellt. Bekanntermaßen ist die SV nach herkömmlichem Verständnis ein Konzept, mit dem sich eine Gesellschaft wirksam gegen einen militärischen Überfall von außen, aber auch gegen einen gewaltsamen Staatsstreich von innen (vgl. Kapp-Putsch 1920) schützen kann. Der Grundgedanke ist, nicht ein Territorium oder eine Landesgrenze zu verteidigen, sondern eine*n Aggressor*in dadurch scheitern zu lassen, dass die Bevölkerung ihm*ihr mit zivilem Widerstand den Gehorsam verweigert. (Bezug zur Zeit des Kalten Krieges: Das Szenario war der Angriff des Warschauer Paktes auf Westeuropa.)

Zwei Verständnisse von SV wurden vorgetragen:

1) Grundlage der SV ist die Theorie der gewaltfreien Konfliktaustragung.

SV wurde von dem Friedensforscher Gernot Jochheim (1988) so definiert: *„Der Begriff ‚Soziale Verteidigung‘ wird im Rahmen der Theorie der gewaltfreien Konfliktaustragung für jene Konfliktsituationen benutzt, in denen bestehende gesellschaftliche Verhältnisse mit gewaltfreien Mitteln gegen Versuche illegaler Machtergreifung und demokratischen Abbaus von innen oder/und außen verteidigt werden sollen.“*³²

³² Jochheim, Gernot (1988): Soziale Verteidigung – Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht. Eine Handreichung. Patmos, S. 9.

Es geht um die Abkehr von der Territorialverteidigung und die Hinwendung zur Erhaltung von Lebensformen, Werten und sozialen Institutionen einer Zivilgesellschaft.

2) Verteidigung der Lebensweise bzw. der **Lebensform** nach dem Verständnis des Friedensforschers Johan Galtung: „*Soziale Verteidigung ist die Verteidigung dessen, was man als Lebensweise bezeichnen könnte.*“³³

Und:

„*Unter Sozialer Verteidigung verstehen wir hier ganz allgemein den kollektiven Versuch, eine bestimmte Lebensform und die damit verbundene soziale Struktur zu bewahren oder durchzusetzen, wenn diese Lebensform oder Sozialstruktur von innen und außen bedroht ist.*“³⁴ Die Verständnisse von SV nach Galtung heben die Verteidigung und Bewahrung von Lebensformen und Lebensweisen hervor.

Ausgewählt wurden beide Definitionen vor dem Hintergrund der Situation in Deutschland: Rechtsextreme und rechtspopulistische Bewegungen bedrohen mit ihren menschenfeindlichen Ideologien die auf Menschenrechten basierenden verfassungsrechtlichen Grundlagen im Innern. Es geht um vielfältige Formen menschenverachtender Verhaltensweisen und antidemokratischer Bestrebungen.

3) Aktuelle innenpolitische Herausforderungen aus dem rechten Spektrum

- AfD, eine Partei am rechten Rand und ihr Marsch durch die Institutionen – eine Infiltration in die Institutionen? (im Bundestag, in Landtagen) (Recherche der TAZ vom 14./15.04.2018)
- AfD-Mitarbeiter*innen im Bundestag (192 Angestellte)
- Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, Nazi-Aufmärsche
- Sogenannte „National befreite Zonen“
- Klima der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus
- Demokratieabbau, Abbau von Menschenrechten, Widerstände gegen eine Migrationsgesellschaft (Pegida-Bewegung)
- Angriffe gegen Geflüchtete, Brandanschläge auf Asylbewerberheime (z.B. 2017 mehr als 700 / FR vom 7.7.2018)
- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit / Abwertung und Ausgrenzung von Menschen allein aufgrund ihrer Zuweisung zu einer sozialen Gruppe
- Identitäre Bewegung (IB): intellektuelle Vordenker*innen der Neuen Rechten, die eine kulturelle Hegemonie einfordern (europaweit programmatisch von rechtspopulistischen Parteien und Personen übernommen).

Diese Entwicklungen rufen Gegenmaßnahmen hervor, im Kontext des Konzeptes der SV aber auch **viele Fragen**: Ist der Grundgedanke der SV, entstanden in der Zeit des Kalten Krieges und ursprünglich konzipiert als Konzept gewaltfreien Widerstands im Fall eines militärischen Angriffs von außen oder eines gewaltsamen Staatsstreichs von innen, aktuell geeignet für ein ziviles und gewaltfreies Konzept im Widerstand gegen neurechte Entwicklungen in Deutschland?

Und wer könnten die Träger*innen der SV in diesem neurechten Bedrohungsszenario mit einem Kernbestand von antiliberalen und antidemokratischen Grundpositionen sein? Sind es Menschen aus den sozialen Bewegungen und aus Nichtregierungsorganisationen sowie eventuell Abgeordnete des Bundestags? Wie könnten Bürger*innen zum Empowerment und zu aktivem ge-

³³ Galtung, Johan (1982): Zwei Konzepte der Verteidigung. In: Anders verteidigen, S. 136.

³⁴ Galtung, Johan (1982) in ders.: Zur Strategie der nicht-militärischen Verteidigung – Probleme und Lösungsvorschläge, S. 217.

waltfreien Widerstand gewonnen und befähigt werden, mit dem Ziel, bewahrens-werte soziale Strukturen und gesellschaftliche Institutionen zu erhalten und durchzusetzen?

4) Soziale Bewegungen

Könnten soziale Bewegungen (z.B. Friedens-, Ökologie-, globalisierungskritische und Frauenbewegung) auf der Grundlage des Konzeptes der SV und als kollektiver Akteur im Widerstand gegen neurechte Entwicklungen in Deutschland eine Rolle spielen? Historisch sind soziale Bewegungen (SB) eng mit Demokratisierungsprozessen verbunden. Denn sie sind in strukturellen Ursachen verankert und in ihren Zielen auf deren Beseitigung gerichtet. SB sind Akteure, die in Prozesse sozialen und politischen Wandels eingreifen.

SB sind kollektive Akteure, die Individuen in einen Handlungszusammenhang einbinden und aktiv in den Lauf der Dinge eingreifen, mit dem Ziel, Einfluss zu nehmen: SB führen sozialen Wandel herbei, sie sind Produkt und Produzent zugleich; vielfältige Organisations- und Aktionsformen sind die Basis, eine gute Mobilisierung die Existenzbedingung, Voraussetzung ist eine gewisse Kontinuität. Die Organisations- und Aktionsformen sind variabel.³⁵

Sind SB ideale Akteure für gewaltfreie Widerstandsformen Sozialer Verteidigung gegen neue rechte Bewegungen, unmittelbare Gewalt von Rechts sowie undemokratische Entwicklungen, und getragen von großen Teilen der Gesellschaft? SB sind emanzipatorische Bewegungen, die nicht die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung überkommener gesellschaftlicher Hierarchien mittragen. „In ihrem Handeln müssen sie selbstständig sein, die Ordnung stören und die Auseinandersetzung suchen.“³⁶

Dazu Christine Schweitzer in der Dokumentation des Bundeskongresses Soziale Verteidigung 1989: „Soziale Bewegungen schaffen da, wo sie sich koordinieren, vernetzen und Strukturen schaffen, eine organisatorische Basis, die eine Grundstruktur für eine gesamtgesellschaftliche Fähigkeit zur Sozialen Verteidigung darstellen könnte.“³⁷ Ein Gedanke, der auch heute noch aktuell ist.

5) Bedrohungen – was bedroht uns in dieser Gesellschaft vor dem Hintergrund von rechtsextremen Aufmärschen und Gewalttaten sowie einer Partei am rechten Rand wie die AfD, die mit 12,6 % und 92 Abgeordneten in den Bundestag einzogen ist? Die Folge: der drohende Verlust von Demokratie und Menschenrechten.

Aus der Sammlung im Workshop:

- Das Rad wird zurückgedreht, Zunahme von Feindbildern
- Zunahme von rechter, undemokratischer Politik auf europäischer Ebene (Erdogan, Ungarn...)
- Zurückgedreht wird: das Selbstbestimmungsrechts der Frauen, die Genderpolitik, Akzeptanz von Homosexualität
- Zunehmende Militarisierung
- Große Koalition mit Ruck nach rechts
- Zunahme gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gegenüber Menschen aus gesellschaftlich schwachen Gruppen
- Ungleichwertigkeit von Menschen nimmt zu, verbunden mit Gewaltakzeptanz

³⁵ Raschke, Joachim (1987): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Campus, S. 17-21, 76-83.

³⁶ Hardt, Michael/Negri, Antonio (2018): Der schwarze Spiegel: Soziale Bewegung von rechts. In Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2018.

³⁷ Schweitzer, Christine (1989): Soziale Bewegung zur Sozialen Verteidigung. In: Ohne Waffen - aber nicht wehrlos! Wege zur Sozialen Verteidigung. Dokumentation, BSV, Minden (Westf.), S. 106-115.

- Demokratische Begriffe, Symbole werden umbewertet
- Islamophobie, Islamkritik nicht den Rechten überlassen
- Rechte Meinungsführerschaft
- Verstummte Mitte, AfD im Bundestag
- Unterwanderung von Bewegungen, z.B. der Friedensbewegung
- Facebook und der Umgang mit Meinungsfreiheit
- „Sozial Schwache“ werden gegeneinander ausgespielt

6) Was ist verteidigungswert? Was soll verteidigt werden / was bewahrt werden?

Was halten wir in unserer Gesellschaft, in der wir leben, für verteidigungswert?

Aus dem Brainstorming der Teilnehmenden:

- Unsere kulturellen Werte
- Demokratie, Sozialstaat
- Überwindung struktureller Gewalt
- Menschenwürde (Grundgesetz)
- Unschuldsvermutung
- Selbstvergewisserung
- Bewahrung der Schöpfung
- Selbstbestimmung
- Humor
- Erreichtes bewahren
- Gerechter Frieden, Gerechtigkeit
- Jetzt alternativ leben können und es auch tun

Bei aller Kritik am Sozialstaat (z.B. an Harz IV), verteidigt werden soll die Aufrechterhaltung einer aufgeklärten, liberalen, demokratischen und den Menschenrechten verpflichteten Gesellschaft.

7) Womit verteidigen wir? Und was ist das Ziel?

Welche typischen Methoden und Aktionsformen der SV wären dafür geeignet? Lassen sich die verschiedenen Methoden gewaltfreien Widerstands aus der SV, wie die *dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration*, die *Nichtzusammenarbeit*, *Boykottaktionen*, *Verweigerung* und viele andere Formen des Protestes auch in dieser, aktuell unsere Gesellschaft von Rechts bedrohenden Situation einsetzen? Welche SV-typischen Konfrontationstaktiken sind z.B. zu entwickeln?

Oder müssten ganz andere gewaltfreie Widerstands- und Protestformen aufgebaut werden, um zivile gesellschaftliche Macht zu entwickeln und auszuüben und rechtsradikalen Bewegungen und der rechten Politik der AfD etwas entgegen zu setzen?

Eine Diskussion dieser Fragen bzw. ein Nachdenken über Formen Sozialer Verteidigung gegen Aktivitäten von Rechts konnte am Ende des Workshops wegen des gesetzten Zeitrahmens nicht mehr geführt werden. Einzig eine rasch durchgeführte Ideensammlung für Aktionen gegen eine aktuelle antidemokratische und rassistische Politik, eingeordnet in das Eskalationsschema Gewaltfreier Aktion nach Theodor Ebert, kann hier wiedergegeben werden.

Erste Ideen für Aktionen/Aktivitäten am Ende des Workshops

Zugeordnet von den Teilnehmenden in das Schema der Eskalationsstufen Gewaltfreier Aktion nach Theodor Ebert:

Steigerungsstufen	Abwehrende Aktionen	Aufbauende Aktionen
<i>Herstellung von Öffentlichkeit</i>	*Hauswurfsendung *Falschmeldungen entlarven „Schweriner Weg“	*mit AfD-Wähler*innen in den Dialog gehen *Menschen zum Sprechen bringen *Friedenstraining
<i>Legaler Eingriff</i>	*Rathausplatz besetzen mit bunter Kultur *Angebote für diejenigen, die gegen Krieg und für Solidarität mit den Schwachen sind (öffentlich machen = wir sind die Mehrheit)	(Mediationstraining) *gegnerische Gruppen durch gemeinsame Aktionen verbinden, z.B. Friedensmarsch der Religionen *Rollenspiel *Musik
<i>Illegaler Eingriff</i>	*Plakate überkleben *Generalstreik (nicht menschenverletzend) Richtung soziale Revolution	*Kunst/Kreativität *Humor, Demos, Tanz

8) Überlegungen nach dem Workshop:

Zurück zu den Ausgangsfragen, die die Idee für diesen Workshop leiteten:

Sind die oben genannten Grundsätze, Wirkungsweisen und Methoden der gewaltfreien Konfliktaustragung, auf der das Konzept der SV basiert, auch auf Protest, Widerstand und effektive Gegenstrategien zu den gewaltvollen rechten Bewegungen anzuwenden? Könnte hier das Konzept der SV zum Einsatz kommen?

Diese Frage muss verneint werden. Das Konzept der SV geht davon aus, bestehende gesellschaftliche Verhältnisse gegen Versuche illegaler militärischer Machtergreifung und demokratischen Abbaus von innen oder/und außen mit gewaltfreien Mitteln zu verteidigen sowie vom damit verbundenem Bestreben, eine bestimmte Lebensweise und die bestehenden sozialen Strukturen zu bewahren und durchzusetzen. Die oben genannten Formen gewaltfreien Widerstands aus dem Konzept der SV sind nicht auf die aktuelle, demokratisch gewählte rechte „Okkupation“ von innen – im Bundestag, in Landtagen, in Gemeinderäten – zu übertragen. Zudem ist das Konzept der SV im historischen Kontext des Kalten Krieges entstanden. Ein militärischer Putsch der AfD ist nicht zu erwarten.

Doch rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegungen bedrohen mit ihren menschenfeindlichen Ideologien die auf Menschenrechten basierenden verfassungsrechtlichen Grundlagen im Innern. Es sind die vielfältigen Formen menschenverachtender Verhaltensweisen und antidemokratischer Bestrebungen. Welche **Gefahren** sich ohne breiten Widerstand, getragen von sozialen Bewegungen und der Bevölkerung, daraus entwickeln können, zeigen einige osteuropäische Länder, wie z.B. Ungarn, Tschechien, Polen und die Türkei. Über demokratische Prozesse er-

ubern sich diese Regierungen die Macht im Staat und werden peu à peu in autoritäre Regime umgestaltet.

Die wesentliche Frage in Deutschland ist: Wie verhindern wir, dass in drei Jahren die AfD wieder in den Bundestag gewählt wird? Jedem*r AfD-Abgeordneten stehen ca. 21.000 € für persönliche Mitarbeiter*innen zu, das sind heute 150 Stellen für rechtes Personal. Die Ursachen der Wahl dieser Partei der völkischen Rechten in den Bundestag sind analysiert.

Rechtsradikale Deutungsmuster fallen dann auf erfolgreichen Boden, wenn „*durch ökonomische Ungleichheiten, Unsicherheit der Lebensbedingungen und -perspektiven und Konkurrenzdruck sowie Abstiegs- und Ausschlussängste*“³⁸ die Entfremdung zwischen den Menschen größer wird und Wut, tiefe Enttäuschung, Zukunftsängste und Entmutigung zunehmen. Soziale Anerkennung bleibt versagt. Ökonomische Deklassierung verbreitet Missgunst und Ausgrenzung und richtet sich gegen als „fremd“ bestimmte Menschen. Andererseits richtet sich der Hass gegen die etablierten politischen Eliten „da oben“, das Establishment. Rechtsradikale Deutungsmuster gewinnen an Überzeugung und Plausibilität. Was tun, um z.B. das Vertrauen dieser Bevölkerungsgruppen zurück zu gewinnen?

Hier ist **die Politik gefragt**: „*Die normativen Ideen und sozialen Verhaltensweisen, die zu einer menschlichen Gesellschaft gehören, müssen materiell stabilisiert und verstärkt werden, indem sie strukturell und institutionell verankert werden.*“³⁹

Aber auch eine kontinuierliche **Mobilisierung von sozialen Bewegungen**, beispielsweise aus der Asyl- und Friedensbewegung, sind notwendig, um Prozesse sozialen und politischen Wandels auf den Weg zu bringen. SB können gesellschaftliche Strukturen stören und zur öffentlichen Auseinandersetzung mit rechten Entwicklungen herausfordern.

Was können Soziale Bewegungen tun? Ein Brainstoming:

- Direkte Einmischungen in öffentliche Debatten – in regionale und bundesweite – mit dem Ziel, der scheinbar gesellschaftlichen Normalität der Neuen Rechten entgegenzutreten. Das kann mit verschiedenen Formen geschehen, wie z.B. auf dem Podium, in offenen Briefen, Leser*innenbriefen oder in Kirchengemeinden, auf der Straße...
- Demaskieren der völkisch-rassistischen Programmatik der Partei AfD
- Strategien gemeinsam mit Bundestagsabgeordneten entwickeln
- Räume für echte Kommunikation schaffen, um Kommunikationsbrücken zu bauen
- Informieren und aufklären, z.B. über „die Flüchtlingskrise“ als Folge von Kriegen und militärischer Intervention
- Nicht nur vor Gefahren von Rechtsaußen warnen und Angst schüren, sondern so aufklären und auf offene und verständliche Weise kommunizieren, dass Handlungsfähigkeit und -Sicherheit entstehen können
- Rechte Aktionen stören, Direkte Aktionen vor den Büros der AfD
- Eine Form der direkten Ansprache finden und Menschen in ihrer sozialen Situation ernst nehmen, dabei ethische Erklärungsansätze zurückweisen, positive soziale Ideen vermitteln mit Perspektiven auf reale Veränderungen. Eigene Themen setzen.
- Die Politisierung des Öffentlichen durch soziale Bewegungen

Gewerkschaften, Parteien und Verbände: Sie bestimmen selbst, wann sie mit wem, worüber und mit welchem eigenen Ziel öffentlich diskutieren. Zu empfehlen ist, keine Auseinandersetzungen in Gremien oder Foren mit rechten Ideologieproduzenten (z.B. mit den Identitären) zu führen. Vertrauensleute und Funktionär*innen in den Gewerkschaften könnten in der alltägli-

³⁸ Spoo, Georg: Wie weiter gegen Rechts? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2017, S. 74.

³⁹ Ebda, S. 75.

chen Arbeit mit dem Gedanken der Solidarität gegen fremden- und flüchtlingsfeindliche Tendenzen hinwirken.

Aktuell geht es darum, zu verhindern, dass politische Gegner*innen aus dem neurechten Spektrum mit ihren menschenfeindlichen Ideologien die Lebensweise und die verfassungsrechtlichen Grundlagen dieser Gesellschaft weiter beeinflussen und darüber hinaus verändern. Es geht um die politische Hegemonie für eine Politik der Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft. Dafür gilt es Strategien zu entwickeln

Es ist zu diskutieren, inwieweit das Konzept SV nicht länger auf militärische Bedrohungen und als Alternative zur herkömmlichen militärischen Verteidigung beschränkt bleiben sollte. Denn **Soziale Verteidigung bleibt der kollektive Versuch, eine bestimmte Lebensweise gewaltfrei zu verteidigen sowie eine auf den Menschenrechten und Demokratie gegründete Gesellschaft zu bewahren und durchzusetzen – wenn diese Strukturen innergesellschaftlich durch gewählte Repräsentant*innen und rechtsradikale Bewegungen bedroht sind.** Darüber sollte im BSV weiter nachgedacht und auch diskutiert werden. Ein Konzept der Sozialen Verteidigung gegen innergesellschaftliche rechte Bewegungen ist noch zu entwickeln.

Protokoll eines Kurz-Workshops am 21. April 2018, von 11.15h bis 12.30h. Renate Wanie ist langjährige Mitarbeiterin bei der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden und seit einigen Jahren Vorstandsmitglied im BSV.

8. Friedenslogik und Soziale Verteidigung – Wie passt das zusammen?

Hanne-Margret Birckenbach

Wir dokumentieren hier die Einleitung in die gleichnamige Arbeitsgruppe.

Folgen des erweiterten Sicherheitsdiskurses

Soziale Verteidigung und Ziviler Widerstand gegen einen Aggressor sind als Alternativen zur selbstzerstörerischen, militärischen Verteidigung und als Alternative zu revolutionärer Gewalt mit dem Ziel formuliert worden, den Erhalt der Lebensform und die Verbesserung der Lebenslage mit gewaltfreien Methoden zu verteidigen und zu erstreiten. Seit der Erweiterung des westlichen Sicherheitsdiskurses und der Doktrin der zivil-militärischen Zusammenarbeit

beanspruchen nun die Bundesregierung und die NATO über das eigene Territorium hinaus ebenfalls die eigene Lebensform zu verteidigen, was ursprünglich ein Alleinstellungsmerkmal Sozialer Verteidigung war, und auf der Seite derjenigen zu stehen, die für ihre Freiheitsrechte eintreten. Die exterritoriale Sicherung der Lebensform umfasst unter anderem Rohstoffe und Handelswege sowie – unter dem Begriff der „menschlichen Sicherheit“ – auch Anliegen des Gewaltfreien Widerstands, nämlich die Verbesserung der sozialen und politischen Lebensumstände.

Nicht nur die Reichweite und die Ziele, auch die Mittel der Sicherheitspolitik sind ausdifferenziert worden. Wenngleich die meisten Investitionen weiterhin in den Ausbau militärischer Mittel gelenkt werden, gehört neben diplomatischen und wirtschaftspolitischen Mitteln heute auch das breite Spektrum der Zivilen Konfliktbearbeitung einschließlich der Zivilen Friedensdienste zum sicherheitspolitischen Instrumentarium – auch wenn die Beteiligten dieser Zuordnung widersprechen. Die Sicherung der Lebensform jenseits des eigenen Territoriums geschieht also militärisch, diplomatisch, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch. Sie geschieht in Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen sowie internen und externen Akteur*innen. Zu den internen Akteur*innen in den Krisen- und Kriegsgebieten gehören auch Aktivist*innen im Widerstand. Sie agieren teilweise gewaltfrei, teils weniger gewaltfrei. Häufig suchen sie die Rückendeckung durch das nationale Militär, teilweise auch zivile oder militärische Unterstützung aus dem Ausland. Tatsächlich setzen sie westliche Sicherheitspolitik unter den Druck, ihre Anliegen aufzugreifen und den Aggressor, meist einen Diktator und zugleich Kooperationspartner des Westens, in die Schranken zu weisen.

Ein NATO-Mitglied, Litauen, hat Soziale Verteidigung bereits als Ergänzung eingeführt. Auch ist von Befürworter*innen des Konzeptes vorgeschlagen worden, die NATO solle eine Analyse- und Informationsabteilung einrichten, um eine integrierte politische Strategie für Soziale Verteidigung im Rahmen der gesamten NATO zu entwickeln. Für einen solchen Vorschlag gibt es gute Gründe: Stellen wir uns nur einmal vor, Deutschland hätte den Willen, im Rahmen der vielfach propagierten „Reform des Sicherheitssektors“ die militärische Ertüchtigung von Mali bis Afghanistan zurückzufahren und die lokale Bevölkerung zur Sozialen Verteidigung und zum Gewaltfreien Widerstand gegen diejenigen zu ertüchtigen, die ihr Leben bedrohen. Stellen wir uns weiter vor, die Ukraine wäre seitens der NATO ermutigt und ertüchtigt worden, auf den Versuch zu verzichten, die von Russland gestützten Rebellen militärisch zu bekämpfen, sie hätte stattdessen



Anweisungen zu zivilem Ungehorsam gegeben und vorhandene oder angeworbene Ressourcen für den Aufbau einer demokratischen, föderalen Gesellschaft genutzt.⁴⁰

Ähnlich wie das Instrumentarium der Zivilen Konfliktbearbeitung kann folglich auch die Förderung von Sozialer Verteidigung und Gewaltfreiem Widerstand in die westliche Sicherheitspolitik als Ergänzung des Instrumentariums eingefädelt werden. Zwar sind die staatlichen und militärischen Akteure in den Krisenregionen bislang an Sozialer Verteidigung eher nicht interessiert. Aber auch das könnte sich ändern, wenn geklärt wäre, dass eine erwünschte militärische Unterstützung durch externe Akteure kaum erwartet werden kann. In Fällen, in denen ein hoher Interventionsdruck auf die NATO entsteht, wäre die Einführung von Elementen der Sozialen Verteidigung vermutlich gewaltmindernd, weil dies den hochbewaffneten NATO-Mächten weitere Interventionsformen unterhalb der Gewaltschwelle eröffnen würde, ohne dass sie sich selbst, ihre Interessen, ihre Haltungen gegenüber „dem Rest der Welt“ und Führungsansprüche verändern müssten.

Aber wäre eine solche sicherheitspolitische Einbettung von Sozialer Verteidigung und Gewaltfreiem Widerstand auch friedensfördernd?

Leitbegriff Frieden

Der Begriff Frieden ist in der Diskussion um Soziale Verteidigung und Gewaltfreien Widerstand bisher kein leitender Begriff. So werden in dem von der War Resisters' International (WRI) herausgegebenen „Handbuch für gewaltfreie Kampagnen“ viele Begriffe wie Gewaltfreiheit, Gender, Gewalt, Konflikt und Macht erörtert, von dem Begriff Frieden findet sich jedoch keine Spur. Ein ähnlicher Befund gilt auch für die Diskussion um erfolgreiche Fälle von Zivilem Widerstand. In ihrer bahnbrechenden Untersuchung haben Erica Chenoweth und Maria J. Stephan eine Kampagne dann als erfolgreich bezeichnet, wenn sie ihre Ziele zu 100 Prozent innerhalb eines Jahres erreicht hat, nachdem ihre Aktivitäten den Höhepunkt erreicht hatten, wenn es also gelungen ist, einen Diktator zu stürzen oder die Lebensumstände zu verbessern.⁴¹ Ob daraus auch Frieden entstanden ist, spielt dagegen für die Einordnung als Erfolg keine Rolle.

Offensichtlich wird in der Diskussion angenommen, dass Frieden und Gewaltfreiheit zusammenfallen oder dass der Begriff der Gewaltfreiheit den Begriff Frieden bereits enthält. Dies gilt auch für die wichtige Studie von Véronique Dudouet, die auf die Verbindungen von Zivilem Widerstand und Peacebuilding-Strategien im Rahmen von unterschiedlichen Phasen von langfristig organisierter Konfliktransformation hinweist. Die Autorin geht davon aus, dass Ziviler Widerstand und Peacebuilding-Interventionen sich zwar hinsichtlich der Haltung gegenüber den Konfliktparteien, den Methoden und den beteiligten Akteur*innen unterscheiden, aber das gleiche Ziel haben, nämlich „gerechte und friedliche Gesellschaften“ zu bewirken.⁴² Diese Annahme scheint mir jedoch empirisch nicht zutreffend, sondern eher die Aufgabe zu beschreiben, Gewaltfreien Widerstand auch friedenspolitisch neu zu durchdenken. Dazu möchte ich im Folgenden einige Anregungen geben.

Im Rahmen der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung wird seit einigen Jahren diskutiert, wie Zivile Konfliktbearbeitung aus der Einbettung in eine entgrenzte und militärisch dominierte Sicherheitspolitik befreit und friedenspolitisch ausgerichtet werden kann. In dem Projekt „Friedenslogik weiterdenken“ wird geprüft, was es in konkreten Arbeitsfeldern heißt, Frieden zum Leitbild innen- und außenpolitischer Praxis zu entwickeln, ohne legitime Sicherheitsinteressen zu verlet-

⁴⁰ Maciej Bartowski (2015): Nonviolent Civilian Defense to Counter Russian Hybrid Warfare, und ders. (2016): The Kremlin's „Protest Potential“ Strategy.

⁴¹ Erica Chenoweth, Maria J. Stephan (2011): Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict, in: International Security 33:1, S. 17.

https://www.belfercenter.org/sites/default/files/legacy/files/IS3301_pp007-044_Stephan_Chenoweth.pdf.

⁴² Véronique Dudouet (2017): Powering to Peace: Integrated Civil Resistance and Peacebuilding Strategies, International Center on Nonviolent Conflict (ICNC), Special Report Series No.1 (www.nonviolent-conflict.org).

zen. Angesichts der Zerstörungspotentiale einer globalisierten und konfliktgeladenen Welt geht es um eine Praxis, die (1) Beziehungen zwischen Individuen, Gruppen oder Staaten stiftet, in denen (2) auch im Konflikt um die gerechteste Sache der Welt (sei es Sicherheit der physischen Existenz, sei es politische Freiheit, seien es soziale Rechte) direkte Gewalt keine Option ist, weil (3) Voraussetzungen für eine konstruktive Konfliktaustragung zwischen den Beteiligten vorhanden und geschaffen werden. Friedenslogik bezeichnet die Handlungszusammenhänge, die Frieden im oben genannten Sinn zur Folge haben können. Friedenslogik bezeichnet zugleich eine Methode, mit der geprüft werden kann, ob und unter welchen Bedingungen ein Handeln friedensstiftend genannt werden und wie in konkreten Themenfeldern Frieden gefördert werden kann. Sie formuliert Kriterien, die Kritik ermöglichen, und sie skizziert einen Rahmen, aus dem sich Hinweise ergeben, wie Friedensstiftung gelingen kann. Ausführliche Darstellungen der Hintergründe sowie Kurzinformationen zu dieser Diskussion finden sich auf der Internetseite der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung unter <http://www.konfliktbearbeitung.net/friedenslogik>.

Das Gerüst von Friedenslogik besteht aus fünf Handlungsprinzipien, die aus den Antworten auf fünf Fragen abgeleitet sind und die zusammen einen Rahmen ergeben, um Aktionsformen zu entwickeln, aus denen Frieden folgen kann.

Was ist das Problem? Gewalt!	Prinzip: Gewaltprävention
Wie ist es entstanden? Aus Konflikten	Prinzip: Konflikttransformation
Wie wird es bearbeitet? Durch Kooperation	Prinzip: Dialogverträglichkeit
Wie wird Handeln gerechtfertigt? An universalen Normen	Prinzip: Interessenentwicklung
Wie wird auf Misserfolge reagiert? Fehlerfreundlich	Prinzip: Selbstkritische Reflexion

Was würde sich verändern, wenn auch Soziale Verteidigung und Gewaltfreier Widerstand mit friedenslogischem Denken in Verbindung gebracht würden? Oder, worauf ist zu achten, wenn Soziale Verteidigung und Gewaltfreier Widerstand heute friedensfördernd wirken sollen?

Prinzip Gewaltprävention

Aus friedenslogischer Sicht kann im Fall von Sozialer Verteidigung und Gewaltfreiem Widerstand nur dann von einem Erfolg gesprochen werden, wenn es gelingt, der in jedem Konflikt angelegten Tendenz zur Gewalteskalation und Vergrößerung von Leid vorzubeugen. Kampagnen, die ihre Ziele gewaltfrei zu erreichen versuchen, und Menschen, die sich darauf vorbereiten, dies zu können, tragen zweifelsohne zur Gewaltprävention bei. Nun gelingt es jedoch keinesfalls allen gewaltfrei begonnenen Widerstandsbewegungen, auch auf Dauer „gewaltfrei“ zu bleiben und gewaltmindernd zu wirken. Dafür gibt es viele Gründe, zum Beispiel, weil der Erfolg ausbleibt, weil Akteure sich einmischen, die zwar dem Befreiungsziel, aber nicht der Gewaltfreiheit verpflichtet sind, weil das Befreiungsziel wichtiger wird als die Gewaltfreiheit, oder weil das Engagement für den Grundsatz der Gewaltfreiheit nicht ausreichend schnell verbreitert werden kann. Gerade in komplexen internationalisierten Situationen mit einer Vielzahl von kaum überschaubaren und kontrollierbaren Akteur*innen wird es für Aktivist*innen schwierig, die Orientierung an ihrem Prinzip der Gewaltfreiheit nicht zu verlieren und stattdessen diese Orientierung auszuweiten.

Wenn externe staatliche wie nicht-staatliche Akteur*innen sich dem Prinzip der Gewaltfreiheit verpflichtet wissen, gilt es – unabhängig davon, ob sie die Ziele des Widerstands befürworten – zu fragen:

Welche Unterstützung brauchen eine gewaltfrei begonnene Widerstandsbewegung und ihre Gegner, damit die Auseinandersetzung auch gewaltfrei bleiben kann und nicht (wie im Fall von Syrien) in den Sog von Bürgerkrieg und internationalen Krieg gerät?

Und welche externe Unterstützung ist auch nach dem Sturz des Diktators (wie im Fall Ägyptens) im Sinne eines vorrausschauenden Nachsorgeprogramms erforderlich, damit Gewalteskalation auch zukünftig vermieden werden kann?

Ein breites Spektrum an Möglichkeiten zur Gewaltprävention durch internationale staatliche und nicht-staatliche Akteur*innen steht heute zur Verfügung. Aber nur selten wird es rechtzeitig eingesetzt. Eine solche Unterstützung kann nicht allein von zivilgesellschaftlichen Kräften geleistet werden. Vielmehr sind Vernetzungen mit den vielen diplomatischen Ebenen sowie den breiten Aktionsfeldern von Ziviler Konfliktbearbeitung einschließlich Zivilen Peacekeepings erforderlich. Im Fall der Baltischen Staaten hat es eine solche vernetzte Gewaltprävention für kurze Zeit systemübergreifend gegeben. Das ist also möglich. Externe Akteur*innen, die einen gewaltfreien Widerstand unterstützen wollen, sollten den Fokus daher nicht darauf legen, für die Ziele des Widerstandes zu werben, sondern darauf achten, die Gewaltfreiheit auch von außen zu festigen. Das kann zum Beispiel geschehen, indem Beobachter*innen entsendet werden. Es kann auch unter Umständen bedeuten, Beratungen anzubieten, ob statt der in der Literatur zur Sozialen Verteidigung und zum Gewaltfreien Widerstand vielgepriesenen Erfolgs-Tugenden Standhaftigkeit, Nicht-Nachgeben, Opferbereitschaft, Absage an Kompromisse nicht auch ein (vorläufiger) Rückzug zu erwägen ist. Nachzudenken ist gleichfalls darüber, was zu tun ist, damit ein potenzieller Störer (im Fall der baltischen Staaten war es Russland) nicht zum tatsächlichen Störer wird, sondern in einem transparenten Prozess Gelegenheit hat, seine legitimen Interessen zu vertreten, und ferner, wie Raum und Zeit geschaffen werden können, um einen Interessenausgleich anzubahnen.

Prinzip Konflikttransformation

Akteur*innen von Sozialer Verteidigung und Gewaltfreiem Widerstand decken vorhandene Missstände auf und machen sie als Konflikt um Interessen sichtbar. Sofern sie an einer friedensstiftenden Lösung interessiert sind, benötigen sie ein Verständnis der Situation, das der Vielschichtigkeit und Komplexität des Konfliktes gerecht wird und Ansätze zur Konflikttransformation erkennbar werden lässt. Auch ein gewaltfreier Widerstand kann sich aus vielen Gründen in Fehlannahmen und Freund- und Feindannahmen verstricken und unfähig werden, sich für einen Weg zur Konflikttransformation mit der Perspektive auf Lösungen und Regelungen zum Interessenausgleich zu öffnen.

Friedenslogisch gilt es daher zu fragen: Welche Art von Unterstützung brauchen Akteure im Widerstand, damit sie ihre Interessen artikulieren können, ohne in Freund-Feind-Schemata zu verfallen und ohne einem Bild von der Konfliktkonstellation zu erliegen, das die Spielräume für Konflikttransformationen weiter verengt? Vermutlich hatten die Akteur*innen der Gewaltfreien Aktionen in Syrien keine ausreichenden Kenntnisse über die Gemengelage der Interessen auf internationalen und interregionalen Ebenen. Auch wenn man zustimmt, dass solche externen Interessen illegitim waren und sind, sind sie nicht aus dem Spiel und werden vermutlich stärker, je weniger man ihre Existenz zur Kenntnis nimmt.

Solidarität externer Akteur*innen mit sozialen Widerstandsbewegungen könnte folglich auch darin bestehen, differenzierte Konfliktanalysen zu kommunizieren, zu denen die Akteur*innen – trotz aller Erfahrungen vor Ort – in Ermangelung von Erfahrungen und Kenntnissen der internationalen Kontextbedingungen eines Konfliktes kaum in der Lage sind.

Solidarität könnte aber auch und vor allem darin bestehen, auf die Kontextbedingungen des Widerstands einzuwirken. In Syrien wurden die Möglichkeiten zum konstruktiven gewaltfreien Konfliktaustrag durch die externe Einflussnahme auf vielfache Weise behindert – von den Nachbarstaaten, von Russland, den NATO-Staaten und auch Deutschland. Auch von der externen

Unterstützungsbewegung wird man vermutlich sagen müssen, dass sie den diversen internationalen Kontextbedingungen des Widerstands nicht ausreichend Aufmerksamkeit geschenkt hat. Die frühzeitige Festlegung auf das Ziel, den syrischen Präsidenten unter allen Umständen zu entfernen, sowie der Konfrontationskurs gegenüber Russland waren wenig geeignet, um einen Transformationsprozess innerhalb Syriens von außen zu unterstützen. Dass es in all den Jahren in Deutschland nicht gelungen ist, die Waffenexporte in den Nahen Osten zu unterbinden, zeigt, wie schwach auch hierzulande das Verständnis dafür ist, dass die Konflikttransformation in und um Syrien auch „unsere“ Sache ist, und nicht auf eine kleine, insgesamt doch lokale Widerstandsbewegung abgewälzt werden kann. Schließlich trägt jede exportierte Waffe symbolisch zur Entwertung der Gewaltfreiheit und Abwertung ihrer Akteur*innen bei. Insofern ging die gewaltfreie Transformation nicht nur in Syrien verloren, sondern auch in Deutschland. Angesichts der Komplexität vieler Konflikte und ihrer Verflechtung mit internationalen Interessen ist die Unterstützung für Gewaltfreie Aktionen im Ausland immer auch in einem weiteren Zusammenhang mit der gewaltfreien Bewegung für Abrüstung bei uns zu sehen.

Das Prinzip Dialogverträglichkeit der Mittel

In der Literatur wird viel von der transformativen Macht der Gewaltfreiheit gesprochen. Diese Macht wird erreicht, wenn auch gegenüber der gegnerischen Partei eine Grundhaltung eingenommen wird, der zufolge jeder Mensch als Mensch geachtet wird, das Unrecht und nicht die Person, die es ausübt oder stützt, bekämpft wird, und wenn die Überzeugung aufrechterhalten wird, dass jeder Mensch veränderungsfähig ist. (Zumindest in eskalierten Konflikten ist eine solche Grundhaltung eine schwere Bürde.) Auch kann es sein, dass die propagierten Mittel von Sozialer Verteidigung und Gewaltfreiem Widerstand nicht immer mit ihr vereinbar sind. Fraglich sind zum Beispiel einige der viel zitierten zehn Do-Not-Instruktionen aus dem tschechoslowakischen Widerstand gegen die sowjetischen Truppen 1968: Don't know, don't care, don't tell, don't know how to, don't give, don't sell, don't show bis hin zu can't do und do nothing. Selbstverständlich sind diese Regeln immer vernünftiger als sich in gewaltsame Auseinandersetzungen zu begeben. Und ich will auch nicht ausschließen, dass solche Instruktionen weiterhin eine wichtige Rolle spielen können, um den Protest zu artikulieren und die Okkupation zu behindern. Sie können allerdings nur dann Teil von Friedensstiftung sein, sofern diese Art des Widerstands von Repräsentant*innen der Konfliktparteien begleitet wird, die – ähnlich wie im Fall von Tarifauseinandersetzungen – ungebrochen miteinander kommunizieren, und sofern es dafür eine Infrastruktur gibt.

Auch die vielfach zitierten zehn Gebote des Ungehorsams aus dem dänischen Widerstand (nicht oder schlecht und langsam für Deutsche arbeiten; alle Maschinen, Werkzeuge, die für die Deutschen nützlich sind, zerstören; Transport von Deutschen verzögern; Deutsche und italienische Filme, Zeitungen, Geschäfte boykottieren; Verräter*innen bestrafen und diejenigen schützen, die von den Deutschen verfolgt werden) sind keinesfalls per se friedensverträglich. Zumindest in ethnopolitisch aufgeladenen Konflikten wie in Estland und Lettland könnte die Befolgung solcher Gebote friedenshinderlich sein. Im Fall eines Konflikts, in dem es wie in der Ukraine um die Abspaltung eines Landesteiles geht, würden sie möglicherweise die inneren Spaltungen des Landes verfestigen.

Gesucht sind folglich Regeln, die helfen, den Widerstand zum Ausdruck zu bringen und doch in einer dialogverträglichen Haltung zu bleiben. In jedem Fall gilt, dass friedensstiftende Gewaltfreiheit auf die Einbindung in Dialogprozesse angewiesen ist – und dass diese wiederum am ehesten in einem arbeitsteiligen, vernetzten Prozess denkbar sind, in dem alle Seiten mit- und untereinander über unterschiedliche Kanäle in Verbindungen bleiben.

So stellt sich auch mit dem Prinzip der Dialogverträglichkeit die Frage: Welche externe Unterstützung wird benötigt, damit die Anliegen eines gewaltfreien Widerstands in inklusiven Friedensdialogen beachtet werden können? Wenn der direkte Dialog zwischen den Parteien nicht möglich oder nicht gewünscht ist, sind dritte Parteien erforderlich. Dass diese im Rahmen des breiten

Ansatzes zur zivilen Konfliktbearbeitung auf staatlichen und nicht-staatlichen Ebenen bereitstehen, gehört heute ebenfalls zu den Erfolgsbedingungen von friedensstiftender Sozialer Verteidigung und Gewaltfreiem Widerstand.

Prinzip Interessentwicklung

In jedem Konflikt stoßen Interessen aufeinander. Als Maßstab für deren Legitimität stehen universale ethische Normen wie die ethische Regel der Gegenseitigkeit und Allgemeinverträglichkeit, sowie Völkerrecht und Menschenrecht zur Verfügung. Akteur*innen der Sozialen Verteidigung und des Gewaltfreien Widerstandes haben das Interesse, Zustände zu beenden, die für sie unerträglich sind. Das ist legitim. Auch sie gehen allerdings häufig davon aus, dass ihre Interessen ungeachtet der Interessen von anderen per se legitim sind. Vielleicht ist das nicht immer so eindeutig der Fall, wie die gewaltfrei agierenden Akteur*innen und ihre Unterstützer*innen annehmen. So haben zum Beispiel die gewaltfreien Bewegungen in Estland und Lettland kaum, da sie das Ziel der Unabhängigkeit erreicht hatten und sie diese festigen wollten, davon abgesehen, die Interessen der russischsprachigen Minderheiten anzuerkennen und zu beachten. Damit hat die Wiederherstellung oder Neugründung beider Staaten zumindest in den Augen eines beachtlichen Teils der Bevölkerung und auch im benachbarten Russland an Legitimität verloren. Auch für die Arabellion und selbst für den Damaszener Frühling in Syrien gilt vermutlich, dass die Aktivist*innen keineswegs das Einverständnis einer Mehrheit der Bürger*innen dafür hatten, die Forderung nach einem Ende der korrupten Wirtschaftspolitik mit der Forderung nach dem Sturz der Regierung des Präsidenten zu kombinieren. Diese Forderung verstieß gegen ernstzunehmende Interessen breiter Bevölkerungsschichten und war daher weniger legitim als angenommen. Möglicherweise war es auch nicht legitim, die Rückendeckung einiger Moscheen im Kampf gegen das Assad-Regime zu suchen.

Auch für Bewegungen im Gewaltfreien Widerstand stellt sich daher die Frage, wie sie ihre Interessen so allgemeinverträglich entwickeln können, dass sie in der Breite an Legitimität gewinnen. Dies ist möglich, weil Interessen immer vielschichtig, niemals eindeutig fixiert und auf mehrfache Weise umgesetzt werden können. Sie enthalten immer Spielräume und können auch so verändert werden, dass sie Grundbedürfnisse und legitime Interessen anderer Akteure*innen anerkennen und achten.

Wieder können externe Unterstützer*innen danach fragen, was sie tun können, um eine friedensverträgliche Interessenentwicklung zu fördern, welche Foren zu diesem Zweck geeignet sind und genutzt werden können, und welche Beratungs- und Konsultationskapazitäten für diese Legitimierungsarbeit und die Überbrückung von Interessenunterschieden auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene bereitgestellt werden können.

Prinzip Selbstkritische Reflexion

Bei diesem friedenslogischen Prinzip geht es um erfahrungsgestütztes Lernen aus Misserfolgen. Nicht aus Misstrauen, sondern weil der Gewaltfreie Widerstand wertgeschätzt wird, gehört die Offenheit für die organisierte Wahrnehmung von Fehleinschätzungen und eine selbstkritische Reflexion auf der Basis von Dokumentation, Forschung, Konsultation zum A und O einer friedensfördernden Politik. Auch im Fall der farbigen Revolutionen in Osteuropa und der Arabellion stellt sich die Frage: Welche Fehleinschätzungen zogen welches Scheitern nach sich?

Wieder richten sich die Fragen auch an die externen Akteur*innen: Warum ist es den Unterstützer*innen aus den demokratisch verfassten Staaten nicht gelungen, den Gewaltfreien Widerstand in Syrien vor den Großmächten, ihren Militär- und Rüstungsinteressen und den Waffengeschäften sozial, zivil, gewaltfrei zu verteidigen? Warum waren sie nicht in der Lage, etwas gegen die Internationalisierung der Kämpfe auszurichten, warum konnten sie ihre demokratischen politischen Strukturen nicht für eine friedensfördernde Einflussnahme auf die Gewaltherrschaft in den teils verbündeten, teil verfeindeten Partnerländern gewinnen?

Ein Zwischenfazit

Für die Entwicklung einer friedensstiftenden Form von Sozialer Verteidigung und Gewaltfreiem Widerstand sehe ich Chancen. Entscheidend scheint es mir, den Kampfmodus zurückzudrängen. Denn erstens enthält er immer die Gefahr, in Gewalthandlungen zu eskalieren. Und zweitens blockiert der Kampfmodus den Prozess der Konflikttransformation. Die Zurückdrängung des Kampfmodus scheint mir möglich (1) durch die Verbindung zum breiten Spektrum Ziviler Konfliktbearbeitung, (2) durch die friedensorientierte Vernetzung zwischen lokalen, regionalen und internationalen Akteur*innen sowie (3) durch die Übernahme von Verantwortung für die Anwendung und Einhaltung der friedenslogischen Prinzipien, wo immer sich Gewaltfreier Widerstand gegen Unrecht regt.

Bericht der Arbeitsgruppe im Plenum

Ergebnis: Soziale Verteidigung ist nicht automatisch friedensfördernd!

Forderung: Soziale Verteidigung muss friedenslogisch fortentwickelt und (beides, Soziale Verteidigung und Friedenslogik) nachhaltig, verständlich vermittelt werden

Fragen: Reicht der Übergang von einer Sicherheitslogik zu einer Friedenslogik, um Militär und Rüstung abzuschaffen?

Wie schaffen wir den Rahmen dafür, dass wir Macht- und Herrschaftsstrukturen in der Friedenslogik und Soziale Verteidigung ausreichend hinterfragen? (auch eigene Positionen und Freund-Feind-Schemata)

Sollen wir eine BSV-AG „Soziale Verteidigung friedenslogisch fortentwickeln“ gründen?

Hanne-Margret Birckenbach ist Politologin, Professorin (i. R.) für Europastudien und Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Gießen. Sie arbeitet heute als Friedensforscherin und Mediatorin in Hamburg.

10. „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Friedenssicherung. Ein Szenario bis zum Jahr 2040“

Einleitend erläuterte BSV-Vorstandsmitglied Stephan Brües, dass es in diesem Programmpunkt darum gehen solle, Soziale Verteidigung in eine neue Sicherheitspolitik einzubetten. Die Tagung habe mit einem Rückblick begonnen, danach sei es um die Gegenwart gegangen. Jetzt wollten wir zur Zukunft kommen und überlegen, wie man von einer militärischen zu einer zivilen Sicherheitspolitik kommen könnte. Diese Überlegung hat eine

Arbeitsgruppe der Badischen Landeskirche entwickelt. Ihre Einrichtung war eine Konkretion des friedensethischen Beschlusses von 2013, dass die Kirche sich aufmachen wolle, zu einer Kirche des gerechten Friedens zu werden. Sie arbeitet seit 2015. 2017 fanden zwei Expert*innengespräche statt, bei denen Persönlichkeiten aus Kirche, Wissenschaft und Friedensbewegung gebeten wurden, zu Entwürfen des Papiers Stellung zu beziehen. Dazu gehörten u.a. Prof. Dr. Christoph Weller von der Universität Augsburg, der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Christlichen Kirchen, Dr. Marc Witzenbacher, die Vorsitzende von Church and Peace, OKRin i.R. Antje Heider-Rottwilm, der Mitbegründer von Ohne Rüstung Leben, Pfr i.R. Werner Dierlamm, und Florian Kling vom Darmstädter Signal, der eigentlich kommen wollte. Es gab auch schriftliche Stellungnahmen, u.a. von Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Otmar Steinbicker und Dr. Martina Fischer von Berghof Foundation / Brot für die Welt.⁴³

Das Konzept wurde von Dr. Theodor Ziegler vorgestellt; Jürgen Rose, OTL a.D., vom Darmstädter Signal, antwortete darauf. Bundesministerin a.D. Edelgard Bulmahn von der SPD, die als zweite Diskutant*in eingeladen worden war, musste leider im letzten Moment ihre Teilnahme absagen. Daran schloss sich eine längere Diskussion im Plenum an.



Von links: Theodor Ziegler, Jürgen Rose, Stephan Brües

10.1 Vorstellung des „Ausstiegsszenarios“, entwickelt von einer Arbeitsgruppe in der Ev. Landeskirche Baden

Theodor Ziegler

I. Vorüberlegungen

1. Wenn Carl-Friedrich von Weizsäcker recht hatte, dass die Überwindung des Krieges die Überlebensbedingung im atomaren Zeitalter ist, dann ist es unverständlich, dass nach einem NATO-Beschluss von 2014 (in Newport, Großbritannien) die Militärausgaben bis 2024 auf 2 % des Bruttoinlandproduktes (BIP) angehoben werden sollen. Für Deutschland bedeutete dies eine **Verdoppelung der Rüstungsausgaben**.

Und wenn nun auch noch Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen bei der „Münchener Sicherheitskonferenz 2018“ dazu aufruft, „**das militärische Gewicht auch tatsächlich einzusetzen**, wenn es die Umstände erfordern“ und meint, Deutschland als gefestigte Demokratie dürfe sich **nicht mehr hinter** seiner **Geschichte verstecken**, sondern müsse akzeptieren, dass **Soldaten** für Sicherheit und Freiheit **kämpfen** müssten, dann ist dies Ausdruck einer zunehmenden Militarisation des politischen Denkens und Handelns.

Bürger*innen, die sich dem Friedensgebot in der Präambel des Grundgesetzes verpflichtet fühlen, sich an Menschenrechten orientieren, sollten einer solchen, nun schon seit fast drei Jahr-

⁴³ https://www.ekiba.de/html/content/szenario_sicherheit_neu_denken.html.

zehnten andauernden schleichenden Entwicklung der Akzeptanz kriegerischen Eingreifens nicht tatenlos zusehen. Das badische Szenario „Sicherheit neu denken“ ist ein Versuch, in dieser Situation einen anderen Weg vorzuschlagen.

2. Zu erinnern ist an die UN-Charta mit ihrem **Ziel, die Menschheit von der Geißel des Krieges zu befreien**, oder an mehrere UN-Beschlüsse, eine **allgemeine und vollständige Abrüstung** auf dieser Erde anzustreben. Leider lässt die teils undemokratische UN-Struktur mit den mit Veto-Recht ausgestatteten weltgrößten Militärmächten und Waffenproduzent*innen als ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats eine Realisierung nicht zu. Angesichts der steigenden Kriegsgefahr haben führende Atomwissenschaftler*innen die Weltuntergangsuhr für die Gegenwart auf zweieinhalb Minuten vor Zwölf vorgestellt. Aber auch ohne einen Krieg nehmen Not und Elend als Folge der durch Rüstungsausgaben verbrannten Finanzmittel zu.

3. Die Friedensbewegung mit ihren verschiedensten Organisationen übt seit Jahrzehnten Kritik gegen die Remilitarisierung, gegen Atomwaffen, gegen Auslandseinsätze, gegen Rüstungsexporte – ohne, dass sich etwas grundsätzlich ändert. Und obwohl Umfragen immer wieder bestätigen, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung diese Kritik teilt, scheint dies bei der Wahlentscheidung für den Bundestag keine Rolle zu spielen. Vor die Frage gestellt, ob es nicht Zeit ist, die Bundeswehr abzuschaffen, dürften nach meinen Erfahrungen die meisten Deutschen – ähnlich wie die Schweizer schon zweimal votierten – mehrheitlich gegen eine Entmilitarisierung sein. Dieses Phänomen lässt sich mit dem **Vertrauen in den Mythos erlösender oder schützender militärischer Gewalt** benennen und es korrespondiert mit dem Unwillen, die offenkundige Ineffizienz bzw. Kontraproduktivität militärischer Gewalt zur Kenntnis zu nehmen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

4. Auch scheinen **Gedächtnisverluste bezüglich historischer Zusammenhänge** eine Rolle zu spielen. So wird beispielsweise vielfach nicht mehr erinnert, dass der völkerrechtswidrige Golfkrieg 2003 die Geburtsstunde des Islamischen Staates war, oder die Aktivitäten der britischen und US-amerikanischen Geheimdienste im Nahen und Mittleren Osten seit Ende des Zweiten Weltkrieges legale Regierungen weggeputscht und gefälligen Autokratien zur Macht verholfen haben, zu deren Niederringung dann wieder neue Krieg geführt werden.

5. Auf der anderen Seite dürfte auch die **Unkenntnis über die Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbearbeitung** eine große Rolle spielen. Dass die gewaltfreie Revolution in der ehemaligen DDR nicht das Werk des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl oder des militärischen Drucks der NATO-Staaten war, sondern vor allem den dortigen Friedensgruppen zu verdanken ist. Diese wussten in der Aufnahme von Martin Luther Kings Erfahrungen den Unmut der Bevölkerung über Unfreiheit und Mangelwirtschaft in gewaltfreie Bahnen zu lenken. Leider geriet dies sehr bald wieder in Vergessenheit. Auch wurden diese wichtigen Erfahrungen bislang so gut wie nicht für eine Entmilitarisierung der bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik fruchtbar gemacht.

6. Die größte **Nachdenklichkeit bei militärbefürwortenden Menschen** wird – nach meiner Beobachtung in den vergangenen sechs Jahren – durch die Präsentation der Forschungsergebnisse von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan über den Vergleich gewaltsamer und gewaltfreier Aufstände von 1900 bis 2006 ausgelöst. Das traditionell vermittelte und emotional verankerte Vertrauen in die Wirksamkeit von Waffen wird durch diese Fakten erheblich in Zweifel gezogen. Gäbe es noch mehr solcher anschaulicher Betrachtungen über die mangelnde Zielführung, die negativen Kosten-Nutzen-Analysen und vor allem auch über das daraus resultierende menschliche Leid durch Verletzungen, Tötungen und Flucht, auch bei den sogenannten humanitären und friedensschaffenden militärischen Einsätzen von Bundeswehr und NATO, würde die Skepsis in die militärische Staatsräson noch größer werden.

7. Die m. E. sieben wichtigsten Gründe, warum es notwendig ist, sich für das UN-Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu engagieren sind:

- 1) Weil die modernen Waffen Kriege aus Versehen entstehen lassen können.
- 2) Weil die Gefahr der Eskalation regionaler Konflikte besteht.

- 3) Weil wir in der militärischen Verfügbarkeitsfalle stecken, d. h., weil Waffen vorhanden sind, werden sie auch eingesetzt.
- 4) Weil Militär gegen Terror machtlos ist und weitere terroristische Gewalt hervorruft.
- 5) Weil schon die Vorhaltung des Militärs tötet (Ressourcenvergeudung und ökologische Katastrophe – geschätzt ca. 10% sind der militärische Anteil.⁴⁴
- 6) Weil Aufrüstung die Flucht vor einer gerechten Welt, vor einem fairen Miteinander ist.
- 7) Weil die Bereithaltung von und Drohung mit militärischer Gewalt und deren Anwendung weder mit humanen Werten (Unantastbarkeit der menschlichen Würde) noch mit der biblischen Friedensbotschaft bzw. mit den Intentionen Jesu kompatibel ist.

8. Und trotzdem gibt es häufig die **Reaktion**, eine Entmilitarisierung sei doch illusionär.

Anthropologische Pessimist*innen sagen mit Thomas Hobbes: „Der Mensch ist dem Menschen Wolf.“ Historisch-fatalistische Betrachter*innen bekunden: „Kriege hat es schon immer gegeben!“ Scheinbare Realpolitiker*innen fürchten: „Ohne eine Armee wären wir erpressbar.“ Und vermeintlich Gottesfürchtige meinen: „Wir wollen doch nicht dem Friedenshandeln Gottes vorgehen!“

Doch was ist mit Galileo Galileis Erkenntnis, dass die Erde sich um die Sonne dreht, mit der Abschaffung der Sklaverei, der Gleichberechtigung von Frau und Mann, der Einführung der Demokratie, der Abschaffung der Todesstrafe, dem Rauchverbot in öffentlichen Räumen und vielem mehr? Es gibt viele Innovationen, die erst nach langen Bemühungen Einzelner oder Weniger gegen den erbitterten Widerstand der Nutznießer*innen des vorigen schlechten Zustandes irgendwann zum Durchbruch kamen. Hätte es die Avantgarde dieser Idealist*innen – und oft auch ihre Leiden und Opfer – nicht gegeben, wären diese Innovationen nie Realität geworden.

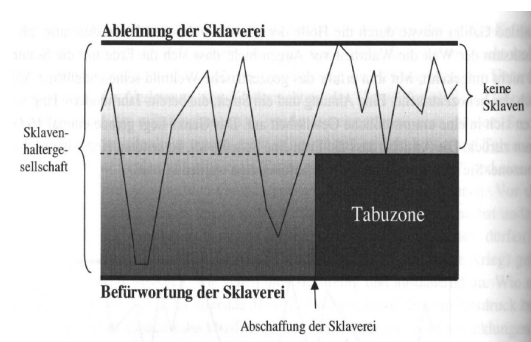
9. Der Politologe und Theologe Egon Spiegel hat diesen Prozess mit dem **Tabuzonen-Modell** beschrieben. Zunächst oszillieren die Einstellungen zu einem umstrittenen Sachverhalt von Befürwortung bis zur totalen Gegnerschaft, mit allen möglichen Zwischenstufen. Dann tritt ein Ereignis ein, das die bisherige Befürwortung in den Tabubereich verschiebt und die kritische Position die einzig erlaubte sein lässt.

Diese tabuauslösenden Ereignisse können entweder von der zahlenmäßigen oder Bedeutungszunahme der Kritiker*innen oder durch übergreifende andere Vorkommnisse hervorgerufen werden. So war es beim Todesstrafenverbot am Ende des NS-Regimes; beim zweiten Atomausstiegsgesetz war es die Kombination vom Super-GAU in Fukushima und der bevorstehenden Landtagswahl in Baden-Württemberg.

II. Das badische Szenario

1. Die friedensethische Position der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurde in der letzten friedensethischen Denkschrift (2007) auf den Begriff der „vorrangigen Option der Gewaltfreiheit“ gebracht. Damit wollte man einerseits der biblischen Friedensbotschaft gerecht werden, andererseits jedoch die realpolitischen Gegebenheiten einer militärischen Landesverteidigung nicht grundsätzlich in Frage stellen.

2. Der **Arbeitskreis Frieden** im Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald war mit dieser seit der konstantinischen Wende gängigen kirchlichen Militärakzeptanz nicht einverstanden, zumal



Tabuzonenmodell von Egon Spiegel in: Nagler, Michael & Spiegel, Egon (2008): Politik ohne Gewalt. Prinzipien, Praxis und Perspektiven der Gewaltfreiheit. Berlin: LIT Verlag Dr. W. Hopf, S.126 (mit freundlicher Genehmigung des Autors)

⁴⁴ Der militärische Anteil am weltweiten Kerosinverbrauch wurde 1990 mit 24% beziffert; siehe MÖP e.V.-Studie in W&F 1990-3. Aufgrund des zwischenzeitlich gestiegenen Luft- und Autoverkehrs habe ich die „ca. 10%“ geschätzt.

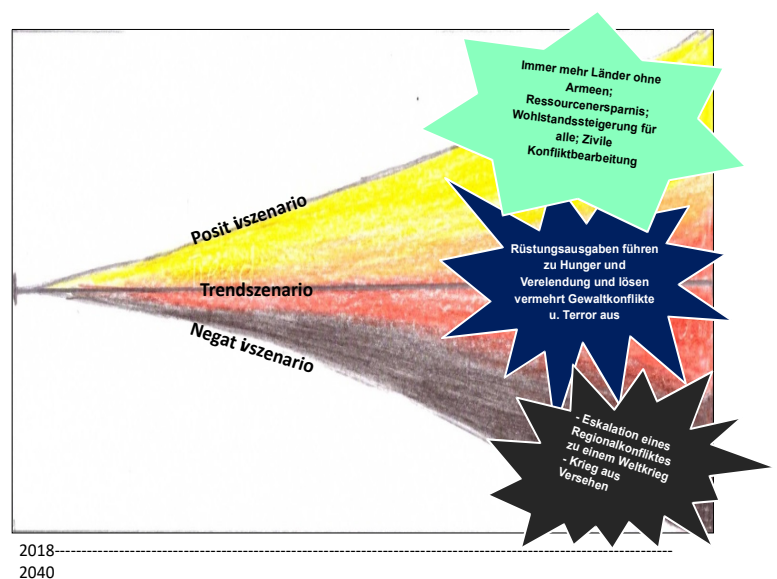
er sie mit der biblischen Friedensbotschaft für nicht vereinbar hält. Auch sah er, bestärkt durch viele historische Beispiele, die Wirkmächtigkeit der Gewaltfreiheit nur dann als gegeben an, wenn die gewaltfreie Option die einzige ist.

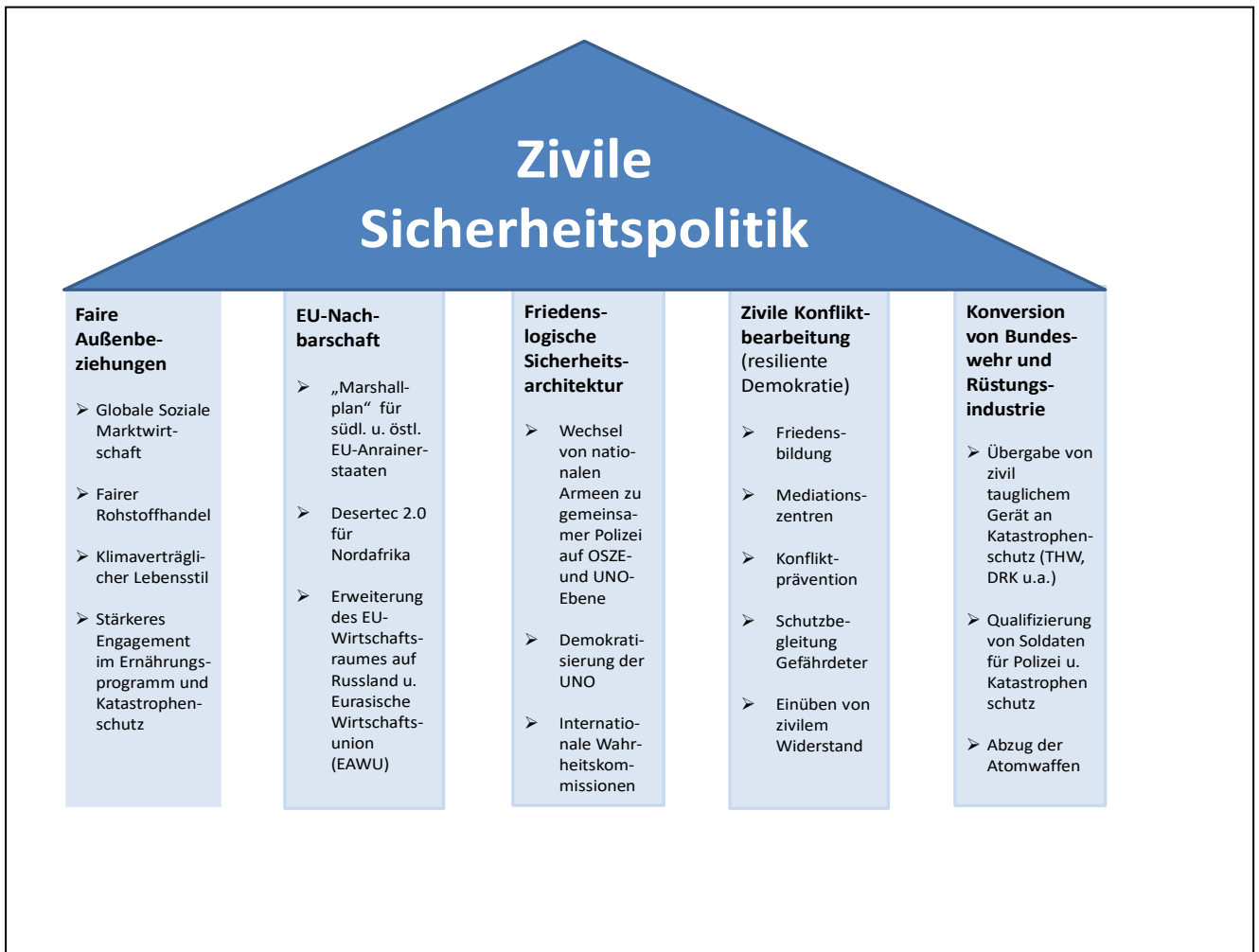
In einer Eingabe im Jahr 2011 an die Landessynode regte der Arbeitskreis an, die friedensethische Position der evangelischen Kirche zu überdenken und gleich dem schon gesetzlich beschlossenen Atomausstieg einen **Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung** zu entwerfen. Nach vorhergehenden Beratungen in den Bezirkssynoden beschloss die Landessynode am 24.10.2013, „Kirche des gerechten Friedens“ werden zu wollen und führte dies in zwölf Konkretionen aus. So soll u. a. Friedensbildung zum Ausbildungsbestandteil kirchlicher Mitarbeiter*innen, die Beendigung der Rüstungsexporte gefordert und – die weitestgehende Konkretion – der Entwurf eines Militärausstiegszenarios erstellt werden. Die dafür vom Evangelischen Oberkirchenrat gebildete Projektgruppe von Personen aus der kirchlichen und verbandlichen Friedensarbeit trat im Herbst 2015 zum ersten Mal zusammen.

3. Es wurde die Szenarientechnik angewandt, die zum einen versucht, den Trendverlauf, die Fortschreibung des Gegenwärtigen vorzunehmen. Zum anderen, als das Negativszenario, wird der schlimmste anzunehmende Fall beschrieben. Als Drittes wird der bestmögliche Fall einer Entwicklung ausgeführt. Der Schwerpunkt wurde auf dieses anzustrebende Positivszenario gelegt.

Dabei konnten die Autor*innen auf viele wissenschaftliche Vorarbeiten wie die Konzepte der Sozialen Verteidigung, der Friedenslogik, der Zivilen Konfliktbearbeitung und viele Praxisansätze wie den Zivilen Friedensdienst, den Aktionsplan der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ aus dem Jahr 2004 oder die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zurückgreifen.

Im Unterschied zum Konzept der Sozialen Verteidigung, das zu Zeiten des Kalten Krieges entstanden ist und speziell eine gewaltfreie Alternative zu militärischen Verteidigungshandlungen sein wollte, ist das Szenario „Sicherheit neu denken“ (Snd) an dem weiten oder positiven Friedensbegriff orientiert. Durch faire Außenbeziehungen, durch eine gute EU-Nachbarschaft mit Nordafrika, dem Nahen Osten und den GUS-Staaten sollen Konflikte strukturell abgebaut oder ganz vermieden werden. Durch eine Verpolizeilichung der internationalen Sicherheitsarchitektur, angefangen auf der OSZE-Ebene mit der Perspektive für die Vereinten Nationen, werden nationale Armeen abgebaut. Soldate*innen und Rüstungstechnik werden für friedensdienliche Zwecke (z.B. Internationales THW, DRK, OSZE-Polizei, Umweltschutz usw.) konvertiert. Die Essentials der Sozialen Verteidigung oder, in der heutigen Sprechweise, der **Zivilen Konfliktbearbeitung**, bilden eine von **fünf Säulen der anzustrebenden Zivilen Sicherheitspolitik**.



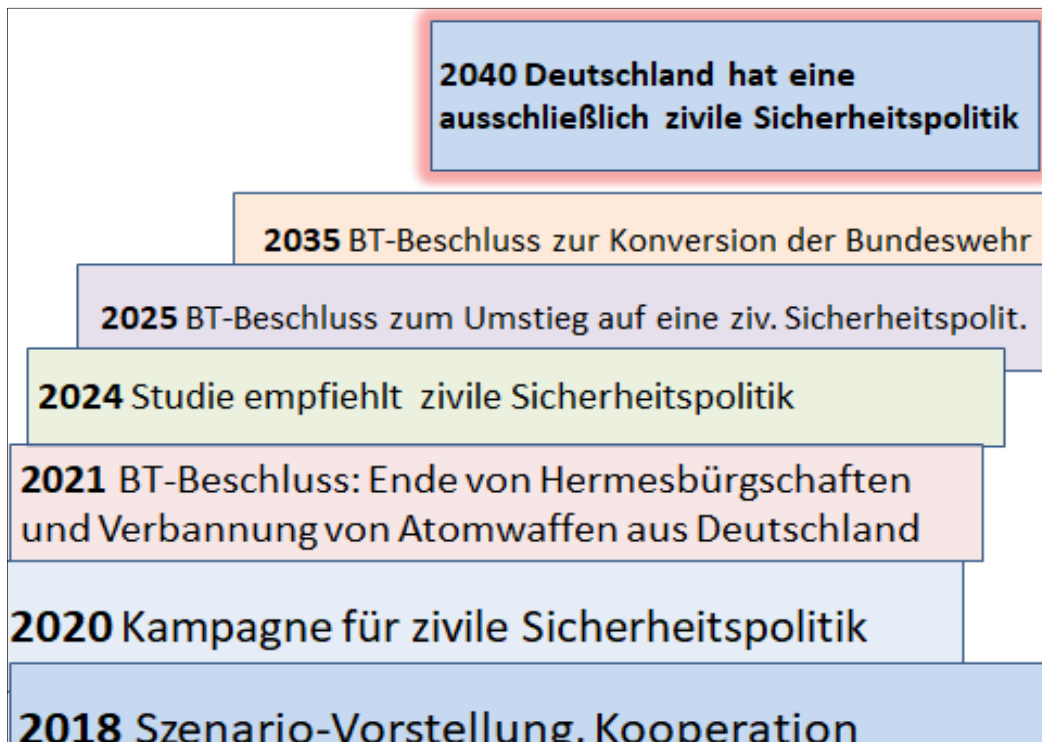


4. Entscheidend für das Zustandekommen der Zivilen Sicherheitspolitik ist der erklärte Wille hierzu. Es bedarf – was bisher sowohl in der Politik, als auch in der kirchlichen Friedensethik fehlt – eines entsprechenden **Leitbildes einer Welt ohne Waffen**. Für die Erreichung dieses Ziels gilt es nun, zeitliche Meilensteine vorzusehen, wie es in anderen Bereichen (Klima, SDGs und eigentlich in jedem Betrieb) selbstverständlich ist. Es gilt auch hier, was der Philosoph Richard David Precht in Bezug auf die Bildungsentwicklung sagte: „Wer etwas verändern will, setzt sich Ziele. Wer etwas verhindern will, sucht Gründe.“

Das ursprünglich an das SDGs-Zieljahr 2030 angekoppelte Zieljahr für das Erreichen einer rein Zivilen Sicherheitspolitik wurde nach Beratungen des ersten Szenario-Entwurf mit Expert*innen verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen auf das Jahr 2040 verlegt.

Angesichts der Bedeutung des Friedens bedarf es eines Bundesfriedensministeriums oder zumindest eines Staatssekretariats im Auswärtigen Amt, das die angestrebte Entwicklung zu einer zivilen Außen- und Sicherheitspolitik plant und seine Verwirklichung koordiniert und evaluiert.

Die wichtigsten Jahreszahlen auf dem Weg zu einer ausschließlich zivilen Sicherheitspolitik:



5. Eine zivile Sicherheitspolitik ist nur auf demokratischem Wege erreichbar. Das heißt, dass viele Bürger*innen, die heute noch das Militär für unverzichtbar halten, gewonnen werden müssen. Dies bedarf einer dialogischen Auseinandersetzung über die Sicherheitspolitik, bei der es gilt, Gemeinsamkeiten auszuloten, Verständnis für das menschliche Sicherheitsbedürfnis zu zeigen, aber auch zu verdeutlichen, dass Sicherheit nur mit möglichen Kontrahent*innen gemeinsam und nicht gegen sie erzielt werden kann. Diese Intensionen waren auch leitend für die im Szenario gewählten Begrifflichkeiten. So haben wir die ursprüngliche, möglicherweise negative Konnotationen assoziierende Benennung „Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung“ konstruktiv durch „Sicherheit neu denken“ ersetzt. Auch schien uns die Gegenüberstellung von Sicherheitslogik und Friedenslogik eher missverständlich zu sein, weil nicht Sicherheit schlechthin, sondern die militärische Sicherheitslogik das Problem zu sein scheint.

6. Wenn man ein Szenario am Beispiel Deutschlands beschreibt, könnte der Eindruck entstehen, dass nun wieder einmal „am deutschen Wesen die Welt genesen“ solle. Wir sind jedoch der Auffassung, dass dieser Einstieg in eine zivile Sicherheitspolitik aus mehreren Gründen von Deutschland ausgehen sollte:

- Wegen der historischen Verantwortung: Wenn ein Land das vermeintliche Recht auf militärische Verteidigung am ehesten verwirkt hat, dann ist dies Deutschland.
- In Deutschland gibt es eine große Friedensbewegung und ein im Vergleich zu anderen Ländern relativ großes pazifistisches Bewusstsein.
- Die bereits entmilitarisierten Staaten wie Costa Rica sind vergleichsweise klein. Insofern könnte eine von Deutschland ausgehende Entwicklung ein starker Impuls für andere größere und kleinere Staaten sein.
- Damit stiege auch das Ansehen Deutschlands als vertrauenswürdiger Makler in anderen Konflikten.
- Wenn Deutschland in der oben beschriebenen zivilen, humanitären Weise seiner oftmals beschworenen „gestiegenen Verantwortung in der Welt“ nachkäme, würde dies dem

Ansehen Deutschlands mehr dienen, als wenn die Entwicklung in dem eingangs beschriebenen militärischen Sinne weiterliefe.

7. Damit es nicht bei der Buchpräsentation „Sicherheit neu denken“ bleibt, sondern eine Entwicklung im Sinne des Szenarios zustande kommen kann, bedarf es der Kooperation aller daran interessierten Organisationen, Institutionen der Friedensarbeit und -forschung und Persönlichkeiten.

8. Da die EKD als Dachorganisation der Evangelischen Landeskirchen Ansprechpartnerin für die Bundesregierung ist, erging vom badischen Forum Friedensethik und der Arbeitsstelle Frieden 2016 der von 3.000 Menschen unterzeichnete **„Karlsruher Aufruf an die EKD“**. Darin wird gefordert, die EKD möge sich ein Friedensleitbild zur Überwindung des Krieges geben und sich für eine friedenslogische Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen. Nach einer Vorbereitungs-kon-sultation in diesem Jahr will sich die EKD-Synode nun 2019 auf einer friedensethischen Schwer-punkttagung mit unserem Anliegen befassen. Wir hoffen, dass dieses Szenario „Sicherheit neu denken“ der anstehenden friedensethischen Diskussion neue Impulse und Perspektiven liefern kann. Nach einer breiten zivilgesellschaftlichen Diskussionsphase sollte das Szenario in einigen Jahren auch in den politischen Diskurs eingebracht werden.



„Zielfoto“ für 2040 oder früher

Alle Grafiken von Theodor Ziegler, mit Ausnahme des Tabuzonen-Modells von Egon Spiegel, der ihm die Abdruckerlaubnis erteilt hat.

Verschriftlichung des mündlichen Power-Point-Vortrages von Dr. Theodor Ziegler bei der Jahrestagung des BSV am Samstag, 21. April 2018 in Braunschweig. Theodor Ziegler ist Religionspädagoge, Mitglied im Leitungskreis des Forums Friedensethik in der Evang. Landeskirche in Baden und in der Projektgruppe des obigen Szenarios.

10.2 Erwiderung von Jürgen Rose, Darmstädter Signal

Vielen Dank für die freundliche Einladung, die mich ein bisschen kurzfristig und überraschend ereilt hat. Ich hatte trotzdem noch die Chance, kurz vor Beginn der Tagung das Papier, welches Theo Ziegler vorgestellt hat, zur Kenntnis zu nehmen und zu analysieren.

Falls Sie sich fragen, welche Bedeutung der Button hat, den ich trage: Er symbolisiert das „Darmstädter Signal“. Dieses wurde 1983 vom mittlerweile verstorbenen Bundeswehrmajor Helmut Prieß gegründet, im Kontext bzw. in Analogie zum zivilgesellschaftlichen „Krefelder Appell“. Es sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass es in der Bundeswehr viele Soldaten gab – Soldatinnen hatten damals mit dem direkten militärischen Einsatz nichts zu tun –, die ähnliche Befürchtungen bezüglich des nuklearen Hochrüstungswahnsinns hatten wie die Zivilgesellschaft. Vermutlich erfolgte die Gründung des Signals in Darmstadt, weil es dort eine Schule des Heeres für Erziehung gab, wo sich kritisches Potenzial angesammelt hatte. Unter anderem haben Soldaten, zum Entsetzen der damaligen militärischen Führung, die Einführung von Soldatenräten gefordert. Seit 1983 begleiten wir vom Darmstädter Signal kritisch die Außen- und Sicherheitspolitik der jeweiligen Bundesregierungen. Wir haben uns mehrfach ziemlich exponiert – man denke an die Debatte um das berühmte Tucholsky-Zitat „Soldaten sind Mörder“. Dadurch waren einige Kameraden verteidigungsministerieller Rachsucht ausgesetzt, aber wir sind dennoch bis heute tätig. Vor wenigen Wochen haben wir in Königswinter getagt und dort Kurt Tucholsky zum Ehrenmitglied des Signals erkoren. Da ich selber Mitglied der Kurt Tucholsky-Gesellschaft bin, erteilte mich der Auftrag des Vorsitzenden der Gesellschaft, Dr. Ian King, Kurt Tucholsky als Militärreformer zu untersuchen. Zunächst hatte mich dies sehr erstaunt, weil Tucholsky lediglich als dezidiertem Militärkritiker galt. Doch wenn man seine einschlägigen Schriften in Beziehung zu dem Reformkonzept der „Inneren Führung“ des Generals, Friedensforschers und Militärphilosophen Wolf von Baudissin setzt, dann findet man eine Vielzahl extrem überraschender Analogien. Zwar ist nicht nachweisbar, dass Baudissin Tucholsky an irgendeiner Stelle zitiert hätte, doch förderte meine Untersuchung sehr interessante Resultate zutage. So hatte Tucholsky beispielsweise die „Vereinigten Staaten von Europa“ gefordert. Dementsprechend haben wir ihn auch nicht für sein „Mörderzitat“, sondern aufgrund seines Eintretens für den Frieden in einem vereinten Europa zum Ehrenmitglied des Darmstädter Signals ernannt.

Ich diente insgesamt 33 Jahre bei der Bundeswehr und wurde schlussendlich wegen einer sogenannten „Anpassungsstörung“ für dienstunfähig erklärt. Ich wollte mich eben der Angriffskriegspolitik der rot-grünen Friedensverräter*innen und der späteren nachfolgenden schwarz-gelben nicht anpassen. Als Angriffskriegsverweigerer hat man freilich wenig Spielraum in der Truppe. Ich finde es trotzdem sehr charmant, wenn mir als Soldat die Frage gestellt wird, was ich von der Abschaffung des Militärs halte. Da gibt es durchaus Anknüpfungspunkte, da ich ein glühender Verehrer des größten deutschen Philosophen namens Immanuel Kant bin. Wer wissen will, wie ein Friedensprogramm bzw. -projekt funktionieren kann, der kann das Schwarz auf Weiß nachlesen. Es ist gar nicht notwendig, einen Text von 162 Seiten zu verfassen. Es reicht auch ein kleines Reclam-Heft mit 70 Seiten. Kant schrieb sein Traktat „Zum ewigen Frieden“ im Jahr 1795. Im 3. Präliminarartikel steht folgendes: „Denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg, durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen; reizen diese an, sich einander in Menge der Gerüsteten, die keine Grenzen kennt, zu übertreffen, und, indem durch die darauf verwandten Kosten der Friede endlich noch drückender wird als ein kurzer Krieg, so sind sie selbst Ursache von Angriffskriegen, um diese Last loszuwerden; wozu kommt, dass zum Töten, oder getötet zu werden in Sold genommen zu sein einen Gebrauch von Menschen als bloßen Maschinen und Werkzeugen in der Hand eines andern (des Staats) zu enthal-

ten scheint, der sich nicht wohl mit dem Rechte der Menschheit in unserer eigenen Person vereinigen lässt.“⁴⁵

Insofern finde ich als Kant-Verehrer den Gedanken und die Beschäftigung mit der Frage, wie wir die stehenden Heere loswerden können, sehr wichtig und sehr richtig. Wenn man weiterliest, sagt Kant freilich auch: „Ganz anders ist es mit der freiwilligen periodisch vorgenommenen Übung der Staatsbürger in Waffen bewandt, sich und ihr Vaterland dadurch gegen Angriffe von außen zu sichern.“ Wenn er dann zu den Definitivartikeln seines Entwurfs kommt, dann geht es los mit der Feststellung: „Der Friedenszustand unter Menschen, die nebeneinander leben, ist kein Naturzustand. Er muss also gestiftet werden.“ Das ist der zentrale Punkt. Allerdings bin ich entschieden der Auffassung, dass man sich mit der Frage der Gewaltfreiheit in diesem Kontext befassen muss. Kant ist auf jeden Fall kein Vertreter oder Verfechter der Idee der Gewaltfreiheit, sondern ganz im Gegenteil. An einer weiteren Stelle sagte er: „Die Welt wird keineswegs dadurch untergehen, dass der bösen Menschen weniger wird.“ Er hat auch für die Todesstrafe plädiert, was ich persönlich für schwierig halte, aber es ist konsistent in seinem Denken. Laut Kant funktioniert Gewaltfreiheit nicht. Generell bildet Gewalt eine Konstitutionsbedingung menschlichen Zusammenlebens auch im Friedenszustand. Wenn man sich Kant anschaut, unterscheidet sich Frieden und Krieg nicht dadurch, ob Gewalt angewandt wird oder nicht, sondern ob Gewalt **rechtmäßig** angewandt oder nicht. Das ist der springende Punkt. Der Friedenszustand definiert also einen Zustand, wo Recht und Gesetz herrschen.

Darauf, dass Frieden kein gewaltfreier Zustand ist, verweist übrigens auch unser Grundgesetz. Wenn man in die Präambel schaut, dann findet sich dort der Begriff der Gewalt. Nicht im Sinne der Militärgewalt, aber im Sinne der Staatsgewalt. In der Präambel zum Grundgesetz heißt es: „... von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben“. Recht und Gesetz sind immer verknüpft mit ihrer Durchsetzungsfähigkeit. Diese Durchsetzungsfähigkeit bedingt Gewalt, und wenn man sich den Artikel 1 des Grundgesetzes anschaut, dann steht da geschrieben: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Da ist der Gewaltbegriff sehr konkret, weil es da um Rechtsdurchsetzung geht. Hier in diesem Raum leben wir in einem Friedenszustand untereinander. Wir diskutieren zivilisiert miteinander. Das ist aber dadurch abgesichert, dass es Regeln gibt, die durchgesetzt werden. Wir alle sind praktisch ständig von einer Sphäre der Gewalt umgeben. Die Polizei repräsentiert auch Gewalt und zwar massiv, bis hin zur tödlichen Gewalt. Selbst bei Eurem Konzept habe ich nicht festgestellt, dass Ihr Polizei abschaffen wollt, sondern ganz im Gegenteil. Es wird sogar eine Verpolizeilichung gefordert. Selbst auf der Ebene der OSZE wird eine Verpolizeilichung von Vancouver bis Wladiwostok gefordert. Und die Polizei ist nicht mit Wattebällchen ausgerüstet. Sie wendet gegen Regelbrecher*innen und Normverletzer*innen Gewalt an. Das ganze Justizsystem konstituiert ebenfalls eine Gewaltstruktur. Wenn Sie vor Gericht erscheinen, dann werden Sie in Handschellen vorgeführt. Wenn ich Handschellen oder Fußfesseln angelegt habe, dann ist das schiere Gewaltanwendung, die mir und meinem freien Willen angetan wird. Im Gefängnis herrscht erst recht Gewalt. Also leben wir in einer gewaltförmigen Gesellschaft, die abgesichert wird durch Gewalt. Im Grunde genommen kann ich keine ernsthafte Forderung erkennen, dieses System zur Disposition zu stellen.

Ungeachtet jener nahezu omnipräsenten Gewaltstrukturen fokussiert sich Euer Konzept fast ausschließlich auf den militärischen Sektor, obwohl es sich bei diesem lediglich um einen ganz spezifischen Sektor von Gewalt und Gewaltanwendung handelt. Ich finde es durchaus wichtig, das zu tun. Worum es mir indes zentral geht, und was ich auch in der Charta der Vereinten Nationen angelegt sehe, ist, eine Verpolizeilichung von Militär zu erreichen. Das Militär muss demnach nicht unbedingt abgeschafft, sondern in diesem Sinne transformiert werden.

⁴⁵ Dies und die folgenden Kant-Zitate nach: https://www.textlog.de/kant_frieden.html, Rechtschreibung unverändert gelassen.

Das wiederum korrespondiert hervorragend mit unserer Führungsphilosophie in der Bundeswehr, nämlich mit dem von mir schon erwähnten Konzept von Wolf Graf von Baudissin, nämlich der Inneren Führung mit ihrem Leitmodell des Staatsbürgers in Uniform. Baudissin spricht wortwörtlich von der „Entmilitarisierung des soldatischen Bewusstseins“. Das halte ich für ziemlich revolutionär. Angesichts des militaristischen Größenwahns, des Schwertglaubens, dem dieses Land von 1870 bis 1945 gefrönt hat, stellt es eine revolutionäre Forderung dar, die Entmilitarisierung des soldatischen Selbstverständnisses zu verlangen und zugleich auch eine Demokratisierung der Streitkräfte zu fordern. Baudissin bezeichnete es als eine Binsenweisheit, dass Demokratie nicht am Kasernenhof aufhört. Leider ist der Zustand so, dass genau dieser Ansatz, welcher in seinem Konzept angelegt war, bis heute so nicht realisiert wurde. Niemand redet heutzutage mehr von der Demokratisierung der Bundeswehr. Das aber wäre ein extrem wichtiger Schritt auf dem Weg zum Frieden. Aus vielerlei Gründen wird gar nicht mehr gefragt und gesucht nach potentiellen Freiräumen für demokratische Willensbildung innerhalb dieses militärischen Apparates. Ein General befiehlt eben lieber, als dass er diskutiert. Daher sind gesetzliche Regelungen erforderlich, um ihn dazu zwingen. Wir haben mittlerweile ja unter anderem gesetzliche Dienstzeitregelungen, Personalvertretung und Mitbeteiligungsrechte. Das alles ist ungemünzt wichtig, aber dennoch wurde der ohnehin verloren gegangene Grundgedanke einer Demokratisierung der Streitkräfte nach dem Ende des Kalten Krieges noch tiefer verschüttet, als nämlich der Schwertglaube mit Furore wieder Einzug gehalten hat, und zwar, ich wiederhole es nochmals, maßgeblich vorangetrieben von den rot-grünen Friedensverräter*innen. Der Begriff Friedensverrat ist ein Terminus technicus, der bis vor kurzem noch im deutschen Strafgesetzbuch stand.

Das gilt auch für die heutige Bundesregierung, wenn sie sich regierungskriminell betätigt. Letzteres tat unsere Kanzlerin, und nicht zum ersten Mal, als sie kürzlich den völkerrechtswidrigen Angriff der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf Syrien als angemessen und notwendig bezeichnet hat. Für mich ist das Aufstacheln zum Angriffskrieg, § 80a StGB. Ich finde es übrigens schade, dass gestern der Mythos von Gerhard Schröder, der „Nein!“ gesagt haben soll zum Krieg gegen den Irak, weiter gepredigt wurde. Es handelt sich dabei um einen groben Unfug, der seit Jahren unser Land durchzieht. Schröder hat zwar in Goslar den US-Amerikanern sein „Nein!“ entgegengepölkert, allerdings zu einer Forderung, die sie gar nicht gestellt hatten. Denn die Deutschen sollten nicht ihre Bundeswehr in den Golfkrieg schicken. Die Bundesregierung sollte das Territorium dieser Republik bereitstellen, damit die US-Amerikaner mit einer Koalition der Willigen ihren Angriffskrieg gegen den Irak und seine Menschen führen konnten. Und dies hat die Bundesregierung in der Folge willfährig und vorbehaltlos getan.

Aus meiner Sicht muss es um die Verrechtlichung der internationalen Politik gehen. Wenn ich Frieden schaffen will, muss ich Recht schaffen. Um Recht zu schaffen, brauche ich die notwendigen Instrumente dafür. Dabei darf man nicht auf unterkomplexe Weise auf der instrumentell-organisatorischen Ebene ansetzen. Ich halte es für eine große Illusion zu glauben, es könnten keine kriegerischen Konflikte mehr geführt werden, wenn man sich nur des Instrumentes des Militärs entledigte. In Ruanda gab es kein Militär und trotzdem wurden binnen weniger Tage 800.000 Menschen massakriert. Dass das Militär auch Kriege führt und zur Kriegsführung geeignet ist, ist klar, und wenn ich mehr Frieden will, muss ich darüber nachdenken, wie ich das Militär zivilisiere, das ist auch klar. Wie reduziere ich Kapazitäten? Wie rüste ich ab? Wie gestalte ich das aus? In diesem Kontext bildet einen der herausragendsten Punkte, der gefordert werden muss, die Entnationalisierung der militärischen Apparate. Also Abschaffung der nationalen Armeen innerhalb eines vereinten Europas. Wenn der Schritt dann heißt, wir machen eine europäische Armee, dann ist mir das immer noch lieber, als wenn wir beim Status quo verhaftet bleiben. Denn wenn die Zustimmung von 27 Mitgliedsstaaten und eines europäischen Parlamentes erforderlich ist, um so eine Truppe überhaupt einsetzen zu können, dann ist dies erheblich friedensfördernder als der Zustand, den wir momentan haben, wo nämlich die Verfügungsgewalt über die Streitkräfte in nationaler Hand liegt.

Was die UNO angeht, so besteht immer die Gefahr, dass sie falsch oder illusionär betrachtet wird. Die UNO ist nämlich überhaupt kein Pazifist*innen-Club, ganz im Gegenteil. Wenn ich mir die UNO-Charta ansehe – Kapitel VII – dann finde ich dort militärische Elemente von ganz erheblichem Gewicht, mit ständigem Generalstabsausschuss, mit Luftstreitkräften, die ständig zur Verfügung zu stellen sind usw. Von dieser Warte aus betrachtet sollte primär die Frage gestellt werden, wie das Militär schrittweise nach und nach reduziert werden kann. Deshalb halte ich den Ansatz der Badischen Kirche für problematisch. Er ist mir zu national gedacht, im Grunde nahezu national-autistisch. Er ignoriert vollkommen, dass die Bundesrepublik Deutschland in puncto Sicherheits- und Außenpolitik sowie Außenwirtschaftspolitik in internationale Bezüge eingebettet ist. Hierzulande findet Wirtschaftspolitik nicht mehr national statt und Sicherheitspolitik auch nicht. Der AKW-Ausstieg konnte noch funktionieren, weil die Energiewirtschaftspolitik noch national strukturiert ist. Eine Abschaffung der Bundeswehr ginge schon gar nicht, weil die Sicherheitspolitik multinational in Bündnisstrukturen stattfindet. Die Bundesrepublik Deutschland ist in der EU, mittlerweile wurde eine europäische Verteidigungsunion auf den Weg gebracht, auch ist Deutschland schon ewig in der NATO usw. Nationale Alleingänge zur Abschaffung des Militärs können demzufolge nicht funktionieren, selbst wenn man es gerne so hätte.

Ich halte das Konzept der Badischen Kirche letztlich sogar für apolitisch, weil es systematisch unterschätzt, dass politisches Handeln, egal ob auf der nationalen oder internationalen Ebene, bestimmt ist vom Interessenpluralismus unterschiedlichster Akteur*innen. Diese verfolgen mitunter knallharte egoistische Interessen, die nicht universalisierbar sind, die nicht am Bonum commune orientiert sind, die völlig asozial, unökologisch und nur am Profit orientiert sind. Dieser Aspekt der Geoökonomie wird in dem Konzept nicht vollständig, aber systematisch unterbeleuchtet. Internationale Politik war Geoökonomie, ist Geoökonomie und bleibt stets Geoökonomie.

Die USA stellen die größte Bedrohung der internationalen Sicherheit dar. Sie unterhalten nicht 800-1000 Militärbasen auf diesem Planeten, weil sie der Welt demonstrieren wollen, wie toll ihr Militär ist, also nicht aus Selbstzweck, sondern um ihre Märkte zu garantieren, abzusichern und die Profitinteressen ihrer Konzerne durchzusetzen. Salopp formuliert, die 800 Militärbasen existieren, damit Coca-Cola seine Plörre verkaufen kann.

Ich halte das Konzept der Badischen Kirche zudem für dirigistisch oder autoritär, geschrieben nach dem Motto: „Wir wissen, was gut für Euch ist.“ Es gab einmal einen Mann namens Andrei Andrejewitsch Gromyko⁴⁶ mit seinem berühmten Zitat: „We make them happy whether they like it or not.“ In einer derartigen Haltung sehe ich eine große Gefahr. Ich finde es in Ordnung, solche Forderungen und Überlegungen anzustellen, aber es wird der Anspruch erhoben, die gesamte Gesellschaft in diesem Sinne umzukrempeln. Wenn man das jetzt böswillig sieht, dann könnte man das als indoktrinatives Element bezeichnen. Pädagogik kann ich ja auf verschiedene Arten und Weisen anwenden, Kompromiss oder Konsens. Ich habe ein Stück weit den Eindruck, dass eine Überwältigungspädagogik mit Eurem Konzept verbunden sein könnte. Was allerdings nicht ausschließt, dass man sich Ziele setzt. Der Diskurs muss aber frei bleiben. Diejenigen, die sagen, „Moment, wir haben da Probleme, wir sehen da andere Lösungsmöglichkeiten, auch wenn wir uns im Ziel vielleicht sehr nah sind“, müssen ebenfalls ihren Platz finden.

Der letzte Punkt, den ich noch einbringen wollte, betrifft den Entstehungszusammenhang dieses Papiers. Was mir als Soldat auffällt, ist, dass solch ein umfassendes Konzept von Leuten gemacht wird, die aus der Kirche kommen. Wenn ich mir angucke, wie sich die Kirche zum Militär verhält, habe ich gravierende Probleme, denn sie segnet immer noch die Waffen. Es stand ja nicht umsonst dereinst auf dem Koppelschloss der deutschen Wehrmacht „Gott mit uns“. Beide Kirchen sind vor dem Hintergrund, dass es sich bei der christlichen Glaubenslehre um ein Friedens- und Gewaltfreiheitskonzept handelt, bis heute nicht in der Lage, klar zu sagen, wir lehnen Mili-

⁴⁶ Russischer Außenminister von 1957 bis 1985.

tär ohne Wenn und Aber ab. Ein ernst genommener Friedensauftrag der Kirche ist freilich viel wichtiger als Soldat*innen mit Militärseelsorge in den Einsatz zu begleiten.

Die Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) bilden die Exekutiv- bzw. Exekutionstruppe dieser Republik. Ich betrachte allein schon die Existenz dieser Truppe als einen demokratiepolitischen Skandal, weil sie de facto dem Parlamentsvorbehalt entzogen ist. Das Bundesverfassungsgericht indes hatte geurteilt, dass bewaffnete Einsätze deutscher Streitkräfte im Vorhinein immer der konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestages bedürfen. Das ist im Falle des KSK nicht gegeben. Selbst hinterher wird die deutsche Öffentlichkeit nicht informiert. Es steht völlig in der Willkür des Ministers oder der Ministerin, ob und inwieweit sie die Parteivorsitzenden, die Fraktionsvorsitzenden oder die Obleute im Verteidigungsausschuss der Fraktionen informiert. Wir als Staatsbürger*innen dürfen zwar Einsätze finanzieren, aber nicht erfahren, was da genau vor sich geht. Das ist demokratiepolitisch schlechterdings unhaltbar. Diesbezüglich erwarte ich eine klare Stellungnahme der Kirchen. Darüber hinaus muss endlich Schluss sein mit diesem Schwachsinn, dass Soldat*innen sich im seligen Stande befinden. Das kommt von Luther. Ich persönlich halte es für Gotteslästerung, wenn dieser Kerl sagt: Bringt alle Bauern um, damit seid ihr die Vollstrecker des göttlichen Willens, und ihr seid dafür nicht verantwortlich.

Was ich zweckmäßiger fände anstelle eines derartig ambitionierten Konzeptes, wie es die Badische Kirche vorlegt, wäre zu versuchen, zunächst in der Kirche selbst durchzusetzen, dass sie sich zur Gewaltfreiheit und zur Abschaffung des Militärs positioniert. Wenn dies schon die Kirche nicht schafft, wie sollte es dann in der ganzen Gesellschaft und im gesamten Staat gelingen. Das ist eines meiner hauptsächlichen Probleme mit dem Papier der Badischen Kirche.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Jürgen Rose, Dipl. Päd. und Oberstleutnant a.D., ist Vorstandsmitglied vom Arbeitskreis Darmstädter Signal. Er sprang kurzfristig ein, als der Sprecher des Darmstädter Signals, Hauptmann Florian Kling, aus persönlichen Gründen absagen musste.

Der Beitrag wurde von der Tonaufnahme des mündlichen Inputs verschriftlicht.

10.3 Diskussion im Plenum

Zum Einstieg reagierte Theodor Ziegler auf Jürgen Rose. Er widersprach dem von Rose angesprochenen Kant'schen Menschenbild. Er bezweifelte, dass nur die Gewalt Menschen dazu bringe, friedlich miteinander zu leben. Die meisten Menschen hielten sich aus Einsicht an Regeln. Um die letzten 5 % müssen Gerichte, Polizei, Sozialarbeiter*innen usw. sich kümmern. Die überwiegende Zahl der Menschen – nicht nur bei uns, sondern überall – wolle in Frieden und Sicherheit leben will, und habe überhaupt kein Interesse, sich in Konflikte hineinziehen zu lassen. Das Ziel des Szenarios sei es, einen Weg aufzuzeigen, wie man mit Konflikten, die trotzdem entstehen, fertigwerden kann. Dafür brauche man kein Militär, sondern eine spezielle Polizei. Der Hauptunterschied: Polizei hat grundsätzlich den Auftrag, andere Menschen zu schützen, darf Gewalt nur zum Selbstschutz anwenden oder wenn jemand anderes Nothilfe braucht. Bei der Polizei sei Gewalt die Ausnahme, für die ich mich rechtfertigen muss, beim Militär ist es das Normale.

Rose hatte auch die Deutschland-Bezogenheit des Konzepts kritisiert. Ziegler erwiderte, dass dies zutreffe, aber „nicht, weil wir uns für den Mittelpunkt der Welt halten, sondern weil wir aus historischer Verantwortung sagen, wir fangen einmal hier an“. Rose wandte später in der Diskussion darauf ein, dass die Reaktion der europäischen Nachbar*innen auf einen deutschen Sonderweg mit einbezogen werden müsse. Und man müsse auch bedenken, dass derzeit die Tendenz hin geht zu einer Militarisierung der EU und der Schaffung einer europäischen Armee.

In der weiteren Debatte wurden folgende Punkte angesprochen:

- Menschen aus dem Militär wie Jürgen Rose gewinnen, an der Weiterentwicklung des Szenarios mitzuarbeiten und zu beraten, wie man mit dem Militär zusammen zu einer Demilitarisierung kommt und „Sicherheit neu denkt“.
- Den Begriff der Friedenslogik aufgreifen – zwar können sich meistens Leute mehr unter Sicherheit vorstellen als unter Frieden,

Costa Rica: Gleich zwei Armeen abgeschafft

Roland Vogt

Ich möchte eine kurze Geschichte vortragen, die nicht länger als drei Minuten dauert, und habe darum gebeten, dass ich das darf. Und zwar war ich als frischgebackener Bundestagsabgeordneter auf einer Tagung in San José in Costa Rica. Da trat ein Mann ans Mikrofon und sagte: Ich habe in meinem Leben nicht nur *eine* Armee aufgelöst, sondern *zwei*. Das war José Figueres Ferrer. Ich habe ihn in der Pause gefragt: Sagen Sie, wie kamen Sie denn dazu? Er sagte: Als junger Student in den USA kam mir eine Quäkerschrift in die Hände. Da stand drin, man müsste doch eigentlich auch mal Staaten ohne Armeen schaffen können. Und da habe er sich im Stillen gesagt, falls ich mal was zu sagen habe, was er als junger Student für unwahrscheinlich hielt, dann möchte ich das mal zu Hause machen. Die Umstände kann ich jetzt aus Zeitgründen nicht länger schildern. Wie die Dinge so spielten, war er dann in einer bestimmten Bürgerkriegssituation der Anführer der siegreichen Armee in Costa Rica, immerhin ein Kampf, der 1.200 Tote forderte, was für ein solch kleines Land natürlich sehr viel ist. Er hat sich dann der Quäkerschrift erinnert und hat folgendes erreicht, wofür er auch die erforderliche Mehrheit hatte: Er hat die erfolgreiche Bürgerkriegsarmee und die Armee des Staates abgeschafft. Er hat gesagt, wir brauchen jetzt keine Soldat*innen mehr, wir brauchen vor allem Lehrer*innen. Die Soldat*innen haben sie umschulen lassen - man kann sich vorstellen, die armen Schüler*innen – und sie haben sie dann durch das ganze Land geschickt. Das war dann auch ein guter Beitrag zur Volksbildung. Der zweite Geniestreich war, dass er diesen Status in der Verfassung hat festschreiben lassen. Ihr wisst: Eine Zweidrittel-Mehrheit ist nicht so leicht wieder rückgängig zu machen. Und trotz aller Bemühungen vor allem der USA, sie zur Wieder-Abschaffung dieses Status zu bewegen, und der Einbettung des Staates in eine schwierige Konstellation von Bündnissen in Mittelamerika, haben sie widerstanden. Soweit zur Abschaffung einer Armee in einem Land. Man kann sogar zwei abschaffen.

aber gerade deshalb sei es wichtig, den Friedensbegriff zu stärken.

- Zum Unterschied zwischen Militär und Polizei berichtete eine Teilnehmerin von einer Tagung von Mitarbeiter*innen der Bundeswehr, der Entwicklungs- und der Friedensarbeit, dass ein Offizier klar gesagt habe, die „Kernkompetenz von Soldaten ist das Töten von Menschen“, und dass man darum nicht herumreden solle. Sie empfahl deshalb, lieber Soldat*innen zu anderen Berufen umzuschulen als sie in einem anderen Umgang mit Menschen zu unterrichten.
Jürgen Rose reagierte indirekt hierauf, als er in seinem Abschlusswort sagte, dass die Hauptfunktion von Militär Abschreckung sei. In den Augen von Soldat*innen habe das Militär im Grunde versagt, wenn Abschreckung nicht funktioniert habe.
- Es fehlt in dem Papier die große Rolle der Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge und vertrauensbildender Maßnahmen.
- Es fehlen das Thema Geschlechtergerechtigkeit, militarisierte Männlichkeit/ Weiblichkeit und ein Bezug auf die UN-Resolution 1325. Dabei gebe es sehr viele Ansatzpunkte für eine Genderperspektive: 1. Analyse von Gewaltstrukturen; 2. warum gibt es Militär und wie wird es gestützt; 3. bei der Vermittlung an Politiker*innen.
- Warum taucht der Begriff der Sozialen Verteidigung nicht auf?
Hierauf antwortete Theo Ziegler, dass man das Konzept der SV rein historisch und ohne Relevanz für heute gesehen habe. Deshalb spreche man lieber von Ziviler Konfliktbearbeitung. Auch gehe es der Arbeitsgruppe aus der Landeskirche um die Vermittelbarkeit ihrer Vorschläge. Eine neue Sicherheitspolitik oder Friedenspolitik könne – anders als die Bundeswehr, die autoritär von oben eingesetzt wurde – nur demokratisch mit dem Willen einer Bevölkerungsmehrheit erreicht werden. Deshalb suchten sie nach Anknüpfungspunkten, die auch für Nicht-Pazifist*innen nachvollziehbar sind.
- Ein Argument, das eingebracht werden könnte, sind die ökonomischen und ökologischen Kosten von Militär. Eine Flugstunde eines Kampffjets entspreche zehn Jahren Autofahren. Jürgen Rose stimmte dem zu und wies darauf hin, dass in Afghanistan sieben Mal mehr für den Militäreinsatz als für den zivilen Wiederaufbau ausgegeben wurde.
- Das Konzept beruhe auf einer Reihe von Faktoren, die Bevölkerung einzubeziehen und zu befähigen, sich in politische Prozesse im eigenen Land einzumischen. „Wie wollt ihr die Mächtigen überzeugen, dass sie der eigenen Bevölkerung so viel Macht gibt?“, wurde gefragt.
- Es gibt derzeit eine beinahe weltweit zu beobachtende Militarisierung von Polizei, sowohl was ihre Bewaffnung wie ihr Vorgehen angeht. Es werde viel schneller geschossen als früher.
- Forderungen der Friedensbewegung wie die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags, Austritt aus der NATO oder das Verbot aller Angriffswaffen sollten aufgegriffen werden.

11. Ausblick

Zusammenfassend sollen ein paar Punkte aus den Ergebnissen dieser Tagung thesenartig hervorgehoben werden.

1. Soziale Verteidigung hat als Alternative zu militärischer Verteidigung heute weiterhin Relevanz – durchgehend in anderen Ländern, in Europa angesichts der jüngsten Spannungen zwischen der NATO und Russland wieder.
2. Soziale Verteidigung ist aber kein „Allheilmittel“ und benötigt konzeptionelle wie praktische Weiterarbeit. Dazu gehört ihre „Friedensverträglichkeit“: Selbst keine Gewalt anzuwenden, reicht nicht aus, um Frieden zu schaffen. Dazu braucht es den Dialog mit der gegnerischen Partei, was auch von Protagonist*innen Gewaltfreier Aktion manchmal vergessen wird.
3. Innergesellschaftliche Konfliktbearbeitung ist ebenso wichtig wie die Forderung nach Entmilitarisierung. Den massiven Konflikten und Gräben, die sich in den meisten Ländern auch in Europa aufgetan haben, sollte mit gewaltfreien Mitteln entgegengetreten werden. Ob das als SV bezeichnet werden kann, darüber gingen in Braunschweig wie in Minden vor 30 Jahren allerdings die Meinungen auseinander.
4. Das Ausstiegsszenario aus der Badischen Landeskirche ist ein möglicher Ansatz, über die Kirchen breite Bevölkerungsschichten für eine neue Debatte über Friedenspolitik zu gewinnen. In diese Debatte sollten aber auch gewaltfreie Alternativen zu einer von der Kirche vorgeschlagenen Verpolizeilichung von Militär eingebracht werden.
5. Im Bund für Soziale Verteidigung wird an verschiedenen Aspekten weitergearbeitet werden, so u.a. an der Verbindung von SV und Friedenslogik.

Während der Konzeption der Tagung war sich die Vorbereitungsgruppe beileibe nicht sicher, ob das Thema der Tagung im BSV und auch darüber hinaus heute noch auf größeres Interesse stoßen würde. Zu wenig präsent ist die SV heute im politischen und auch im friedensbewegten Diskurs, zu „altmodisch“ scheinen einige Begrifflichkeiten. Doch die große Anzahl an Teilnehmenden, die regen Diskussionen und das positive Feedback zur Tagung bestärken uns nun darin, die SV mitsamt ihrer Prinzipien und Instrumente wieder selbstbewusster in die Diskussion einzubringen und sie politisch einzufordern. Die SV ist, so sind wir sicher, noch lange kein Schnee von gestern. Sie ist eine – zumindest in Teilen und Elementen, vielleicht auch im Ganzen – umsetzbare Vision für heute und für morgen, und wir werden weiter an und mit ihr arbeiten.

